

G 2766 EX



# MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

**9'73** SEPTEMBER





Schweres Unwetter über dem Rheingau

## Sturzflut aus Schlamm und Wasser

In Regen und Schlamm endete am 29. Juli für viele Touristen der Sonntagsausflug zum Rhein. Aus heiterem Himmel war ein schweres Unwetter mit Wolkenbrüchen und Hagelniederschlägen eine Stunde lang über dem Rheingau niedergegangen. Der von den Weinbauhängen hinabgespülte Boden überzog die ins Rheintal führenden Straßen und färbte den Strom bräunlich-gelb. Die Bundesstraße 42 von Wiesbaden nach Koblenz und die Bundesstraße 9 von Mainz nach Bonn waren zeitweise von den Schlammmassen blockiert.

Ein Chaos entstand in den Straßen von Rudesheim, als die Schlamm-lawine die Stadt erreichte. Der Verkehr brach weitgehend zusammen. Auf der Rheinuferstraße blieben Omnibusse und PKW in der Flut stecken. Aus den Kanalanlagen, die dem Ansturm der Wassermassen nicht gewachsen waren, spritzten an den Gullys meterhohe Fontänen empor. Einwohner und Besucher flüchteten barfuß und mit aufgekrempeelten Hosenbeinen auf höhergelegenes Gelände. Der Telefonverkehr wurde stark beeinträchtigt, da einzelne Kabelschächte überflutet worden waren. Ähnlich wie in Rudesheim war die Lage auch im gegenüberliegenden Bingen.

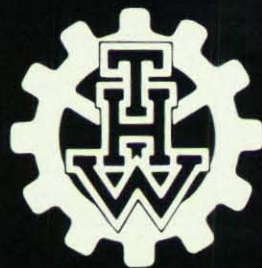
Die Polizei, die Feuerwehren der Umgegend und das Technische Hilfswerk wurden zum Katastropheneinsatz gerufen. Der Verkehr mußte kilometerweit umgeleitet, die Straßen vom Schlamm befreit werden. In der Stadt konnten die Hilfskräfte zunächst nur wenig ausrichten: Es gelang nicht, die Keller so schnell auszupumpen, wie neues Wasser hinzulief. Noch am späten Nachmittag waren zahlreiche Helfer unermüdlich damit beschäftigt, die wichtigsten Verkehrsverbindungen wiederherzustellen.

Wolkenbruch und Hagel haben riesige Erdmassen von den Weinbergen gerissen. Ein Teil der Weinernte ist in den betroffenen Gebieten vernichtet worden. Der angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.





# MAGAZIN 9'73



## Aus dem Inhalt

### Seite 5:

„Schutz hinter neuen Deichen“ — Eiderdamm und Eidersperrwerk sind ein Musterbeispiel des vorbeugenden Katastrophenschutzes.

### Seite 13:

„Willkommen oder unerwünscht?“ — Kriegsdienstverweigerer im Katastrophenschutz. Fragen zur Neuordnung des zivilen Ersatzdienstes.

### Seite 18:

„Ölalarm“ — Eine besondere Katastrophensituation. Die Gefahren des Mineralöls aus polizeilicher Sicht.

### Seite 24:

„Altes Werkzeug in neuer Form“

### Seite 26:

„Andere Dimensionen als in München“ — In Köln entsteht das zweite Katastrophenschutzzentrum. Projekt von sieben Millionen DM Frühjahr 1974 fertig.

### Seite 29:

„Ziele noch nicht erreicht“ — 140 Fernmeldewerkstätten waren geplant. Baukastensystem erarbeitet.

### Seite 32:

„Leserbriefe — Lesermeinung“

## Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz  
5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

### Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

### Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

### Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner  
Werner Koller  
Dr. Werner Schiefel

### Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

## Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek — Reinhold Budde  
im Mönch-Verlag Bonn

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,  
599 Altena, Postfach 137  
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

## Anzeigenverwaltung:

BAUVERLAG GMBH — ZS 55.1  
62 Wiesbaden 1, Postfach  
Wittelsbacherstraße 10  
Tel. (0 61 21) 3 95 15 < 7 49 51 >  
Telex: 04 186 792

Anzeigenleiter: Manfred W. Kleinfeld  
Anzeigen-Preisliste Nr. 2 — gültig  
ab 1. 7. 1973

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit

Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete  
Auflage: 106.100 Exemplare  
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



# Das ist das FuG 10. Von Bosch.

Polizei, Feuerwehr, DLRG, DRK... sie fordern, Bosch liefert. Ein bißchen mehr als das Soll verlangt; ein bißchen mehr als das Pflichtenheft zum Beispiel.

Typisch Bosch. Die Konzeption: Zukunftssichere TDH-Technik\* in modernem, funktionalem Design. Das bedeutet Leistung und Bedienungskomfort.

Das FuG 10 und das KF mini dokumentieren, was möglich ist, wenn Bosch Probleme löst.

Dabei kommt Bosch die Erfahrung aus der technologischen Forschung zugute.

Die höchsten Qualitätsforderungen stellt Bosch selbst. Deshalb ist jedes Detail „made by Bosch“. Das ist einmalig.

\* Tantal-Dünnschicht-Hybrid-Technik

**BOSCH**



**Bosch-Funk  
überall**

# BOSCH

## Coupon:

Boschfunk: mehr als 100 Servicestellen im Bundesgebiet. Und eine ist immer in Ihrer Nähe. Sagen Sie uns, was Sie wünschen:

- ausführliche Informationsschriften
- ein unverbindliches Informationsgespräch mit unserem Boschfunk-Fachberater

Robert Bosch Elektronik GmbH  
Abt.: WEB 1 Berlin 33  
Forckenbeckstraße 9-13





UMSCHAU

### **ASB: Nahezu 21.000 Mitglieder**

In seinen 177 Ortsverbänden verfügte der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) zum Jahresende 1972 über insgesamt 20 882 Mitglieder, 1971 waren es erst 19 635. 8608 waren im Alter unter 25 Jahren. Als aktive Helferinnen und Helfer betätigten sich 8490. Das geht aus dem nun vorliegenden Jahresbericht 1972 des ASB hervor.

Wie es darin heißt, ist im Berichtsjahr 1972 eine beachtlich steigende Tendenz auf allen Gebieten unter den Aktiven und Jugendlichen zu erkennen, dies wirkt sich auch auf die Dienstleistungen in den nächsten Jahren aus.

Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Helfer unterstützen 700 (1971: 647) hauptamtliche Mitarbeiter und 177 (1971: 119) Ersatzdienstleistende. Für die ärztliche und medizinische Betreuung stehen 251 (1971: 242) Ärzte zur Verfügung. Der Schwerpunkt der ASB-Hilfeleistungen lag auch 1972 eindeutig im Rettungsdienst. Die bestehenden Rettungsstellen wurden verbessert, andere neu geschaffen. Im gesamten Bundesgebiet stehen dem ASB 188 Krankentransportwagen (1971: 173), 27 Rettungswagen (1971: 20), 9 Notarztwagen (1971: 5) und 45 Behelfskrankenwagen (1971: 69) zur Verfügung. Von den 260 Fahrzeugen sind 233 mit Funk ausgerüstet (1971 nur 166).

Im Krankentransport- und Rettungsdienst gab es 185 201 Einsätze — davon 27 626 Unfalltransporte — bei insgesamt 1 381 626 Einsatzstunden. Die Kilometer-Leistung der Fahrzeuge erreichte 4 554 218 km.

Neben den bei Rettungswachen stationierten Fahrzeugen befinden sich 80 mobile Unfallhilfsstellen an Autobahnen und Bundesstraßen — bereit zur Hilfeleistung in Verkehrsspitzenzeiten. Die Zahl der stationären Unfallhilfsstellen stieg von 275 auf 282. Die Leistungen und Kapazitäten im Krankentransport- und Rettungsdienst

sind während der vergangenen zehn Jahre um über 300 Prozent gestiegen. Besondere Verdienste erwarb sich der ASB dabei im Aufbau und in der Organisation der Notfallarztwagen-dienste.

Die Ausbildungsleistung hat der ASB auch 1972 weiter verstärkt. So besuchten die Erste-Hilfe-Grundausbildung 64 191 Teilnehmer (1971: 52 133), die Sanitätsausbildung 2527 Teilnehmer (1971: 1710), die Ausbilder-ausbildung 1887 (1971: 804) und den Kurs „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ 86 865 Teilnehmer (1971: 84 288).

An den ASB-Ausbildungsveranstaltungen haben 1971 insgesamt 155 448 Teilnehmer gegenüber 138 935 im Jahre 1971 teilgenommen. Die Ausbildung erfolgte durch 600 Ausbilder.

### **Münzfreier Notruf 110 bis 1980 installiert?**

Einer schnellen Verwirklichung des bundeseinheitlichen Notrufs 110 scheint nichts mehr im Wege zu stehen. Vertreter des Bundespostministeriums und des Landes Niedersachsen als dem Beauftragten der anderen Bundesländer äußerten nach einem Gespräch über die Modalitäten für die Einrichtung und Bereithaltung des Notrufs ihre Überzeugung, daß auf beiden Seiten „der gute Wille“ dazu bestehe.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die vorgesehenen Gebührensätze. Die Post legte dar, daß sie der besonderen Bedeutung des Notrufs auch durch eine günstige Gebührengestaltung Rechnung tragen wolle.

Bundespostminister Ehmke hatte den Ländern bereits im Februar angeboten, die hohen Investitionskosten des angestrebten münzfreien Notrufs in Höhe von 110 bis 120 Millionen Mark vorzuschießen. Sie sollten über die laufenden Gebühren amortisiert werden. Diese Frage soll nächstens in einem Gespräch zwischen Bundeskanzler Brandt und den Ministerpräsidenten der Länder erneut erörtert werden. Bei Einverständnis der Länder rechnet die Post mit einer Installationszeit des münzfreien Abrufsystems von vier bis fünf Jahren. Nach ihren Plänen sollen drei von vier öffentlichen Fernsprechkablen in den 3 784 Ortsnetzen mit dem Notruf ausgestattet werden.

### **Wilhelm Frankl †**



Im Alter von 77 Jahren ging Wilhelm Frankl von uns. Die vielen Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz, die einmal durch „Frankls Schule“ gingen, alle, die ihn gekannt und erlebt haben, werden diesen verdienten und hervorragenden Mann in dankbarer Erinnerung behalten. Seine Lehrtätigkeit an der Bundes-schule als Fachlehrer für Brandschutz und Sanitätshilfe, seine Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet des Brandschutzes im Selbstschutz werden für dauernd ihren Wert behalten.

Wilhelm Frankl, am 15. März 1896 in Offenbach geboren, hat schon mit 14 Jahren als Sanitätshelfer im Roten Kreuz mitgearbeitet; 1922 ist er Mitglied in der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger geworden. Nach ehrenamtlicher Tätigkeit wurde er 1925 Leiter der Berufsfeuerwehr in Offenburg und leitete gleichzeitig Werkfeuerwehren, Werkluftschutz und Wasserrettungsdienst. Bei seiner Tätigkeit im Rettungswesen hat er allein fünf Menschen vor dem Tod des Ertrinkens gerettet, einen Feuerwehrmann vor dem Verbrennen. Diese Taten wurden mit mehreren Rettungs-medailen geehrt. Während des Ersten und Zweiten Weltkrieges war er als Kompanieführer an der Front, 1945 übernahm er die Werkfeuerwehr der Opel-Werke in Rüsselsheim. Im Jahre 1955 kam Wilhelm Frankl zum Bundesluftschutzverband, um als Fachlehrer an der Bundesschule in Waldbröl mitzuwirken. Noch über seine Pensionierung hinaus hat er dort bis zu seinem 71. Lebensjahr gearbeitet. Bis zuletzt war er noch zusätzlich im Roten Kreuz tätig. Der Tod hat ihn am 10. 8. 1973 von einer schweren Krankheit erlöst.

Alle, die ihn in Erinnerung behalten, werden noch oft an seinen herz-erfrischenden Humor und seine kameradschaftliche und gesellige Natur zurückdenken. Mancher Helfer im BVS wird auch noch mit Stolz sagen: „Ich habe meine Ausbildung und Prüfung im Brandschutz noch beim alten Frankl gemacht.“ — Und das wird die beste Erinnerung an diesen unvergeßlichen Mann bleiben!



## In memoriam Josef Krischel



Am 20. Juli 1973 verschied im Alter von 64 Jahren der Leitende Ministerialrat im saarländischen Ministerium des Innern Josef Krischel. Josef Krischel wurde 1909 in Saarbrücken

geboren. Nach der Schul- und Ausbildungszeit trat er 1929 in die Reichswehr ein. Bei Kriegsende war er Major und Kommandeur einer Panzernachrichtenabteilung. Erst im Dezember 1949 kam er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft wieder in die Heimat zurück. Der Verstorbene stand dann über 16 Jahre im Dienste des Saarlandes. Am 19. Dezember 1963 wurde er dort zum Leiter der Abteilung Zivilschutz und Zivile Verteidigung beim Minister des Innern bestellt. Am 27. Oktober 1966 wählte ihn die Mitgliederversammlung des damaligen Bundesluftschutzverbandes für die Dauer von drei Jahren als Vertreter der Länder in seinen Vorstand.

Die Helfer der Landesstelle Saarland des BVS betrauern den Verlust eines Mannes, der sich durch viele Jahre mit Umsicht und Tatkraft für die Belange des Selbstschutzes eingesetzt hat und

der dem Bundesverband für den Selbstschutz auch in schwierigen Situationen ein Freund gewesen ist.

## Bald einheitlicher Notausweis

Die Einführung eines kostenlosen Unfallpasses in der Bundesrepublik hat eine Gruppe von FDP-Bundestagsabgeordneten gefordert. Er müßte nach ihrer Meinung alle nach verkehrsmedizinischen Gesichtspunkten notwendigen Informationen, ein Paßfoto sowie den Namen der im Notfall zu benachrichtigenden Angehörigen enthalten und sollte in drei Sprachen abgefaßt sein. Wie das Bundesgesundheitsministerium mitteilt, liegt das Muster eines einheitlichen Notfallausweises voraussichtlich bis Ende des Jahres vor. Er wird den Ärzten wichtige, unter Umständen lebensrettende Hinweise für die Behandlung von Notfallpatienten geben. Neben der Blutgruppe werden in dem Ausweis chronische Erkrankungen wie Organleiden und Allergien, schwere Operationen und dauernd benötigte Medikamente aufgeführt. In der Größe entspricht der Ausweis dem Personalausweis.

## Hilfe für Flüchtlinge in Ruanda

Die Stammesfehden in Burundi zwischen den regierenden Tutsi und den Hutus, die 95 Prozent der 3,4 Millionen Einwohner ausmachen, haben die Flucht von Tausenden von Hutus — Männern, Frauen und Kindern — in die Nachbarländer Tansania, Ruanda und Zaire ausgelöst. Die in Grenznähe provisorisch untergebrachten Hutus attackierten wiederholt Tutsi-Siedlungen in Burundi mit Speeren, Giftpfeilen und Buschmessern. Die Guerilla-Überfälle erfolgten ungefähr gleichzeitig von Tansania und Ruanda aus. Tansania verpflichtete sich, weitere Grenzwischenfälle zu verhindern. Ruanda, das von den Hutus regiert wird, will einen offenen Konflikt mit Burundi ebenfalls vermeiden; es löst die an der Grenze zu Burundi gelegenen Flüchtlingslager auf und siedelt die Flüchtlinge im entfernten Norden Ruandas an der Grenze zu Uganda an.

Für die Durchführung dieses Plans hat die Regierung Ruandas um Bereitstellung von Großzelten gebeten. Die Bundesregierung hat als humanitäre Hilfsmaßnahme 20 für tropisches Klima geeignete Zelte auf dem Luftwege nach Kigali entsandt. Der Wert der Hilfe (Zelte einschließlich Transportkosten) beträgt 40 000,— DM.

## Veranstaltungen der BVS-Bundesschule

Die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz führt im November folgende Veranstaltungen durch:

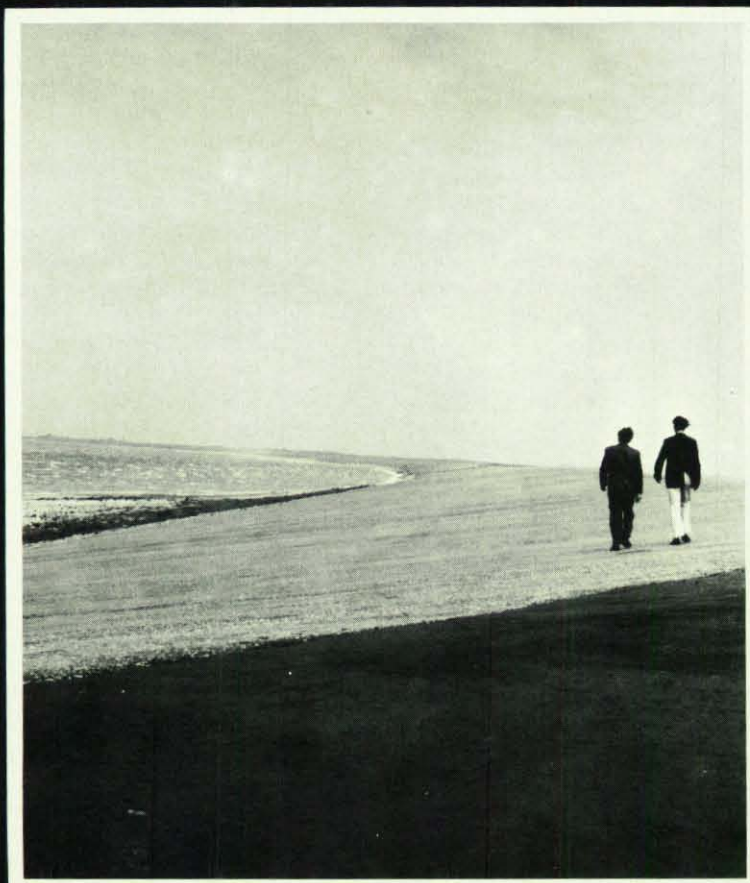
Nr.	Veranstaltung	in der Zeit		Meldung bei	
		vom	bis	Dienststelle	Landesstelle
89	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	6.	9. 11.	24. 9. 73	1. 10. 73
90	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	6.	9. 11.	24. 9. 73	1. 10. 73
91	Info-Seminar	6.	9. 11.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
91 a	Arbeitsseminar Redner	6.	9. 11.	24. 9. 73	1. 10. 73
92	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	13.	16. 11.	1. 10. 73	8. 10. 73
93	Arbeitsseminar Zivile Verteidigung	13.	16. 11.	1. 10. 73	8. 10. 73
94	BVS-Fachlehrgang Brandschutz	13.	16. 11.	1. 10. 73	8. 10. 73
95	BVS-Fachlehrgang Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde	27.	30. 11.	10. 10. 73	19. 10. 73
96	BVS-Fachlehrgang Weiterführende BVS- u. Se-Ausbildung	27.	30. 11.	10. 10. 73	19. 10. 73
97	Info-Seminar	27.	30. 11.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	





Gedenktafel zur Errichtung des Eidersperrwerks.

Blick auf den Eiderdamm „Nord“. Seine Krone liegt 8,50 m über Normalnull, das sind 7 m über dem normalen Tidehochwasser oder 3,50 m über dem Sturmflutwasserstand von 1962.



Helmut Freutel  
Fotos: Günter Sers

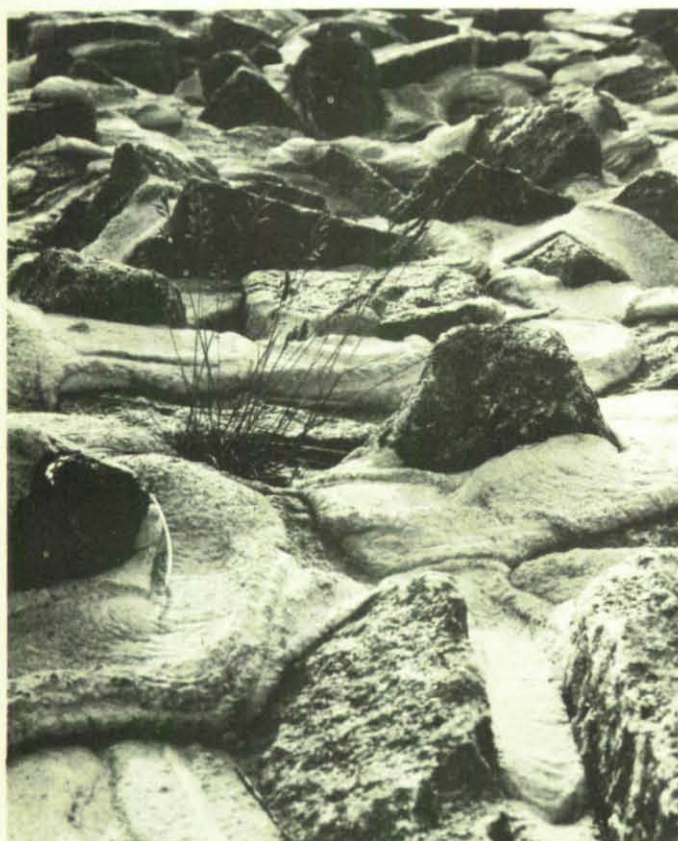
## Schutz hinter neuen Deichen

Eiderdamm und  
Eidersperrwerk sind  
ein Musterbeispiel  
des vorbeugenden  
Katastrophenschutzes





Bei der Gestaltung des Dammschnitts, unser Bild zeigt den südlichen Dammschluß an das Sperrwerk, fanden die bei früheren Sturmfluten gemachten Erfahrungen ihre Berücksichtigung.



Schweres Steindeckwerk sichert den seeseitigen Böschungsfuß der Deiche.

Man sieht es der Landschaft voll Wiesen, Wasser, Sonne und Wind auf den ersten Blick nicht an, wie sehr sie von eh und je ein Spielball der Natur gewesen ist. Alles sieht so ruhig und friedlich aus. Durch das weite Grün der Wiesen und Felder, Sträucher und Bäume leuchtet das Rot der Ziegel reetgedeckter Bauerngehöfte. In der Ferne drehen sich die Flügel einer Mühle. Irgendwo ragt ein Kirchturm aus der Ebene Nordfrieslands auf, Kühe und Schafe grasen oder dösen vor sich hin. Kleine Fischerboote tuckern auf der Eider, dem bedeutendsten Fluß Schleswig-Holsteins. Sie entspringt im Hügelland südlich von Kiel, fließt einen kurzen Weg in nördliche Richtung, dann nach Westen durch den sandigen Mittelrücken des Landes, fließt weiter durch Marschen und Moore, nimmt Sorge und Treene in sich auf und mündet schließlich westlich von Tönning in einem fünf Kilometer breiten Trichter im Wattenmeer. Erst auf den zweiten Blick sieht man die vielen von Menschenhand geschaffenen Deiche und Schleusen, die sich harmonisch in die Landschaft einfügen. Gäbe es sie nicht, so würden große Teile des Gebietes an der unteren Eider und Treene bei jeder Sturmflut unter Wasser stehen.

#### Die Eider und ihre Probleme

Schon seit dem 17. Jahrhundert hat man die Flüsse in diesem Gebiet abgeriegelt, hat sich gegen die Wassermassen, die das Land und die Häuser verwüsteten, Mensch und Tier gefährdeten, gewehrt. Doch mit dem Anwachsen der Flutspeicherraum immer enger eingeschnürt. Dies hatte zur Folge, daß die Flut höher auflief als zuvor.

Der Tidehub, also der Höhenunterschied zwischen Hoch- und Niedrigwasser, betrug bis 1935 bei Friedrichstadt 2,40 m und selbst bei Rendsburg noch 1,50 m. Bei verschiedenen Sturmfluten zu Beginn dieses Jahrhunderts gab es gewaltige Schäden bis zu 100 Stromkilometer von der Nordseeküste entfernt. Der Bau noch schwererer Deiche war wegen des moorigen Untergrundes nicht möglich. Immer wieder traten bei Westwind und hohen Wasserständen Überschwemmungen durch Niederschlagswasser auf.

So beschloß man schon in den dreißiger Jahren, die Eider bei Nordfeld, 5 km oberhalb Friedrichstadt, abzdämmen, um die weit ins Landesinnere reichenden 220 000 ha umfassenden Niederungsgebiete vor Sturmfluten zu schützen, nicht ahnend, daß man damit neue Gefahren heraufbeschwor. Jetzt trat nämlich Versandung ein, und zwar in einem Ausmaß, daß die Schifffahrt wie die Entwässerung, auch Vorflut genannt, beeinträchtigt wurden. Dies war bei den damals vorliegenden Erfahrungen nicht voraussehen. Die Versandung der Eider erreichte während des Krieges ein solches Ausmaß, daß Baggerungen, Bühnenbauten und andere Strombaumaßnahmen von vornherein aussichtslos waren. Die Querschnitte der Stromrinnen schrumpften an manchen Stellen bis auf 10 Prozent der ursprünglichen Querschnitte zusammen. Schon kleine Sturmfluten und starke Regen führten zu katastrophalen Überschwemmungen der Niederungen. Eine grundlegende Abhilfe war notwendig. Das Wasser- und Schifffahrtsamt Tönning richtete 1958 eine Vorarbeitenstelle ein, die mehrere Lösungen mit Hilfe wissenschaftlicher Untersuchungen, Gutachten und hydraulischer Modell-





**Das Eidersperrwerk, hier die Seeseite, hat fünf Öffnungen von je 40 m lichter Durchflußbreite. Die Sieltore verhindern, wenn sie wie das zweite Tor geschlossen werden, das Eindringen von Hochwasser in die Eidermündung.**

versuche und durch ein mehrjähriges Studium der Vorgänge in der Natur erforschte.

Die große Sturmflut vom 16./17. Februar 1962 trug wesentlich dazu bei, daß das Problem der Eiderabdämmung einer Lösung zugeführt wurde. Am 3. August 1965 beschlossen die dafür zuständigen Minister — der Bundesminister für Verkehr und der Landesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —, daß die Eider an der Seegrenze abzdämmen sei. Diese Baumaßnahme wurde dann zum Kernstück im „Generalplan für Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz“ des Landes Schleswig-Holstein.

### Hauptforderungen

Mit der Erstellung des größten Bauvorhabens an der deutschen Nordseeküste mußten drei Hauptforderungen erfüllt werden:

1. Hochwasserschutz
2. Verbesserung der Vorflut

3. Verbesserung der Fahrwasserbedingungen.

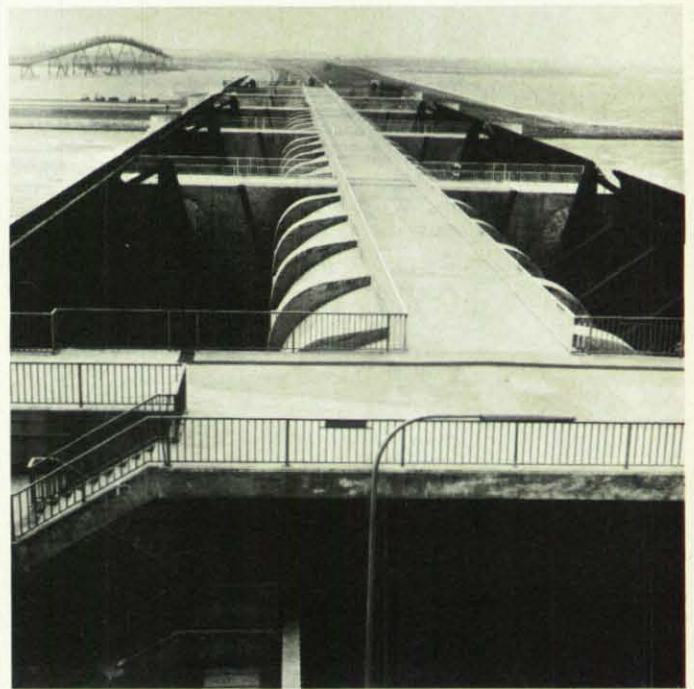
Dazu benötigte man einen Damm von 4,8 km Länge mit einer 8,50 m über Normalnull liegenden Krone. Dieser Damm sollte in der offenen Eidermündung verlaufen, quer durch das Wattenmeer von Eiderstedt im Norden nach Dithmarschen im Süden. Die Dammlinie sollte unterbrochen werden von den Sperrwerksbauten Siel und Schleuse, wobei dem Siel die Steuerung der Tide und die Regelung der Vorflut, der Schleuse die Aufrechterhaltung der Schifffahrt zukam.

Dieses Ziel wurde in sechs-jähriger Bauzeit erreicht. Am 20. März 1973 hat Ministerpräsident Dr. Stoltenberg in Anwesenheit des Bundesministers für Verkehr, Dr. Lauritzen, und des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ertl, sowie vieler Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft, Verkehr und Verwaltung und einer großen Zahl von Besuchern die Eiderabdämmung feierlich eingeweiht.

### Die Bauausführung

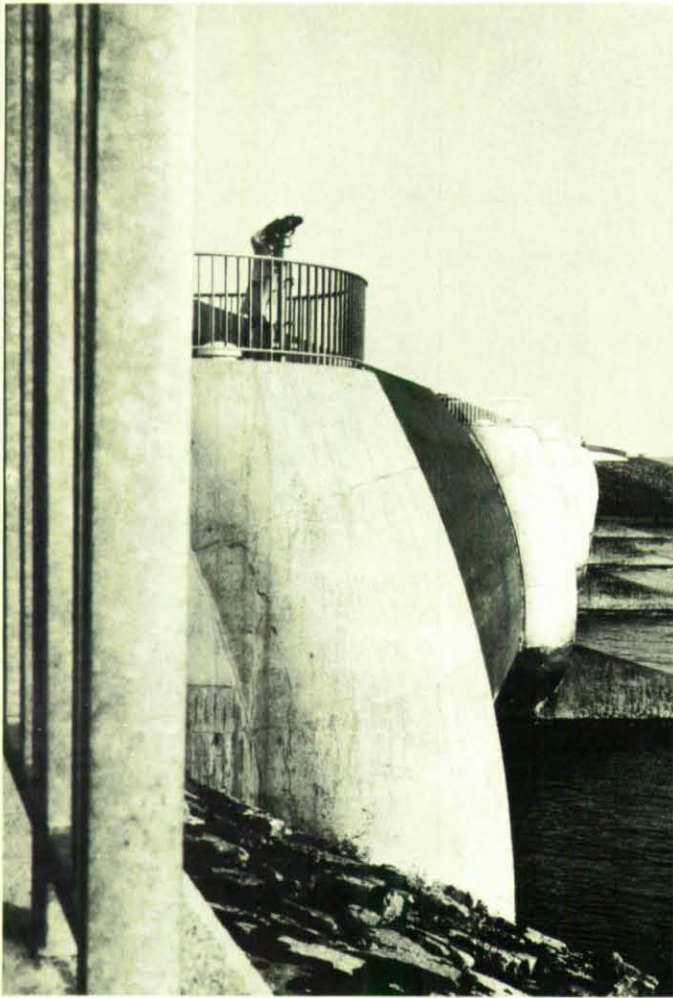
Nach dem ersten Spatenstich am 29. März 1967 durch den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Lemke wurde noch im gleichen Jahr mit dem Bau der 28 ha großen sturmflutsicheren Bauinsel im Wattenmeer und der 900 m langen, im Scheitel 20 m hohen Baubrücke von Dithmarschen über den Purrenstrom zur Bauinsel begonnen. Die Bauinsel wurde auf der stark erosionsgefährdeten Südspitze des Katinger Watts gebaut. Bei Strömungsgeschwindigkeiten bis zu 3 m/sec. wurde dann der 2 km lange Ringdeich gebaut, der das spätere Baufeld sturmflutsicher umschloß. In den Jahren 1969/70 wurden bereits die Beton- und Stahlbauarbeiten für Siel und Schleuse ausgeführt. Der Verbrauch betrug allein 55 000 m<sup>3</sup> Beton und 4 500 t Stahlkonstruktion. In der selben Zeit erfolgte der Bau des Eiderdamms „Nord“ von der Bauinsel nach Eiderstedt auf 3,2 km Länge und der Bau des

Leitdamms von der Bauinsel zum Leitdammsiel auf 1,5 km Länge. 1971 wurde die neue Stromrinne zum Siel gebaggert (Baggermenge 1 800 000 m<sup>3</sup> Sand) und die Bauinsel geflutet. 1972 erfolgte die Inbetriebnahme von Schleuse und Siel, der Vorbau der Hauptstromrinne im Süden, der Bau des Leitdamms zur „Grünen Insel“ auf 4,5 km Länge und der Bau des Eiderdamms „Süd“ auf 1,1 km Länge. Heute ist der Eiderdamm mit Siel und Schleuse ein Bestandteil der Eidermündung geworden. Die gesamten Baukosten einschließlich der Kosten für Betriebs- und Nebenanlagen betragen 171,5 Millionen DM. Davon entfallen rd. 165 Millionen DM auf reinen Küstenschutz, der Rest auf den Ausbau der Landesstraße und den Bau einer Rampenanlage für die Bundeswehr. Steht man auf dem Siel und schaut herab auf die Wassermassen, die sich bei Ebbe und Flut mit hohen Strömungsgeschwindigkeiten durch das Siel



**Die Tore können sowohl nach außen gegen die Sturmflut wie nach binnen gegen zurückhaltendes Wasser sperren. Der Hohlkastenträger in der Mitte ist als Straßentunnel ausgebaut.**





Die Pfeiler und Widerlager zwischen den Sieltoren nehmen die Maschinenräume mit den Antriebselementen auf. Sie sind vom Innern des Straßentunnels aus begehbar.

bewegen, erkennt man, daß hier Natur und Technik in gutem Einklang stehen, daß der Mensch mit seinem Eingriff in das Kräftespiel der Natur ein imposantes Werk zum Wohle seiner Mitmenschen erdacht und erbaut hat.

## Die Bauwerke und ihre Funktionen

### Der Eiderdamm

Die Krone des Eiderdamms liegt 8,50 m über Normalnull, das sind 7 m über dem mittleren Tidehochwasser oder 3,50 m über dem Sturmflutwasserstand von

1962. Der Damm hat einen aus Spülsand aufgesetzten Kern, der mit 15 cm bis 20 cm dickem Asphaltbeton abgedeckt ist. Die Böschungen sind außen 1:6 und binnen 1:3 geneigt. Ein schweres Steindeckwerk sichert den Böschungsfuß. Auf der 15 m breiten Binnenberme sind eine Landstraße und ein Rad- und Fußweg ausgebaut. Sie stellen eine neue Verkehrsverbindung zwischen Dithmarschen und Eiderstedt her und verkürzen die Weglänge von Heide nach St. Peter-Ording um rund 30 km. Bei der Gestaltung des Dammquerschnitts und der Befestigung fanden die bei der Holland-Sturmflut 1953 und der Hamburg-Sturmflut 1962 gemachten Erfahrungen ihre Berücksichtigung.

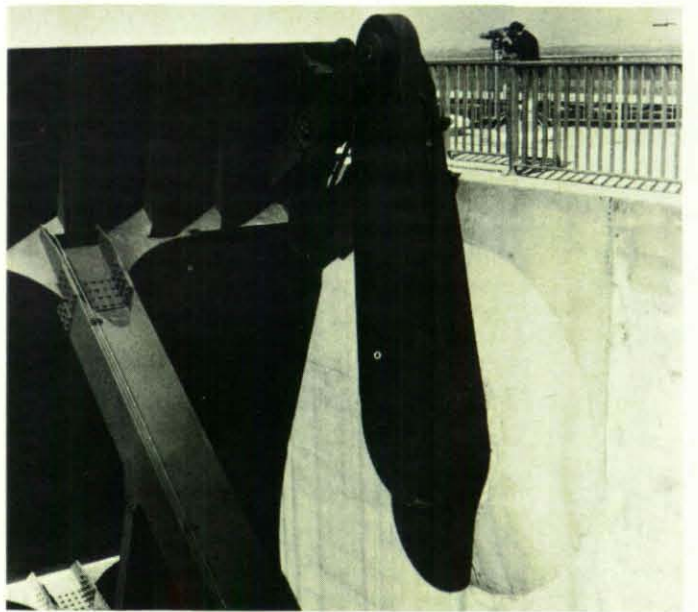
### Das Eidersperrwerk

Das Eidersperrwerk besteht aus dem Siel und der Schifffahrtsschleuse. Das Siel hat fünf Öffnungen von je 40 m lichter Durchflußbreite. Bei Normaltide ist das Siel geöffnet, d. h. die Tide kann ungehindert ein- und ausströmen. Sind aufgrund von Wetter- und Pegelmeldungen Sturmfluten zu erwarten, wird das

als Sperrwerk fungierende Siel so rechtzeitig geschlossen, daß in der Tideeider ein genügend großer Speicherraum vorgehalten wird, um das im Einzugsgebiet anfallende Niederschlagswasser ohne Überschwemmungen aufzunehmen. Die geschlossenen Sieltore verhindern das Eindringen des Hochwassers in die Eidermündung. Bei Spül-



Während der Bauzeit des Eidersperrwerks war die einspurige Transportbrücke (links im Hintergrund) ein Wahrzeichen, das die Baustelle weithin sichtbar kennzeichnete. Sie war 903 m lang und hatte über der Schifffahrtssrinne eine lichte Höhe von 19 m NN.



Die 250 t schweren und über 400 m<sup>2</sup> großen Stauschilde werden über Gelenkhebel ölhdraulisch um eine Drehlagerachse bewegt.



betrieb verstärkt eine kurzzeitig in der Tideeider eingestaute Flutwassermenge den Ebbestrom, der mit erhöhter Räumkraft Sandablagerungen wieder seewärts transportiert. Die fünf Sielöffnungen werden seitlich durch Pfeiler begrenzt und von einem Spannbetonträger überbrückt. Der Hohlkastenträger ist im Inneren als Autotunnel ausgebaut und schützt den Straßenverkehr vor Wind und Wellen. Als Sielverschlüsse sind Segmenttore eingesetzt, die am Wehrträger fünffach gelagert sind. Wegen der erforderlichen doppelten Sturmflutsicherung hat jede Öffnung zwei Segmenttorverschlüsse, die sowohl nach außen gegen Sturmflut wie nach innen gegen zurückhaltendes Wasser sperren können. Diese Segmentverschlüsse, auch Stemmtorpaare genannt, wurden im Herstellerwerk in Schweißkonstruktion gefertigt, per Bahn und LKW zur Baustelle transportiert und mit Schraubverbindungen montiert. Die 250 t schweren und über 400 m<sup>2</sup> großen Stauschilde werden über Gelenkhebel ölhydraulisch um eine Drehlagerachse bewegt. Die Antriebselemente sind in den Maschinenräumen untergebracht und befinden sich im Inneren der Pfeiler und Widerlager, die vom Straßentunnel aus zugänglich sind. Die durch den Tunnel führende zweispurige Autostraße kreuzt in ihrem Verlauf die Schleuse über eine Klappbrücke. Die ursprüngliche Absicht, die Straße über das Siel zu führen, wurde wegen der starken Westwinde, die oft Verkehrsstörungen und -unterbrechungen zur Folge gehabt hätten, als unzumutbar angesehen. Über das Siel führt nun lediglich ein Fuß- und Radweg. Der 236 m lange Autotunnel hat weiß geflieste Wände und eine fünffach abgestufte Beleuchtung.



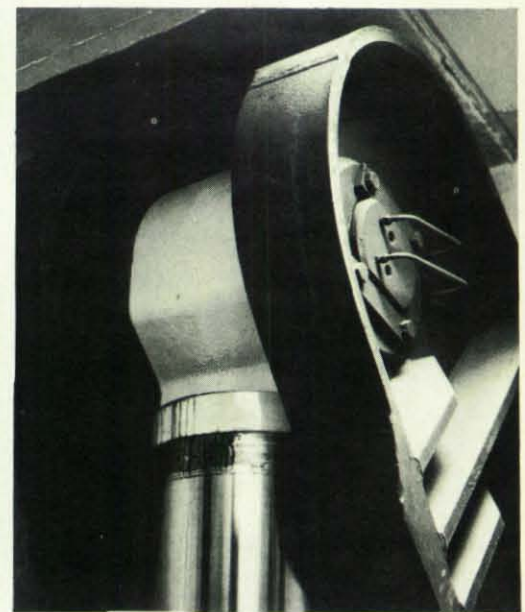
**Die Stauschilde der Segmenttore bestehen aus 25 mm starkem Stahlblech. 8 km lange Schweißnähte, zentimeterweise mit Röntgenstrahlen überprüft, verbinden die Sektionen miteinander.**



**Jedes Sieltor hat zwei ölhydraulische Zylinder-Kolben-Aggregate, die in den Maschinenräumen der Pfeiler bzw. Widerlager untergebracht sind.**



**Die Hubzylinder, aus nahtlosem Flußstahlrohr hergestellt, haben einen Innendurchmesser von 455 mm und sind oben und unten kugelförmig gelagert. Mit ihnen können die Sieltore um 6,60 m gehoben oder gesenkt werden.**



**Teil der Kraftübertragung vom Hubzylinder über Innenhebel, Torsionsrohr, Außenhebel auf das Sieltor. Das normale Heben und Senken ist in vier Zeitstufen mit Geschwindigkeiten zwischen 0,22 bis 0,66 m/Min. elektrisch schaltbar.**

Die Stauschilde der Segmenttore bestehen aus 25 mm starkem Stahlblech. 8 km lange Schweißnähte, zentimeterweise mit Röntgenstrahlen überprüft, verbinden die Sektionen miteinander. Um die Lebensdauer der Tore zu erhöhen, wurden sie mit einem hochwertigen Anstrich konserviert.

Bei jeder Tide fließen etwa 40 bis 50 Millionen Kubikmeter Wasser durch das Siel.

#### **Die Schifffahrtsschleuse**

Die ca. 130 m lange Schifffahrtsschleuse ist als Kammerschleuse in Beton gebaut worden. Die see- und landseitig

vorgelagerten Vorhäfen bieten in erster Linie den auf Schleusung wartenden Schiffen Liegeplätze. Darüber hinaus dienen sie aber auch dem Umschlags- und Ausflugsverkehr. Die nutzbare Kammerlänge der Schleuse beträgt 75 m, die Breite 14 m. Als Schleusentore sind stählerne Stemmtore eingesetzt, die



hydraulisch angetrieben werden. Das doppelte Fluttorepaar erfüllt die Forderung auf doppelte Torsicherheit. Die Klappbrücke ist über dem äußeren Ebbetor angeordnet. Dadurch wurde die Gesamtlänge der Schleuse in Grenzen gehalten. Bei geschlossener Brücke bleibt eine ausreichend freie Kammerlänge bestehen. Der Antrieb der Stemmtorflügel mit Schützen und Torverriegelungen erfolgt mit hydraulischen Hubzylindern. Jeder Torflügel wird für sich von einem hydraulischen Hubzylinder bewegt. Die Öffnungs- und Schließzeiten liegen zwischen zwei und drei Minuten. An diesem Sperrwerk kreuzen sich Schifffahrt und Straßenverkehr, wobei der Schiffsverkehr Vorfahrt hat. Der Schleusenbetrieb wird durch Schiffsfahrtszeichen und Signale geregelt, der Straßenverkehr durch Verkehrszeichen, Sicherungsanlagen und Ampeln. Alle dem Verkehr und Betrieb dienenden Anlagen werden von einer zentralen Bedienungs- und Überwachungsstation im Leitstand des Betriebsgeländes gesteuert. Das Schleusen eines Schiffes dauert etwa 10 Minuten.

### Das Betriebsgebäude

Im Betriebsgebäude auf der Schleuseninsel werden alle Funktionen des Sperrwerks zentral erfaßt und ausgelöst. Hier befindet sich sozusagen das Gehirn des gesamten Sperrwerks, wo alle zur Betriebsbereitschaft notwendigen Anlagen wie Netz- und Notstromversorgung, Fernmelde- und Funkrichtungen sowie Wasserversorgungsanlagen zusammentreffen. Für die Wahl des Standortes waren die von hier aus guten Sichtbedingungen auf Schiffs- und Straßenverkehr maßgebend. Auch dieses zweigeschossige Gebäude, aus dem der



Aus Gründen der Verkehrssicherheit führt über das Siel keine Autostraße, sondern nur ein Fuß- und Radweg.



Blick in den 236 m langen Autotunnel mit weiß gefliesten Wänden und fünffach abgestufter Beleuchtung. Dieser autotunnelartige Ausbau eines Brückenträgers im Siel ist bisher einmalig.

Turm mit dem Leitstand herausragt, paßt sich architektonisch dem Gesamtkomplex an und bildet einen harmonischen Übergang vom dynamisch wirkenden Bau des Sperrwerks zu den kubischen Bauelementen der Schleuse. Der Leitstand, die eigentliche Betriebszentrale des Sperrwerks, ist mit den Steuerpulten für Siel, Schleuse, Klappbrücke, Schiffsfahrtszeichen und

Beleuchtung sowie einer Reihe von Anzeige- und Registriergeräten ausgestattet. Hier, in dem 17 m über dem Meeresspiegel liegenden Leitstand, befinden sich auch Wasserstands- und Windanzeigergeräte sowie alle Alarmvorrichtungen. Erstaunlich ist, daß alle Bedienungs- und Überwachungsorgane dieses Raumes von nur einem Mann betreut werden.

### Der Purrenstrom

Der etwa 20 km lange Untiefenbereich der Eider bis zur offenen See besteht aus großflächigen Watten und Sänden, durchzogen von Rinnen und Prielen. Beim Katinger Watt, d. h. an der Baustelle des Sperrwerks, wird die Eider als Purrenstrom bezeichnet. Der wasserbaulich interessanteste Bauabschnitt war der Verbau

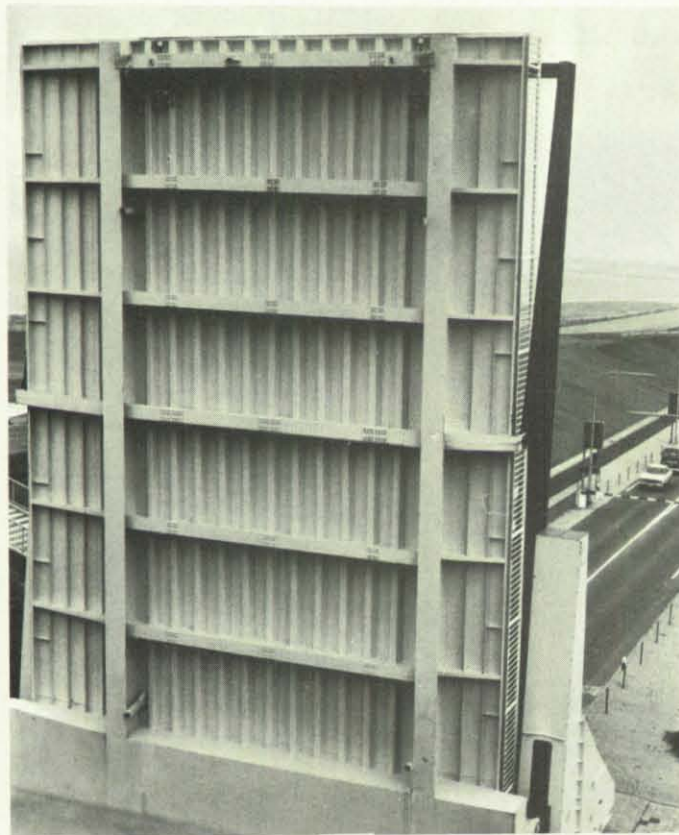




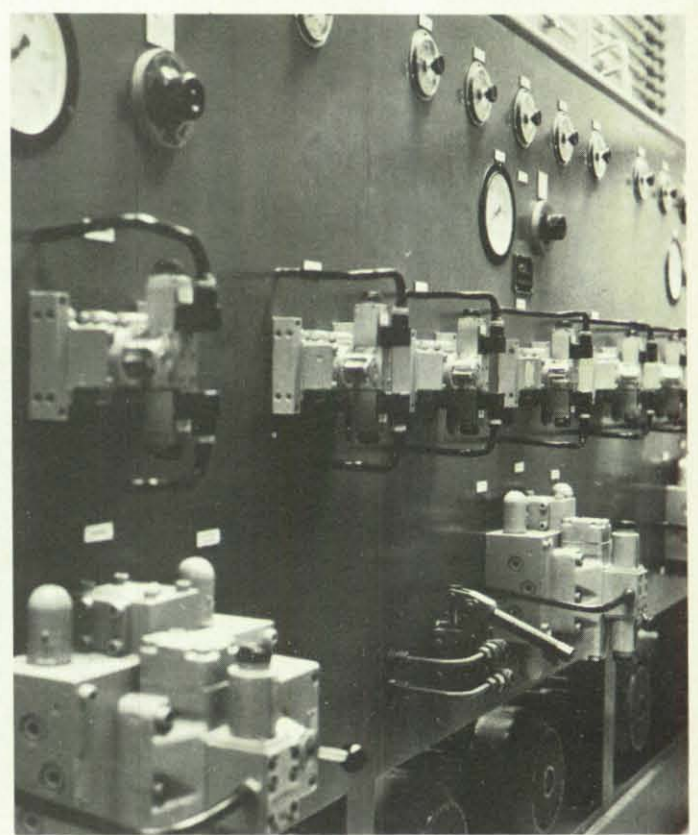
Vorbei an zwei Sturmflutturen fährt ein kleines Schiff in die 130 m lange Schleuse ein. Die Schleusentore werden ebenfalls hydraulisch angetrieben.



See- und landseitig sind der Schleuse Vorhäfen vorgelagert, die in erster Linie den auf Schleusung wartenden Schiffen Liegeplätze bieten.



Die auf der Binnenberme des Damms ausgebaute Straße kreuzt die Schiffsschleuse über eine Klappbrücke.



Vorderseite des Aggregats für den ölhydraulischen Antrieb der Schleusentore.





Blick auf das Betriebsgebäude mit dem zentralen Leitstand. Alle Funktionen des Sperrwerks werden hier erfaßt und ausgelöst.



Der Leitstand, die eigentliche Betriebszentrale des Sperrwerks, ist mit den Steuerpulten für Siel, Schleuse, Klappbrücke, Schiffsfahrtszeichen und Beleuchtung sowie einer Reihe von Anzeige- und Registriergeräten ausgestattet.

dieses Purrenstromes. 1972 mußte er auf 600 m Breite mit 4 000 m<sup>2</sup> Durchflußquerschnitt und Wassertiefen bis zu 12 m bei einer Wasserführung von 50 Millionen m<sup>3</sup> je Tide und Strömungsgeschwindigkeiten bis zu 3 m/sec. verbaut werden. Da Sand das billigste Verbaumaterial ist, wurde mit Hilfe eines Spezialverfahrens in nur 35 Arbeitstagen der Purrenstrom in ununterbrochenem Spülbetrieb mit 1,2 Millionen m<sup>3</sup> Sand abgeriegelt. Bereits im Herbst 1972 war der Eiderdam auch im südlichen Abschnitt sturmflutsicher ausgebaut. Von diesem Zeitpunkt an konnten die Menschen hinter dem Damm ruhig schlafen, ohne von der Sturmflut bedroht zu werden.

#### Nachwort

Unzählige Gefahren durch die Unbill der Natur haben den Menschen von jeher begleitet. Unentwegt war und ist sein Kampf gegen diese Gefahren, die seine Existenz bedrohen. Dabei verläßt er sich nicht mehr so sehr auf seinen Instinkt und sein Gefühl als auf seinen Verstand, der ihn zu immer neuen Entdeckungen, Erfindungen und Abwehrmaßnahmen befähigt. Das Eidersperrwerk, dieses Bollwerk gegen die Flut, ist ein hervorragendes Beispiel dafür, zu zeigen, was der Mensch vermag, wenn ihm Klugheit und Verantwortungsbewußtsein gebieten, alle ihm zur Verfügung stehenden geistigen und materiellen Mittel einzusetzen, um durch vorbeugende Maßnahmen Katastrophen zu verhindern und ihre zerstörenden Auswirkungen so weit wie nur möglich zu mindern.



Werner Schiefel

Kriegsdienstverweigerer  
im Katastrophenschutz

## Willkommen oder unerwünscht

Fragen zur Neuregelung  
des zivilen Einsatzdienstes



Die meisten Kriegsdienstverweigerer sind im sozialpflegerischen Bereich eingesetzt. Hier bekommt eine alte Dame ein warmes Mittagessen in die Wohnung gebracht.



Was bisher den Wehrpflichtigen vorbehalten war, gilt nun auch für Kriegsdienstverweigerer: Wer im Zivil- oder Katastrophenschutz mitarbeitet, ist unter bestimmten Voraussetzungen von der Dienstpflicht befreit. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer werden künftig nicht mehr zum Zivildienst herangezogen, wenn sie sich für mindestens zehn Jahre als Helfer in Einrichtungen des Zivil- oder Katastrophenschutzes verpflichtet haben.

Dies sieht die Neufassung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vor. Schon am Ende der vorigen Legislaturperiode hatte dem Bundestag ein entsprechender Regierungsentwurf vorgelegen. Er war am Veto der Opposition gescheitert. Anfang dieses Jahres brachten die Koalitionsfraktionen das Gesetz erneut ein. Diesmal ging die Beratung rasch über die parlamentarische Bühne: Einstimmig verabschiedeten Bundestag und Bundesrat Ende Mai die Vorlage. Am 1. Juli 1973 ist das Gesetz in Kraft getreten.

Die Zivildienstpflichtigen sollen fortan rechtlich und materiell mit den Wehrdienstpflichtigen gleichgestellt werden. Der Dienst der Kriegsdienstverweigerer soll nicht länger als minderwertiger Ersatz für den Wehrdienst angesehen werden. Nomen est omen: Statt „zivilen Ersatzdienst“ heißt es nun „Zivildienst“; aus dem „Ersatzdienstleistenden“ wird der „Zivildienstleistende“.

### Dienstplätze reichen nicht aus

Trotz ihrer beträchtlichen Vermehrung in den letzten Jahren reichen die Zivildienstplätze bei weitem nicht aus. Immer mehr junge Leute stellen einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. 1969 waren es 14 420, 1972 bereits 33 729. Zwar ist die Zahl der Plätze in diesem Zeitraum nahezu verdreifacht worden; aber trotzdem konnten Ende 1972 mehr als 10 000 Dienstpflichtige nicht einberufen werden. Die Dienstgerechtigkeit zwischen Wehr- und Zivildienstpflichtigen verlangt, weitere Arbeitsfelder zu erschließen.

Bisher war es vor allem der sozialpflegerische Bereich, in dem Kriegsdienstverweigerer Dienst taten. Die Arbeitsmöglichkeiten, die sich hier bieten, sind jedoch nicht unbeschränkt. Künftig sollen sie auch andere

Gemeinschaftsaufgaben erfüllen, die mit ihrer Gewissensentscheidung vereinbar sind und deren Bedeutung den Einsatz von Dienstpflichtigen rechtfertigt.

Die CDU-Opposition wünschte, daß in allen Bereichen, die von Bedeutung für die Gesellschaft sind, Zivildienstplätze geschaffen werden. In der Aussprache des Bundestages am 23. 2. 73 erklärte Frau Tübler (CDU/CSU): „Ich denke da z. B. an den Zivil- und Katastrophenschutz, an den Rettungsdienst auf der Straße und auf dem Wasser, aber auch an die Pflege und Unterhaltung von Erholungs- und Naturschutzgebieten wie auch an eine Unterstützung bei der Anlage und Unterhaltung z. B. von Sportstätten und Wanderwegen.“ Auch der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, spricht vom Umweltschutz, vom Krankentransport, vom Unfallrettungsdienst und von der Kommunalverwaltung als möglichen Einsatzbereichen. Bisherige Projekte unter dem Kennwort „Umweltschutz“: die „Aktion saubere Landschaft“ im Münchener Raum und der Bau von Erholungsanlagen in der Gegend von Gummersbach.

### Vorrangig im sozialen Bereich

Die Koalition will weiterhin den Akzent auf die sozial-karitative Komponente des Zivildienstes gelegt wissen. Dies entspricht ihrer Auffassung nach am besten der Gewissensentscheidung der Kriegsdienstverweigerer.

Der von allen Parteien gebilligte

Kompromiß — niedergelegt in § 1 des Zivildienstgesetzes — lautet: „Im Zivildienst erfüllen anerkannte Kriegsdienstverweigerer Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen, vorrangig im sozialen Bereich.“

Diese allgemeine Formulierung schließt dem Wortlaut nach nicht aus, daß Dienstplätze auch im Bereich von Zivil- und Katastrophenschutz geschaffen werden. Doch bestehen vorerst keine Pläne hierfür. Bundesbeauftragter Iven sagte auf unsere Frage: „Zivildienstleistende werden im Zivil- und Katastrophenschutz nicht beschäftigt werden. Allerdings sind bereits zahlreiche Krankentransport- und Unfallrettungsdienste sowie einige Feuerwehren als Beschäftigungsstellen des Zivildienstes anerkannt. Im Rahmen des Zivildienstes soll Zivil- oder Katastrophenschutz jedoch nicht durchgeführt werden.“

Zivildienstleistende in Unfallstationen oder am Steuer von Krankenwagen sind bei den Hilfsorganisationen ein vertrautes Bild. Die „Langhaarigen“ sind meistens gern gesehen. Übereinstimmend loben die Organisationen deren Mitarbeit.

### Gute Erfahrungen

So der Malteser-Hilfsdienst (MHD): „Bei den 'hauptamtlich' mitarbeitenden Ersatzdienstleistenden haben wir im allgemeinen recht erfreuliche Erfahrungen gemacht. Es stehen eine Reihe weiterer Dienstplätze im MHD zur Verfügung, die bisher nicht besetzt werden konnten.“



Hans Iven, Bundesbeauftragter für den Zivildienst: Gesetz eröffnet neue Möglichkeiten.



Auch die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) beschäftigt seit einigen Jahren Kriegsdienstverweigerer im Kranken-transport und im Rettungswesen: „Im wesentlichen haben wir damit recht gute Erfahrungen gemacht. Die JUH wird auch in Zukunft bemüht sein, Dienstplätze für Ersatzdienstleistende zur Verfügung zu stellen.“

Ähnlich der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB): „Aufgrund unserer bisherigen guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Zivildienstleistenden werden wir uns verstärkt darum bemühen, weitere Dienstplätze in unserem Bereich bereitzustellen.“ Hier dürfte auch künftig ein weites Tätigkeitsfeld für den Zivildienst liegen: Das Unfallrettungswesen und der Krankentransportdienst im gesamten Bundesgebiet benötigen ungefähr 3 000 zusätzliche Hilfskräfte — so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Rhode, kürzlich im Bundestag auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten von Schoeler.

### Verpflichtung auf 10 Jahre

Im Zivil- und Katastrophenschutz wird es — wie erwähnt — auch künftig keine Zivildienstplätze geben. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer könnten jedoch demnächst des öfteren bei den freiwilligen Hilfsorganisationen anklopfen und sich als Helfer bewerben. § 14 des „Gesetzes über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer“ sieht vor, daß diese nicht zum Zivildienst herangezogen werden, wenn sie sich mit Zustimmung der zuständigen Behörde auf mindestens 10 Jahre bei einer Organisation verpflichten. Bundesbeauftragter Iven kommentiert: „Sie leisten dann aber nicht Zivildienst, sondern werden zum Zivildienst wegen ihrer Tätigkeit im Zivil- oder Katastrophenschutz nicht herangezogen. Das Gesetz eröffnet also die Möglichkeit, anstelle des Zivildienstes Dienst im Katastrophen- oder Zivilschutz zu leisten.“

Damit ist eine Gleichstellung mit den Wehrpflichtigen erreicht, denen die entsprechende Möglichkeit bereits seit 1968 gegeben ist — in § 8 Abs. 2 des „Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“. Der Ausschluß der Kriegsdienstverweigerer von dieser Regelung wurde in zunehmendem Maße als Benachteiligung empfunden. Die im Gesetz genannte „zuständige Behörde“ ist der Hauptverwaltungsbeamte. Bei Wehrpflichtigen unter-

richtet er das Kreiswehersatzamt von seiner Zustimmung; ebenso zeigt er dem Amt den Wegfall der Voraussetzungen für die Freistellung an. Bei Kriegsdienstverweigerern unterrichtet er das dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung unterstehende „Bundesamt für den Zivildienst“.

### Keine Beschränkungen

Nicht jeder, der sich als Helfer im Katastrophenschutz verpflichtet, kann damit seine Befreiung vom Wehrdienst erreichen. In Absprachen mit dem



Unter dem Kennwort „Umweltschutz“ steht die Arbeit von Zivildienstlern in der Nähe von Gummersbach. Sie pflegen Waldwege, beseitigen wilde Müllkippen und helfen im Winter bei der Schneeräumung.

Bundesverteidigungsminister wird die Zahl der möglichen Freistellungen festgelegt. Dabei wird nach Jahrgängen, beruflicher Tätigkeit und Ausbildungsstand unterschieden. Dies gewährleistet einen personellen Kräfteausgleich zwischen Bundeswehr und Katastrophenschutz.

Frage: Sind derartige Absprachen auch für die Freistellung von Zivildienstpflichtigen — etwa zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst — vorgesehen?

Iven: „Im Gegensatz zu der Bestimmung des neugefaßten § 13 a Wehrpflichtgesetz, der entsprechende Vereinbarungen zwischen dem

Bundesminister der Verteidigung und dem Bundesminister des Innern oder dem nach § 15 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes zuständigen Bundesminister über die Zahl und gegebenenfalls die berufliche Tätigkeit und den Ausbildungsstand der Wehrpflichtigen vorsieht, kennt das Zivildienstgesetz eine derartige Bestimmung nicht.“ Hierfür besteht im Falle der Kriegsdienstverweigerer kein Anlaß: Der Zivildienst hat nicht — wie die Bundeswehr — einen bestimmten Personalbedarf, der nicht unterschritten werden darf. Im Gegenteil — die Dienstplätze reichen bisher bei weitem nicht aus.

### Offene Fragen

Die Neuregelung nach § 14 des Zivildienstgesetzes erschließt den Kriegsdienstverweigerern ohne Dienstplatzvermehrung eine Möglichkeit, weitere Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen. Es bleibt den Hilfsorganisationen überlassen, wie sie sich gegenüber einem möglichen Zulauf aus den Kreisen der Kriegsdienstverweigerer verhalten. Absprachen über die praktischen Folgen der Neuregelung, über Höchstzahlen oder bestimmte Tätigkeitsbereiche für die Zivildienstpflichtigen (Bundesinnenministerium: „Helfer ohne jede rechtliche oder tatsächliche Besonderheit“) gibt es nicht. Es steht im Ermessen der Organisationen, ob sie einen Helfer in ihre Einheiten aufnehmen wollen oder nicht. Es bleiben einige offene Fragen. Die Kriegsdienstverweigerer im Katastrophenschutz werden mit anderen freiwilligen Helfern zusammenarbeiten. Liegt hier der Keim für Unstimmigkeiten und Reibereien? Konflikte blieben nicht aus, wenn ein Kriegsdienstverweigerer sich — aus welchen Gründen auch immer — als Helfer im Katastrophenschutz verpflichten würde, im Grunde seines Herzens jedoch den Zivilschutz als Teil der Gesamtverteidigung ablehnte.

Frage: Könnte es zu Spannungen zwischen den Kriegsdienstverweigerern und den übrigen Helfern kommen? Besteht die Gefahr, daß eine unerwünschte Unruhe und Politisierung in die Arbeit der Organisationen getragen wird?

Iven: „Ein anerkannter Kriegsdienstverweigerer, der auch den Zivilschutz ablehnt, wird sich nicht freiwillig zum Dienst als Helfer im Zivilschutz oder Katastrophenschutz verpflichten. Die Organisationen des Zivilschutzes oder





**Ausbildung in der Brandbekämpfung: Auch bei der Feuerwehr — wie hier in Düren — gibt es Beschäftigungsstellen für Zivildienstleistende.**

Katastrophenschutzes haben die Möglichkeit, jederzeit auf eine Mitwirkung des anerkannten Kriegsdienstverweigerers zu verzichten. Sie werden dies tun, wenn es zu Spannungen oder unerwünschten Unruhen kommt. In diesen Fällen sind die zuständigen Behörden verpflichtet, dem Bundesamt den Wegfall der Voraussetzung für die Nichtheranziehung des anerkannten Kriegsdienstverweigerers anzuzeigen. Er ist dann wieder verpflichtet, Zivildienst zu leisten.“

Im Bundesinnenministerium ist man weniger zuversichtlich: „Die vermuteten Schwierigkeiten können nicht ausgeschlossen werden. Die Gefahr ihres Entstehens war ja auch der Grund, warum die Hilfsorganisationen im Verlaufe der Diskussion des Gesetzentwurfes den § 14 in seiner jetzigen Fassung abgelehnt oder ihm jedenfalls reserviert gegenüberstanden haben.“

### **Was sagen die Organisationen?**

Das Urteil der Organisationen ist unterschiedlich. Es schwankt zwischen Skepsis und Zustimmung. Das Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes erklärte uns: „Wir gestehen offen, im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft und damit die Einsatzfähigkeit unserer Einheiten im Katastrophenschutz Befürchtungen zu hegen, wenn Kriegsdienstverweigerer in diese aufgenommen werden. Das muß jedenfalls für solche Leute gelten, hinter deren Gewissen letztlich politische Motivationen stehen.“

Es ist insoweit einfach die Gefahr zu erkennen, daß diese Art von Kriegsdienstverweigerern versuchen werden, ihr ideologisch-politisches Gedankengut in die Einheiten zu tragen. Die Mitarbeit im Katastrophenschutz stellt für sie lediglich das kleinere Übel dar, obwohl sie ihn vom Grunde her — da systemerhaltend — ablehnen. Es bleibt nicht aus, daß sich eine solche Einstellung zur Sache auf die Art und Weise der Mitarbeit auswirken wird. Im übrigen bleibt zu befürchten, daß sie durch ihre Bekundungen den einen oder anderen der freiwilligen Helfer negativ beeinflussen, andere es ablehnen werden, mit derartig Gesinnten zusammenzuarbeiten. Eine Einheit aber, in der das Mit- und Füreinander, das kameradschaftliche Verhältnis zwischen den Helfern verlorengegangen ist, bleibt für den Ernstfall ohne Wert, ganz abgesehen davon, daß eine solche Einheit auch der Katastrophenschutzorganisation erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Nach allem würden wir bei der Auswahl der Kriegsdienstverweigerer eine strenge Vorprüfung anstreben und uns auch insbesondere für die Motive der Kriegsdienstverweigerung interessieren.“

Nach strengen Maßstäben ausgewählt werden auch diejenigen Kriegsdienstverweigerer, die im Warn- und Alarmdienst mitwirken wollen. Das Bundesinnenministerium weist darauf hin, daß die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtung besonders störungsempfindlich ist.

### **Keine Bedenken**

Die Johanniter-Unfall-Hilfe sieht der neuen Regelung gelassen entgegen: „Die Zivildienstleistenden, die während der gesamten Dienstzeit (16 Monate) unserer Organisation zugeteilt sind, haben ständig Kontakt mit unseren hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern. Es hat sich herausgestellt, daß die Spannungen zwischen diesen Gruppen gar nicht so groß sind, wie sie meist dargestellt werden. Es sind uns sehr wenige Fälle bekannt, in denen durch Zivildienstleistende Unruhe und Politisierung in unsere Arbeit getragen worden sind. Wir sind der Meinung, daß sich bei der Verpflichtung von Zivildienstpflichtigen zu 10jähriger Mitarbeit im Katastrophenschutz daran nicht viel ändern wird.“

Sehr positiv ist die Stellungnahme des ASB: „Das Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer wird vom ASB begrüßt und ist von unserer Organisation die vergangenen Jahre über auch immer wieder nachdrücklich gefordert worden. Kontakte von Kriegsdienstverweigerern mit unseren Helfern bestanden schon in der Vergangenheit sehr stark, werden von unserer Organisation begrüßt und sind sogar gefördert worden. Der ASB ist seit seiner Entstehung im Jahre 1888 eine rein pazifistisch eingestellte Organisation und hat die ganzen Jahrzehnte über aus dieser Einstellung kein Hehl gemacht. Es bestehen somit sehr starke gemeinsame Berührungspunkte mit der Einstellung der Kriegsdienstverweigerer zum Wehrdienst. Wir sehen aus diesem Grunde keine unerwünschte Unruhe und Politisierung auf unsere Arbeit zukommen.“

### **Besseres Image**

Es scheint, daß das Image der Kriegsdienstverweigerer in der Öffentlichkeit sich bessert. Ihre schwere und oft psychisch belastende Arbeit in Altersheimen oder Pflegestationen nötigt auch solchen Zeitgenossen Respekt ab, die oft vorschnell von „Drückebergerei“ sprechen, wenn jemand vom Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung Gebrauch macht. Die Neufassung des Zivildienstgesetzes will dazu beitragen, derartige Vorurteile abzubauen. Das heißt: Zivildienst nicht als Ersatz, sondern als vollwertige Alternative zum Wehrdienst. Dazu gehört: Freistellung



von der Dienstpflicht bei zehnjähriger Verpflichtung im Zivil- oder Katastrophenschutz. Wird diese Möglichkeit in größerem Maße genutzt werden? In der Bundesgeschäftsführung der JUH hält man es für „sehr fraglich“, ob Kriegsdienstverweigerer bereit sind, im Katastrophenschutz mitzuarbeiten. Vielleicht könnte auch die Hoffnung, als anerkannter Kriegsdienst-

verweigerer nicht zum Zivildienst herangezogen zu werden, manchen von einer Verpflichtung abhalten. Deshalb die Frage an den Bundesbeauftragten Iven: Ist die Freistellung nur möglich, wenn der Kriegsdienstverweigerer noch nicht zum Zivildienst einberufen worden ist? In diesem Fall würden sich doch vermutlich nur wenige zum Dienst im Katastrophenschutz melden, da die Chance, nicht

einberufen zu werden, weiterhin verhältnismäßig groß ist. Seine Antwort: „Nach § 14 des Zivildienstgesetzes werden nur solche anerkannte Kriegsdienstverweigerer nicht zum Zivildienst herangezogen, die bei Beginn des Heranziehungsverfahrens im Zivilschutz oder Katastrophenschutz mitwirken. Im Zivildienst beginnt das Heranziehungsverfahren bereits mit einem Ankündigungsschreiben, daß der Dienstpflichtige zwischen drei und sechs Monate vor dem vorgesehenen Einberufungstermin erhält.

Ihrer Ansicht, Zivildienstpflichtige würden in verhältnismäßig großem Umfang nicht einberufen, muß ich entgegentreten. Vor drei Jahren konnte von vier Dienstpflichtigen lediglich einer einberufen werden. Inzwischen hat sich das Verhältnis dahin gewandelt, daß von drei verfügbaren Dienstpflichtigen zwei herangezogen werden können.“



**Drei anerkannte Kriegsdienstverweigerer arbeiten in der Unfallstation Lintorf. Im Rettungswesen liegt ein weites Tätigkeitsfeld für den Zivildienst: Rund 3000 zusätzliche Hilfskräfte werden benötigt.**

### **Einsatz in Vietnam?**

Auf eine aktuelle Variante der Möglichkeit, vom Zivildienst freigestellt zu werden, hat der Bundesbeauftragte kürzlich hingewiesen.

Frage: Sie haben sich bereiterklärt, Dienstpflichtige unabkömmlich zu stellen, wenn sie bei einem Hilfsprogramm in Indochina mitarbeiten. Hat es darauf bereits Reaktionen von potentiellen Vietnam-Helfern in den Kreisen der Kriegsdienstverweigerer gegeben?

Iven: „Eine ganze Anzahl von Dienstleistenden und Dienstpflichtigen des Zivildienstes haben sich bei mir nach den Möglichkeiten nach einer Tätigkeit in Indochina erkundigt. Die freien Wohlfahrtsverbände, die Hilfsprogramme in Indochina durchführen, haben jedoch lediglich einen Bedarf an besonders qualifizierten Kräften. Arbeitskräfte ohne besondere Vorkenntnisse stehen in Indochina in ausreichendem Umfang aus der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung. Die Bewerbungen von Dienstpflichtigen des zivilen Ersatzdienstes werden von den freien Wohlfahrtsverbänden aber in jedem Falle geprüft.“

Ob es unter den Kriegsdienstverweigerern ein starkes Interesse an langjähriger Mitarbeit im Katastrophenschutz gibt, die sie vom Zivildienst befreit, bleibt vorerst ungewiß. Das Gesetz hat ihnen ein Angebot gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden.



**Freiwillige Helfer im Katastrophenschutz beseitigen Sturmschäden. Wird es demnächst auch Kriegsdienstverweigerer unter ihnen geben?**



Nur wenige Katastrophenlagen sind denkbar, die mit ihren auslösenden Ursachen und Aktivitäten innerhalb kürzester Zeit so umfangreich und ausgeweitet als gemeine Gefahr in Erscheinung treten wie gerade Situationen, in denen Benzine und Öle durch Unglücksfälle oder Unvorsichtigkeit auslaufen und mit Grund- oder Oberwasser in Verbindung treten. Charakteristisch ist in solchen Lagen immer das Ausmaß des Ereignisses, das sprunghaft die Größenordnung eines Unfalls oder Unglücks übersteigt und dessen Beseitigung oder Milderung die üblichen, den einzelnen Behörden zur Verfügung stehenden Hilfsmittel überfordert. Eine zwangsläufige Notwendigkeit ist die Alarmauslösung für den Katastrophenschutz, der in der organisierten Abwehr von Gefahren oder Schäden, die durch Notstände von umfangreicher Tragweite entstanden sind, welche die Allgemeinheit oder größere Teile derselben treffen, seine Aufgabe sieht. Einsatzmöglichkeiten ergeben sich bei Ölalarm in jedem Einzelfall für die KS-Bereiche „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (Polizei), „Rettung und Technische Abwehr“ (Feuerwehr und THW) sowie „Gesundheitswesen“ mit dem Wasserwirtschaftsamt, die auf gegenseitige Fach- und Hilfeleistung angewiesen sind und sich gegenseitig unterstützen und ergänzen müssen.

### Allgemeines

In den letzten Jahren hat der sprunghaft gestiegene Bedarf an Vergaser- und Düsenkraftstoffen, an Diesel- und Heizöl zu vermehrten Behältnistransporten auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen geführt, was naturgemäß eine nicht geringe Anzahl von Unglücksfällen mit weitreichenden Ausstrahlungen zur Folge hatte.

Polizeioberrat Siegfried Bleck

Eine besondere Katastrophensituation:

## Ölalarm!

Die Gefahren des Mineralöls aus polizeilicher Sicht



Tribut unserer Zeit an die hochtechnisierte Umwelt: Unfälle von Fahrzeugen mit gefährlicher Ladung. Aus einem defekten Tank auslaufendes Öl wird mit einer Kunststoffschürze aufgefangen und in einen angekuppelten Behälter geleitet.

Ein gleiches, wenn auch andersartiges Problem ist die gewerbliche und private Lagerung von Mineralöl mit der ständigen Möglichkeit des Austritts aus Leitungen oder Behältnissen infolge materiellen Defekts oder zeitbedingter Korrosion. Erst vor wenigen Jahren erhielt die Bayerische Landpolizei eine deutliche Lektion über das Ausmaß derartiger Unglücksfälle, als im Bereich des Trinkwassereinzugsgebiets der Stadt München aus einem freistehenden Großtank eines Industriebetriebes infolge Ventildefekts etwa 35 000 Liter schweres Heizöl in den Werkskanal geflossen und durch diesen in die Mangfall geraten waren. Von dort hatte das Öl seinen Weg durch den Oberlauf der Mangfall zur Weidenauer Schleuse und über den Werkskanal der Elektrizitätswerke München in den Seehamer See genommen. In tagelangem Einsatz haben damals Polizei, Feuerwehr und der THW-Ortsverband Miesbach die gallertartigen Ölkumpen fladenweise von der Wasseroberfläche abgefischt, nachdem zuvor Balkensperren über den See gelegt worden waren. Verkehrsunfälle von Tanklastwagen auf unseren Straßen und der Auslauf von stationär gelagertem Mineralöl oder anderen feuer- und wassergefährlichen Stoffen sind der unvermeidbare Tribut unserer Zeit an die hochtechnisierte Umwelt mit bislang nie gekannten Begleitumständen und Gefahren. Der Eintritt dieser Flüssigkeiten in das Kanalisationsnetz einer Stadt oder ihre substantielle Verbindung mit dem geologischen Grundwasserspiegel beschwören katastrophengleiche Situationen herauf, die von der einfachen Fahrbahnverschmutzung mit Schleudergefahr über die Explosions- und Brandgefahr bis zur verheerenden Trinkwasserverseuchung



reichen. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß jüngste Forschungsergebnisse vorliegen, wonach ein Liter Heizöl ausreicht, um eine Million Liter Trinkwasser zu verseuchen. Dabei ist besonders verhängnisvoll, daß sich das Grundwasser nicht — wie z. B. fließende Gewässer — selbständig regenerieren kann.

Aus dieser einleitenden Darstellung ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, im Rahmen der örtlichen Katastrophenvorsorge durch Anlage und Aufstellung von Ölalarm-Kalendern bei der Polizei grundsätzliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz bei der Bekämpfung dieser gefährlichen Flüssigkeiten zu schaffen.

### Die rechtliche Situation

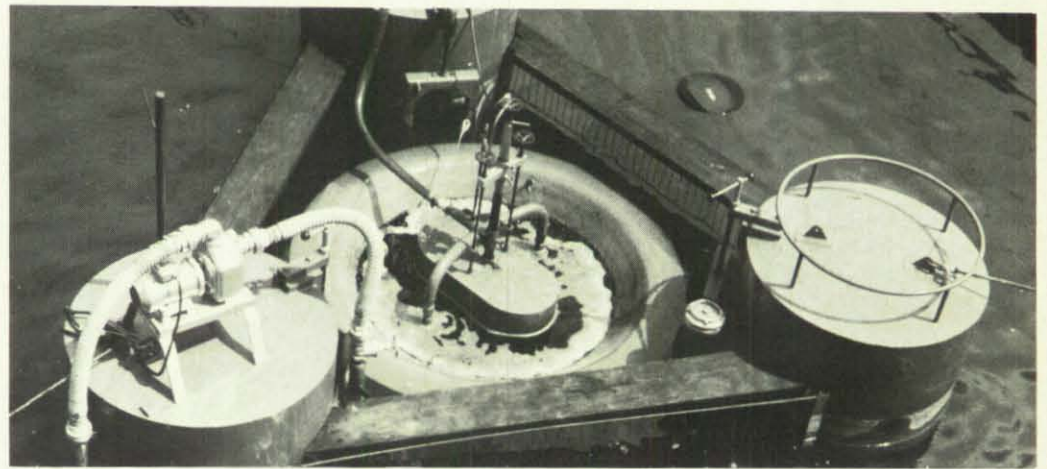
Angesichts der Gefahrensituation ist es unverständlich, daß die dringend erforderliche umfassende gesetzliche Regelung dieser für Leben und Gesundheit schädlichen Stoffe im Hinblick auf Transport und Lagerung in außergewöhnlichem Maße durch den föderativen Aufbau der Bundesrepublik gehemmt wird.

Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes stehen der Bundesregierung nur beschränkte gesetzliche Kompetenzen im Bereich der wasserrechtlichen Ordnung unseres Gemeinwesens zu. Sie hat mit der Verabschiedung des „Wasserhaushaltsgesetzes“ (WHG) vom 27. 7. 1957 ein Rahmengesetz geschaffen, welches sich jedoch nur auf den Schutz von „Gewässern“ (§ 1) bezieht, wozu allerdings auch Grundwasser zählt.

Die wichtigste Bestimmung des WHG beschränkt sich auf die unbegrenzte Gefährdungshaftung des Inhabers einer schädigenden Mineralölanlage und ist in § 22 (2) fixiert:



Bei Eintritt von gefährlichen Flüssigkeiten in das Kanalisationsnetz oder in Bäche und Flüsse ist schnelles Handeln geboten. Unser Bild zeigt eine der vielen Typen von Ölsperren, mit denen schwimmendes Öl gestoppt und später abgesaugt werden kann.



Mit diesem Ölabsaugegerät erhält man gewissermaßen ein „Loch im Wasser“, in welches das auf dem Wasser schwimmende Öl hineinströmt, und zwar so, daß bei richtiger Bedienung reines Öl ohne Beimischung von Wasser abgepumpt werden kann.



Für Arbeiten an Ölschadensstellen wurde dieser Universal-Gerätewagen mit einem fest eingebauten Stromerzeuger, einem 2 400 Liter fassenden Ölbehälter und Dachkästen zur Aufnahme verschmutzter Geräte konstruiert.





**Das Ausbreiten und Versickern von wassergefährdenden Stoffen, wie z. B. Mineralöl, kann durch das Aufbringen von Ölbindemitteln verhindert werden. Die Bindemittel werden später wieder entfernt und dann verbrannt.**

„Gelingen aus einer Anlage, die bestimmt ist, Stoffe . . . zu lagern, abzulagern, zu befördern oder wegzuleiten, in ein Gewässer, ohne in dieses eingebracht oder eingeleitet zu sein, so ist der Inhaber der Anlage zum Ersatz des daraus einem anderen entstehenden Schadens verpflichtet. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist.“  
 Im WHG fehlen indessen verbindliche Vorschriften über die Anlage, Einrichtung und Ausgestaltung von Behältnissen im Falle einer Lagerung oder Beförderung von Mineralöl. Ebenso hat das Gesetz auf bestimmte Leitsätze für den Transport und dessen Eigensicherung verzichtet, was zwischenzeitig die Wirtschaftskommission für Europa auf den Plan gerufen und zur Konzipierung des „Europäischen Übereinkommens

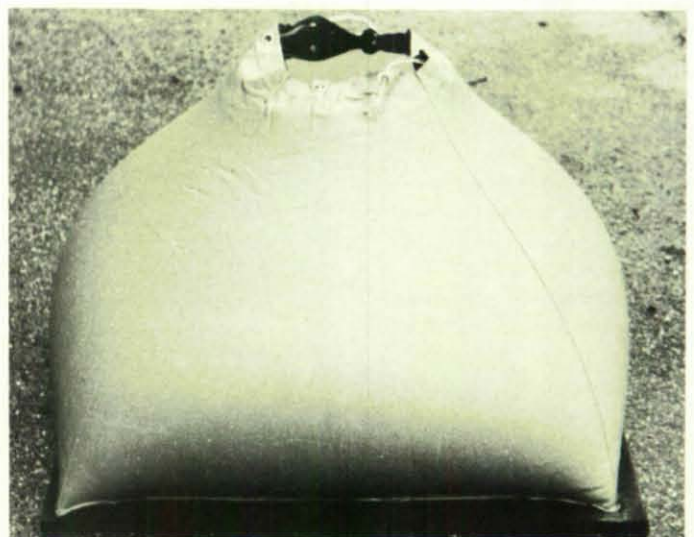
über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf der Straße“ (ADR) geführt hat. In Ergänzung hierzu ist ab 1. Juli 1973 eine „Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße“ (GefahrgutVStr) in Kraft getreten, die jedoch ihrerseits in Übergangsvorschriften festlegt, daß die streng gefaßten Vorschriften bis zum 31. Dezember 1973 nicht mit absoluter Gültigkeit anzuwenden sind. Richtschnur einer repressiven Ahndung bleibt somit das örtlich geltende Landeswassergesetz. Diese Landeswassergesetze sind untereinander sehr unterschiedlich. Strengen Anforderungen vermag nur das baden-württembergische Wassergesetz zu genügen, das in fast erschöpfender Darstellung wasserrechtliche Genehmigungen vorschreibt und ausführliche Einzel-

regelungen enthält. In vielen anderen Landeswassergesetzen besteht dagegen die bloße Anzeigepflicht bei Schadensfällen mit Mineralöl oder anderen feuer- und

wassergefährlichen Flüssigkeiten, die sogar dann entfällt, wenn nach anderen Rechtsvorschriften — z. B. nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — bereits eine Genehmigungs- oder Anzeigepflicht besteht. Einen wesentlichen Fortschritt würde der vom Bundesministerium ausgearbeitete Entwurf einer Musterbauordnung für Tankbehältnisse gebracht haben, wenn die privatrechtliche norddeutsche und öffentlich-rechtliche süddeutsche Auffassung über die Wasserwirtschaft zu einer Angleichung der Standpunkte geführt hätte.

Es kann daher bloß ein schwacher Trost sein, daß der KS-Bereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ nur mittelbar von dieser rechtsschwachen Ausgangsposition berührt wird, zumal die sachliche Zuständigkeit in die Kompetenz der örtlichen Wasserbehörde fällt. Das bezieht sich nicht nur auf die überwachende, sondern gleichermaßen auf die strafverfolgende Tätigkeit:

Die zum Katastrophenschutz gehörende Wasserbehörde ahndet sowohl Bagatelldelikte im Bereich



**Ein nach oben konisch zulaufender Kunststoffsack, Bodenmaß 75 x 75 cm, der als Schachtabdeckung auf Kanaleinläufe von Straßen gestellt und mit Wasser gefüllt wird. Er ist formveränderlich und schließt daher den Deckel gut ab.**

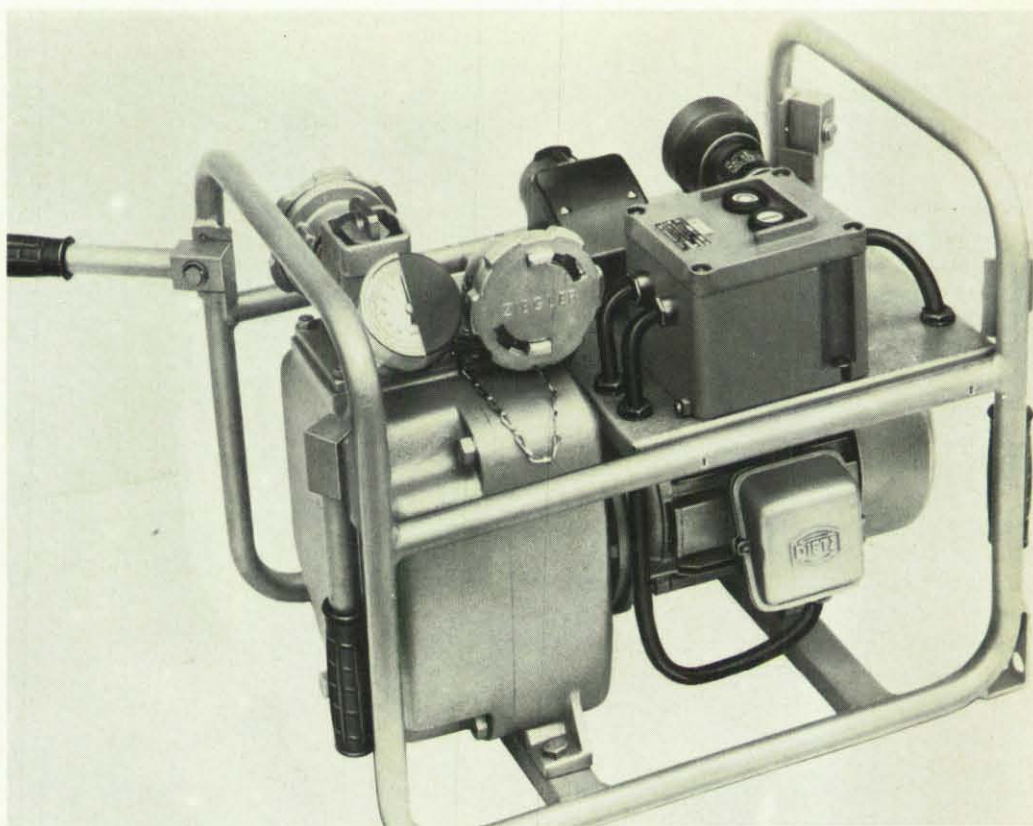


des wasserrechtlichen Verwaltungsrechts als auch jene Vergehensstatbestände, die sie mit einer Anzeige der Staatsanwaltschaft übersendet. Infolge mangelnder Spezialgesetzgebung bleibt das polizeiliche Eingreifen auf die Präventivmaßnahmen nach den Grundsätzen der Gefahrenabwehr begrenzt; d. h. Beseitigung der Gefahren und Aufrechterhaltung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Hinzu kommen beim sogenannten „ersten Angriff“ taktische Gesichtspunkte aus dem Großen Sicherheits- und Ordnungsdienst, die aber für die Bekämpfung von Katastrophen allgemeingültig sind.

### **Die Maßnahmen des ersten Angriffs der Polizei**

In den Länderwassergesetzen besteht beim Auslaufen von wassergefährdenden Flüssigkeiten (insbesondere von Treibstoffen und Öl) aus Behältern oder Leitungen für den Verantwortlichen immer die Pflicht, der zuständigen Polizeibehörde unverzüglich Meldung zu erstatten. Von dieser Meldung ist der Verursacher auch dann nicht entbunden, wenn er bei Unfällen auf privatem Gelände (in Kellern, Hofplätzen und Gärten) den Schaden selbst beseitigt.

Auflaufstelle für alle Mineralölunfälle ist somit die Polizei und nicht die Wasserbehörde! Daraus ergibt sich, daß die Polizeibeamten immer als erste am Unfallort eintreffen und die notwendigen Maßnahmen zur Gefahrenbeseitigung und Schadenseindämmung veranlassen müssen. Diese Maßnahmen werden um so wirksamer und nachhaltiger sein, je mehr sie sich auf einen vorbereiteten Ablaufplan beziehen, der an jeder größeren Polizeidienststelle und in jeder Katastrophenorganisation



**Die Industrie hat sich mit vielen Produkten auf die Gefahren durch Mineralölunfälle eingestellt. Das Bild zeigt eine Umfüllpumpe, die wegen ihrer explosionsgeschützten Bauart auch das Fördern gefährlicher Flüssigkeiten erlaubt.**



**Dieser Ölschadenanhänger dient der Aufnahme der Grundausrüstung zur Hilfeleistung bei Tankwagenunfällen. Er besitzt eine gekröpfte Deichsel mit LKW-Zugöse und eine Handzugstange, die umgesteckt als vordere Stütze dient.**



unter dem Stichwort „Ölalarm“ vorhanden sein sollte.

Dieses Kalendarium muß in Anpassung an den örtlichen KS-Kalender übersichtlich gegliedert aufgebaut werden und in chronologischer Reihenfolge den Ablauf der Einzelmaßnahmen festlegen. Dabei sollte der Inhalt ständig auf den neuesten Stand gebracht und den tatsächlichen personellen und sachlichen Verhältnissen angeglichen sein. Es würde den Rahmen und die Möglichkeiten dieser Betrachtung sprengen, den Aufbau und die Gestaltung eines derartigen Kalenders beispielhaft und ausführlich zu erläutern.

Die Polizei leitet die Maßnahmen des ersten Angriffs bis zum Eintreffen der KS-Bereiche „Rettung und Technische Abwehr“ sowie „Gesundheitswesen“.

● Das erste Ziel aller polizeilichen Bemühungen wird sich — neben der Hilfeleistung für Verletzte — immer darauf ausrichten, daß defekte Behältnisse zumindest provisorisch (mit Holzpflocken, Lappen oder Lehm) abgedichtet werden, um den weiteren Auslauf der Flüssigkeit zu unterbinden. Dabei kann es bei stationär eingegrabenen oder eingerichteten Tankanlagen oftmals erforderlich sein, das beschädigte Behältnis zunächst freizugraben.



Vorführung eines Geräts zum Absaugen von Schwimmöl auf stehenden und fließenden Gewässern. Das an eine Pumpe angeschlossene Gerät wird zwischen Sperre und Ufer eingebaut und lagert einerseits auf der Sperre, andererseits auf einem Stützisen.



Mineralölbrände lassen sich nur schwer und nur unter besonderen Umständen mit Wasser löschen. Zu den geeigneten Löschmitteln gehören Schaum-, Pulver- und Kohlensäurelöscher, die wir hier bei der Anwendung im Bilde vorstellen.



● Nach erfolgter Abdichtung ist es nunmehr erforderlich, den Auslaufbereich unter Kontrolle zu bringen und weitgehend einzudämmen. Das geschieht durch Anlage von kleinen Abzugsgräben oder Aufschüttung von provisorischen Erdwällen. Besondere Beachtung soll dabei Uferändern von vorbeiführenden Flüssen, Gräben oder Bächen gewidmet werden, die mit einer Sandsackbarrikade abzusichern sind. Sollte sich die Flüssigkeit bereits auf der Wasseroberfläche befinden, müssen Balkensperren in fester Verbindung mit dem Ufer angelegt werden, um die weitere Ausbreitung zu unterbinden. Auf Straßeneinläufe (Gullys) ist besonders zu achten; sie sind mit locker gefüllten Sandsäcken abzudichten.

● Handelt es sich bei der wassergefährdenden Flüssigkeit um Vergaser- oder Düsenkraftstoff, sollen sich die Überlegungen der ersten Sicherungsmaßnahmen darauf konzentrieren, ob das verunfallte Kraftfahrzeug (Tankwagen) mit eigener oder unter Zuhilfenahme fremder Kraft so weit wie irgend möglich aus dem öffentlichen Verkehrsbereich herausmanövriert werden kann. Wegen der großen Explosionsgefahr muß jeder Verkehr — auch der Gegenverkehr — angehalten und umgeleitet werden, selbst dann, wenn er (wie auf der Autobahn) durch einen Grünstreifen von der Schadensstelle abgetrennt ist.

● Im Entwicklungsstadium begriffene Kleinbrände sollten niemals unter Zuhilfenahme von Wasser gelöscht werden. Für Mineralöl-Brände sind Schaum-, Pulver- und Kohlensäurelöscher die geeigneten Löschmittel.

● Die Einhaltung eines strikten Rauchverbots ist ebenso selbstverständlich wie die Absperrung der



Unglücksstelle im weiten Umkreis.

● Besondere Bedeutung kommt der Verwendung von explosionsgeschützten Sicherungsleuchten bei nächtlicher Tätigkeit am Unfallort zu.

● Zur Eigensicherung werden die Polizeibeamten darauf aufmerksam gemacht, daß das Einatmen der Mineralöldämpfe ebenso gesundheitsschädlich ist wie deren Eintritt in die Augen. Mit Kraftstoffen und Öl durchtränkte Uniformteile sind deshalb möglichst bald abzulegen.

● Die Maßnahmen des ersten polizeilichen Angriffs enden mit der Einweisung der anrückenden Fahrzeuge von Feuerwehr und THW und mit der Durchgabe von Warnungen über Lautsprecher bei feuergefährlichen Flüssigkeiten mit Explosionsgefahr.

#### **Schadensmaß begrenzen**

Die Mitwirkung der Polizei als KS-Bereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ bei allen Unfällen und Katastrophensituationen mit Mineralölen und anderen explosiven und wassergefährdenden Treibstoffen verlangt geschickte taktische Anpassung an die

Bei ausgelaufenem Vergaser- oder Düsen-treibstoff genügt oft ein Funke zur Zündung. Darum müssen sich alle Sicherungsmaßnahmen sofort darauf konzentrieren, einen Brand oder eine Explosion zu vermeiden.

Aus perforierten Schläuchen auf dem Grund der Hafeneinfahrt zischt Kompressorluft an die Wasseroberfläche. Die entstehende Blasensperre soll verhindern, daß das brennende Öl auf den Hafen zutreibt und Schaden anrichtet.



von der Schadensstelle ausstrahlenden Gefahren. Durch schnelles und vorrangiges wie gleichermaßen richtiges Handeln geht es um

■ die Sicherung von Kanalisation und Wasserflächen,

■ die Verhinderung von Explosionen und Bränden,

■ den Schutz des vorhandenen Wasserbestandes.

Abgesehen von der Pflicht zur Beseitigung von Gefahren für Leben und Gesundheit ist die Polizei hier insbesondere aufgerufen, das einer

Katastrophe immanente und stets unwägbare Schadensausmaß wegen der sich daran anknüpfenden Folge-maßnahmen von vornherein zu begrenzen. Die nachrückenden KS-Bereiche mögen dabei als Fachdienste berücksichtigen, daß die technischen Möglichkeiten und Einsatzmittel der Polizei gerade bei Ölalarm denkbar eingengt und begrenzt sind, wie überhaupt der Polizei die fachqualifizierte Ausbildung für die durchgreifende Bekämpfung einer Ölverseuchung fehlt.



Helmut Freutel/Fotos: Günter Sers

# Altes Werkzeug in neuer Form

Zum Rettungsgerät gehört auch die kombinierte Stichsäge

Bei Ausgrabungen findet man gelegentlich Sägen aus Stein, die in der älteren Steinzeit zur Zerteilung von Holz benutzt wurden. In der Bronzezeit wurden bronzene Sägeblätter verwandt. Doch schon von der Eisenzeit an trat Eisen an die Stelle von Bronze. Wir wissen heute, daß bereits im 8. Jahrhundert v. Chr. in Ninive, der alten Hauptstadt des Assyrischen Reiches am Ufer des Tigris, eiserne Schrotsägen bekannt waren. Heute können mit Sägen alle Werkstoffe, auch Stahl, Stein oder noch härtere Materialien gesägt werden. So vielfältig wie die Verwendung der Säge ist auch ihre Form. Unter den Handsägen kennen wir Fuchsschwanz, Stich- oder Lochsäge, Schrot- oder Waldsäge, Spann- und Bügelsäge. Es gibt Furniersägen, Schweif- oder Dekupiersägen sowie Gehrungssägen. Groß ist auch die Zahl der maschinellen Sägen. Man sieht, Sägen sind aus unserem Leben nicht mehr

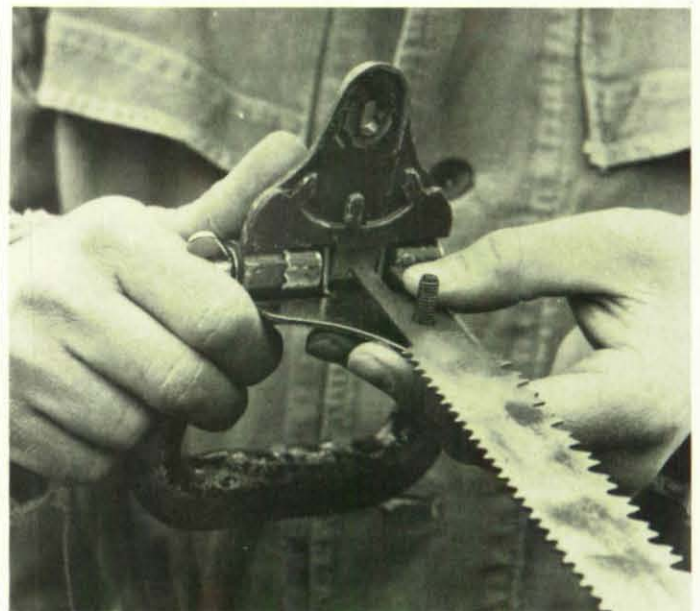
fortzudenken. Selbst im Werkzeugsatz, der heute zu einem gut funktionierenden Haushalt gehört, und mit dem man bestimmte Einrichtungs- und Verschönerungsarbeiten, aber auch kleine Reparaturen selbst ausführen kann, finden sich verschiedene Sägen. Die zahlreichen Hobby-Bastler wissen, daß die Zähne der Sägeblätter immer scharf und geschränkt sein müssen, weil stumpfe Sägen gefährlich sind und schlecht geschränkt klemmen. Auch zur Ausrüstung der technischen Dienste des Katastrophenschutzes gehören Sägen. Ebenso empfiehlt es sich, bei der Ausrüstung des technischen Notdienstes der Betriebe sowie bei der Selbstschutzausrüstung der Bevölkerung Sägen bereitzuhalten. Hier hat sich eine kombinierte Stichsäge besonders bewährt. Mit ihr läßt sich sowohl die Rettungsarbeit wie auch die Selbstbefreiung aus verschütteten Räumen gut

unterstützen. Sie kann überall dort eingesetzt werden, wo Holzbalken, Holzwände, Bretter, Rohre, Betoneisen und ähnliche Trümmerteile den Rettungsweg versperren. Die hier gezeigte Stichsäge ist von einer Remscheider Firma in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz entwickelt worden. Die komplette Stichsäge besteht aus dem Stichsägegriff (DBP) für auswechselbare Spezial-Sägeblätter, zwei Einstichsägeblättern und zwei Stahlsägeblättern, die in einem Holzkasten mit Flachdeckel untergebracht sind (Bild 1). Um ein Sägeblatt einzusetzen, wird die Halterung des Stichsägegriffs aufgeklappt und die Bohrung im Blatt über den feststehenden Gewindebolzen gesteckt (Bild 2). Wenn die Halterung geschlossen wird, muß die ausgefräste Nute in eine der vorgesehenen Führungen zu liegen kommen. Die aufgeschraubte Flügelmutter (Bild 3) bewirkt den

festen Sitz des Sägeblatts in der Halterung. Bild 4 zeigt eine der Positionen der Sägeblätter aus Tiegellgußstahl, die eine Länge von 300 mm haben. Die Blattbreite des Einstichsägeblattes beträgt 30 mm, die des Stahlsägeblattes 25 mm. Beide Blattstärken betragen 1,2 mm. Die Stichsägeblätter für die Holzbearbeitung (Bild 5) sind mit zwei Zahnformen beiderseits bis zur Spitze gezahnt. Der Stichsägegriff ist im Winkel zur Säge nach zwei Seiten mehrstufig verstellbar, so daß man praktisch „um die Ecke“ sägen kann. Die abgerundete Seite des Einstichsägeblattes ermöglicht es, glatte Flächen soweit anzulegen, bis das Stichloch vorhanden ist (Bild 6). Dann ist das Sägen z. B. von Ausstiegluken für Verschüttete kein Problem mehr (Bild 7). Die Stahlsägeblätter (Bild 8) sind ebenfalls beiderseits gezahnt, mit wellenförmiger Schränkung gehärtet und bestehen aus Wolfram-Vanadium-Stahl.



1

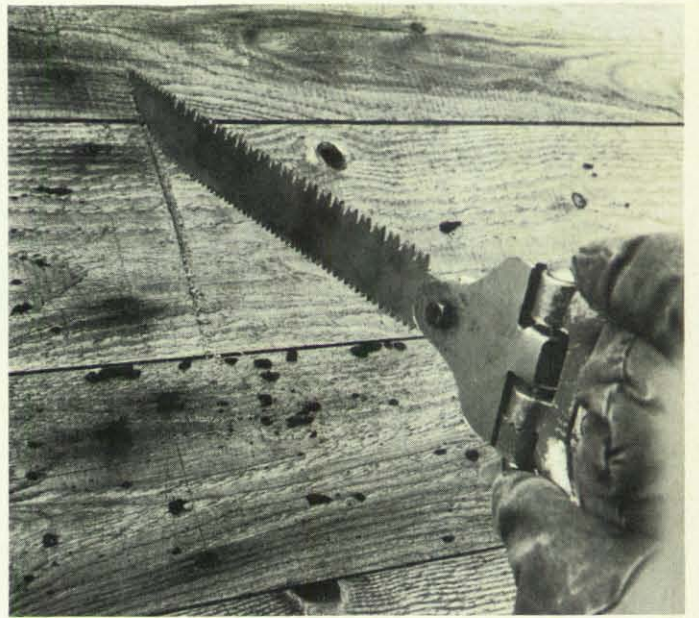


2

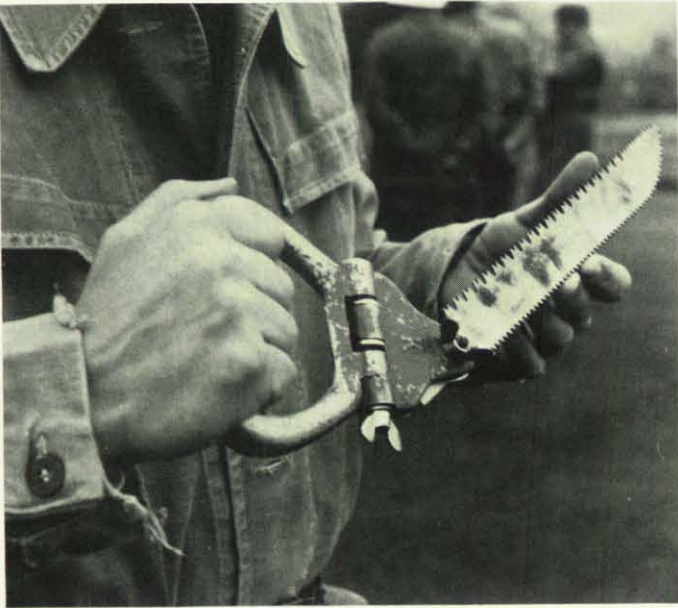




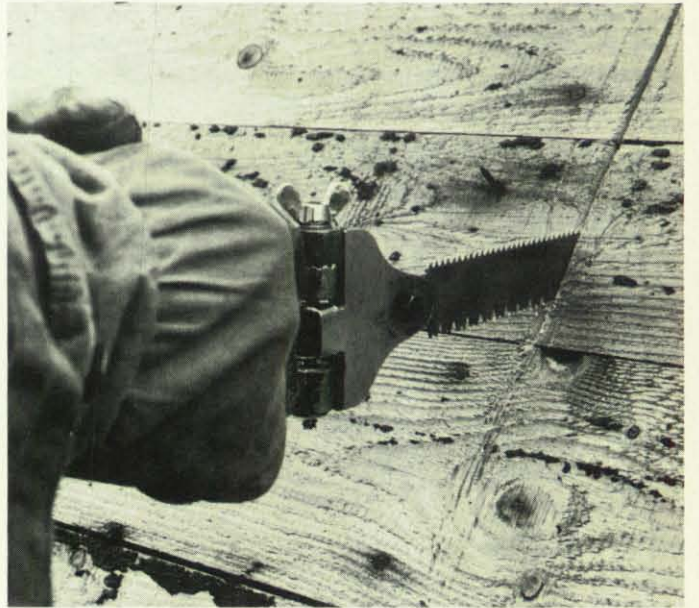
3



6



4



7



5



8



In Köln entsteht das zweite Katastrophenschutzzentrum

## Andere Dimensionen als in München

Projekt von sieben Millionen DM Frühjahr 1974 fertig

Zügig voran geht der Bau des zweiten Katastrophenschutzzentrums in der Bundesrepublik (das erste Zentrum entstand 1972 zur Olympiade in München — siehe ZS-MAGAZIN 1/72, S. 60), das auf einer Fläche von 6000 qm mit einem Kostenaufwand — einschließlich Grundstück und Einrichtung — von voraussichtlich sieben Millionen DM in Köln-Nippes an der Robert-Perthel-Straße entsteht. Die Arbeiten auf der Baustelle sind bereits zwei Monate der vorgeplanten Zeit voraus, und es scheint sicher, daß die Einweihung am 1. März — spätestens 1. April 1974 — erfolgen kann.

### Andere Dimensionen

Das Bauvorhaben in Köln weist andere Dimensionen als das Münchener Katastrophenschutzzentrum auf. Es wurde vom Amt für Zivilschutz der Stadt Köln in Verbindung mit dem Finanzbauamt Köln-West für den Katastrophenschutz geplant. Bei der Planung ging

es in erster Linie darum, eine Versorgungsbasis zu schaffen, in der die verschiedenen Fachdienste einschließlich ihrer Wartung alarmfertig unter einem Dach untergebracht werden können. So entsprechen die Räumlichkeiten nicht nur modernen Erfordernissen der theoretischen Ausbildung — es gibt Vortrags- bzw. Unterrichtsräume für 100, 60 und 20 Personen —, sondern auch Hallen und Räume für die Wartung der vielseitigen Geräte, die allen Ansprüchen genügen.

### Unmittelbar am Grüngürtel

Darüber hinaus sollte erreicht werden, dieses Zentrum für den Einsatzfall besonders aktionsfähig zu gestalten, also aus der engen City und der Nachbarschaft der Industrie herauszunehmen. Alle diese Punkte wurden berücksichtigt; noch mehr: Da auf dem Grundstück praxisnahe Übungen nicht möglich sind, kann das Problem in der Nähe gelöst werden. Nur knapp einen Kilometer entfernt befindet sich

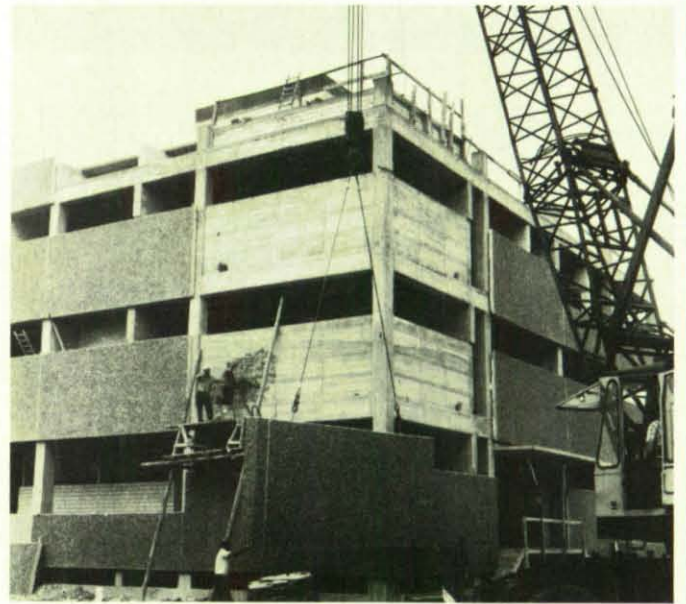
am Grüngürtel der Stadt der Standortübungsplatz der Kölner Bundeswehrgarnison, der sich für die Umsetzung der Theorie in die Praxis auch für die Dienste des Katastrophenschutzes anbietet.

### Platz für 200 Fahrzeuge

In den Garagen des Katastrophenschutzzentrums können die 175 Fahrzeuge des Katastrophenschutzes der Stadt Köln und der Fuhrpark der beiden THW-Ortsverbände Platz finden. Weiter gehören dazu Instandsetzungs- und Wartungshallen, die Instandhaltungswerkstatt für den Fernmeldedienst und eine Schreinerei mit einem Holzlager. Die gesamte Ausrüstung der Fachdienste (Bergungs-, Fernmelde-, ABC-, Sanitäts- und Veterinärdienst) wird alarmgerecht in Regalen liegen. Der Belegungsplan wird 100 Lehrgangsteilnehmern gerecht. Ein Unterrichtsraum kann später bei Lehrgängen in Gruppen- und Zugstärke als „Schlafsaal“ dienen.



Vor wenigen Wochen wurde das Richtfest für das Katastrophenschutzzentrum in Köln gefeiert. Der beeindruckende Komplex ist nach dem Zentrum in München der zweite in der Bundesrepublik.



Tempo ist Trumpf auf der Baustelle in Köln-Nippes. Schon zwei Monate sind die Bauarbeiter dem Plan voraus. Hier beim Einhängen der Wandteile, deren Kieselstruktur wunderbar in die Landschaft paßt.



Die Schulungszeiten sind wochentags von 17.30 bis 21.30 Uhr, samstags ganztägig ab 8 und sonntags bei Bedarf bis 14 Uhr vorgesehen. Interessant ist die finanzielle Seite: So wurden verschiedene Mietobjekte, die alle zu Lasten des Bundes gehen, von der Stadt Köln bereits zum 1. April 1974 gekündigt — darunter das Katastrophenschutz-Zentrallager in Köln-Ehrenfeld, das allein einen Mietaufwand von jährlich 196 000 DM erforderte. Zuversichtlich erwarten daher Kölner Experten, daß sich das neue Katastrophenschutzzentrum schon in wenigen Jahren amortisiert hat.

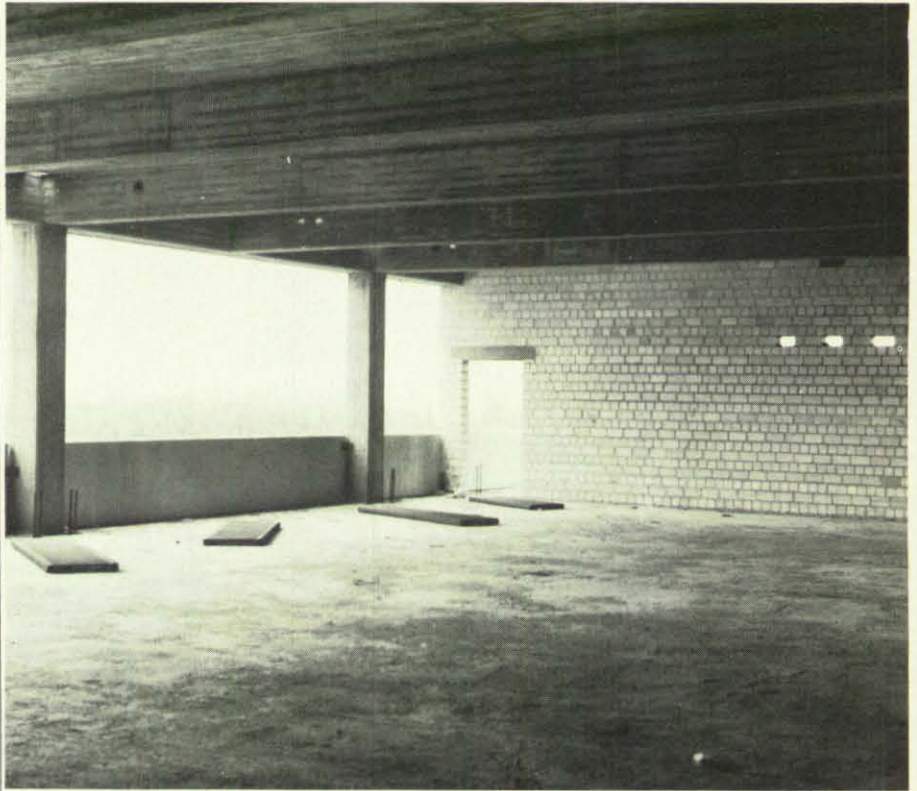
**Albert Butz, als Stadtverwaltungs-  
direktor Leiter des Amtes für  
Zivilschutz der Stadt Köln, schreibt  
dem ZS-Magazin über das  
7-Millionen-Bauwerk:**

Das Richtfest für das Katastrophenschutzzentrum in Köln fand am 16. August im Beisein von Vertretern des Bundesinnenministers, des Bundesfinanzministers, des Ministers für Raumordnung und Städteplanung, des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, des NRW-Innenministers, des Kölner Regierungspräsidenten, der Oberfinanzdirektion Köln, des Finanzbauamtes Köln-West und der Stadt Köln statt.

Das Katastrophenschutzzentrum Köln ist das erste seiner Art in Nordrhein-Westfalen und dient als Einsatz- und Versorgungsbasis. Die Ausbildung im linksrheinischen Raum kann hier weitgehend konzentriert und fachdienlich aufeinander abgestimmt werden. Die Katastrophenschutz-einheiten erhalten eine alarm- und einsatzgerechte Unterkunft.

#### **Vorläufer einer KatS-Zentralwerkstatt**

Die Errichtung des örtlichen Katastrophenschutz-Instandsetzungsplatzes an dieser Stelle ermöglicht als Vorläufer einer KatS-Zentralwerkstatt die Durchführung der Instandsetzungsmaßnahmen für Kraftfahrzeuge der Materialerhaltungsstufe 3 sowie einfache Instandhaltungsaufgaben für Atemschutzgerät, Fernmeldegerät und andere Sonderausstattungen des erweiterten Katastrophenschutzes. Durch konzentrierte Unterbringung von Einheiten und Einrichtungen im Katastrophenschutzzentrum wird eine rationelle Arbeitsweise nach wirtschaftlichen Grundsätzen erreicht. In gemeinsamer Planung hat der



**Der große Raum wird bei Vorträgen 100 Personen Platz bieten. Durch eine Schiebewand getrennt, können hier gleichzeitig zwei Lehrgänge für je 60 Personen stattfinden.**

Bund in Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln ein Nutzflächenprogramm entwickelt, das den neuzeitigen Erkenntnissen für Aufstellung und Unterhaltung der Katastrophenschutzorganisation voll Rechnung trägt und die Mobilität und Einsatzpräsenz der Katastrophenschutz-einheiten verbessert.

Die Nutzflächenübersicht ergibt eine Grundstücksgröße von 6000 qm, davon umbauter Raum 26 300 cbm. Hiervon umfassen der Garagentrakt 1780 qm, die Werkstatträume 640 qm, die Unterrichts-, Schulungs- und Übungsräume 760 qm, Schutzräume (Grundschutz für 100 Personen) und Nutzflächen für Katastrophenschutz-einheiten 1385 qm. Es ist deshalb den Dienststellen des Bundes, insbesondere dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, Anerkennung zu zollen, daß trotz des seit Jahren unzureichenden Finanzplafonds ein Bauvolumen mit Baukosten in Höhe von über 5,7 Millionen DM in einer mittelfristigen Finanzplanung sichergestellt werden konnte.

#### **Die Stadt Köln dankt**

Frau Bürgermeister Schmitt hat als Vertreterin des Oberbürgermeisters

der Stadt Köln, zugleich in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Vorsitzende des Ratsausschusses für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung der Stadt Köln, anlässlich der Richtfeier folgende bemerkenswerte Ansprache gehalten: „Rat und Verwaltung der Stadt Köln geben ihrer Freude Ausdruck, daß es durch intensive, langjährige gute Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen des Bundes und der Stadt Köln gelungen ist, hier in Köln ein Zivilschutz- und Katastrophenschutzzentrum zu errichten. Diese Einrichtung wird nach Fertigstellung eine bemerkenswerte und in der Bundesrepublik Deutschland modellhafte Einsatz- und Versorgungsbasis für die Katastrophenschutzorganisation sein, die die Stadt Köln befähigen wird, überall zu helfen, wo Notstände auftreten oder erwartet werden. Zivilschutz und Katastrophenabwehr dienen dem Schutz und der Versorgung der Menschen bei Katastrophen aller Art. Der Katastrophenschutz hat die Aufgabe, humanitäre Hilfs-, Rettungs-, Schutz- und Versorgungsmaßnahmen vorbereitend sicherzustellen, Notfallsituationen abzuwehren, zu beseitigen und Schadensfälle zu mindern. Hierfür





**Noch bestimmen die Handwerker das Bild — aber spätere Realität läßt sich schon erahnen.**



**Am 1. März, spätestens 1. April 1974, wird das Katastrophenschutzzentrum in Köln eingeweiht.**

werden vom Bund gemäß § 1 des KatSG Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes verstärkt und ergänzt sowie zusätzlich ausgebildet und ausgerüstet. Im Katastrophenschutz wirken in Köln neben den regieeigenen Fernmelde-, Führungs- und ABC-Diensten der Stadt ASB, DRK, JUH, MHD, BVS, THW und die freiwillige Feuerwehr als Katastrophenschutzorganisationen mit. Zur Zeit haben sich über 2100 ehrenamtliche Helfer zur freiwilligen Mitarbeit verpflichtet, darunter annähernd 1000 mit einer Verpflichtung zur Mitarbeit im Katastrophenschutz von zehn und mehr Jahren mit der Rechtswirkung der Freistellung vom Wehrdienst. Es bestehen im Katastrophenschutz der Stadt Köln 17 Bereitschaften und

5 selbständige Züge in den einzelnen Fachdiensten. Dieses größte örtliche Helferpotential mit einem aner kennenswerten Ausbildungs- und Ausrüstungsstand hat wesentlich dazu beigetragen, daß in Übereinstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen der Bund in gemeinsamer Planung mit dem Zivilschutzamt der Stadt Köln sich in beachtlicher Weise finanziell bei einem Bauvolumen von über fünf Millionen DM für die Erstellung dieser Gemeinschaftseinrichtung engagiert hat. Die Stadt Köln dankt deshalb heute aus Anlaß des Richtfestes dem Bund, besonders dem Bundesminister des Innern, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesamt für zivilen

Bevölkerungsschutz. Der besondere Dank gilt auch der Oberfinanzdirektion Köln, dem Finanzbauamt Köln-West, den Vertragsarchitekten, den mitwirkenden Firmen und Bauarbeitern für die gute und zügige unfallfreie Bauausführung. Die Stadt Köln wird durch die Errichtung des Zivilschutz- und Katastrophenschutz-zentrums in die Lage versetzt, ihre Anstrengungen weiter zu intensivieren, um in Notfällen und bei Katastrophen jeder Art rechtzeitig, ausreichend, schnell und tatkräftig helfen zu können. Sie wird durch fördernde Maßnahmen die Mitbürger unterstützen, die sich freiwillig und uneigennützig bereitgefunden haben, an dieser Gemeinschaftsaufgabe mitzuwirken.“

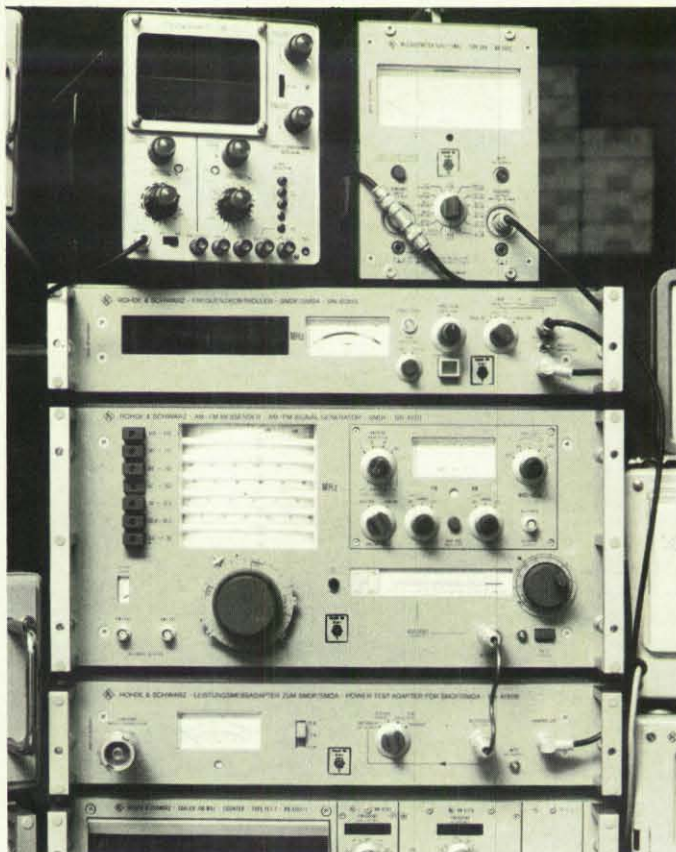


Ulrich Ursprung

140 Fernmelde-  
werkstätten waren  
geplant

# Ziele noch nicht er- reicht

Baukastensystem  
erarbeitet



In der Fernmeldewerkstatt für MEST werden die Instandsetzungskraftwagen überwacht und zum Einsatz beordert. Beschädigtes Material wird repariert, Fm-Anlagen werden nach VDE- und FTZ-Vorschrift überprüft, Umrüstungen vorgenommen.



In der Fernmeldewerkstatt für MEST 3a werden alle Prüf-, Meß- und Instandsetzungsarbeiten an den Fernmeldegeräten des KatS ausgeführt. Es erfolgt die fachliche Unterweisung, Aus- und Weiterbildung des technischen Personals, auch der nachgeordneten Werkstätten.

Noch weit von den im Jahre 1970 gesteckten Zielen entfernt ist das Fernmeldewesen im Katastrophenschutz. Um seine ständige Weiterentwicklung bemüht sich seit Jahren der „Arbeitskreis Fernmeldewesen im KatS“, der vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) ins Leben gerufen wurde. In diesem Gremium sind Fachleute der verschiedenen Dienste des Fernmeldewesens vertreten, die bei den Innenministerien der Länder für diese Aufgabe im Katastrophenschutz verantwortlich zeichnen. Dabei werden einige Bundesländer von einem anderen Land vertreten — so vertritt Hamburg Schleswig-Holstein und Bremen, Bayern Baden-Württemberg, Hessen das Saarland und Rheinland-Pfalz. Die Mitglieder des Arbeitskreises treffen sich alle ein bis zwei Monate, meist beim BzB in Bad Godesberg. Die Experten, teilweise ausgebildete Funker, fassen an Hand der Neuerungen auf dem Gebiet des Fernmeldewesens ihre Entschlüsse und unterbreiten Vorschläge, wie die Fernmeldegeräte für den Katastrophenschutz beschaffen sein müssen. Zu entscheidenden Fragen werden außerdem Vertreter der Industrie hinzugezogen.

## Instandsetzungs- und Werkstattplanung

In einer Arbeitssitzung wurde die Instandsetzungs- und Werkstattplanung für Fernmeldegerät, Stand Juli 1970, besprochen. Dabei wurde einstimmig beschlossen, daß diese Planung überarbeitet und dem neuesten Stand der Technik angepaßt werden muß. In dieser Planung waren

- 5 Werkstätten der MEST 3-s- mit je 390 qm,
- 15 Werkstätten der MEST 3-m- mit je 250 qm,



120 Instandsetzungsplätze  
MEST 2 mit je 74 qm

und je einem Instandsetzungs-Kraftwagen (lkw) vorgesehen. Während der Überarbeitung wurde bereits klar, daß die großzügige Planung in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden kann.

Aus diesem Grunde, und vor allen Dingen, um eine breite Streuung der Werkstätten zu erreichen, die dem tatsächlich zu betreuenden Gerätebestand angepaßt ist und im Bedarfsfall erweitert werden kann, wurde ein Baukastensystem erarbeitet. Dabei können die Größe, die personelle Besetzung und die Ausstattung mit Prüf- und Meßgerät dem tatsächlichen Bedarf angepaßt werden. Eine Auslastung der Werkstätten und des Personals ist dadurch immer gewährleistet.

### Fernmeldewerkstatt erforderlich

Mit der steigenden Zunahme der Gerätesätze (Beschaffung Fu G 10 ist bereits eingeleitet) muß angestrebt werden, daß den vorhandenen Zentralwerkstätten (mit Kfz.-Werkstatt) auch eine Fernmelde-Werkstatt angegliedert wird. Während der turnusmäßig durchzuführenden Kfz.-Überprüfungen kann auch die fernmelde-technische Anlage überprüft und erforderlichenfalls überholt werden. Die Größe der Fernmelde-Werkstatt richtet sich dabei nach dem Gerätebestand in dem zu betreuenden Bereich. Für den Grundausbau einer Fernmelde-Werkstatt muß der Gerätebestand mindestens 120 Gerätesätze betragen.

### Berechnung der Gerätesätze

1 Stück Fu G 7b  
kpl. m. Zubehör = 1 Satz

1 Stück Fu G 8  
kpl. m. Zubehör = 1 Satz  
2 Stück Fu G 10  
kpl. m. Zubehör = 1 Satz  
2 Stück Tonbandgeräte  
kpl. = 1 Satz  
1 Fernsprech-Trupp-  
Ausstattung = 1 Satz  
(mot oder Abschnitt)  
1 Fernsprech-Ausstattung  
(Abschnitt alt) = 3 Sätze  
1 Relaisfunkstelle-  
Ausstattung  
(ohne Gerät) = 1 Satz  
50 Ni-Cadmium-Batterien  
für Strahlenmeßgeräte  
= 1 Satz

### Fernmeldezentrale Kats - HVB - und Abschnitt

Funkstelle: Sprechfunk- und Tonbandgeräte sind wie oben berücksichtigt. Tonbandgeräte werden beschafft. Fernsprechvermittlung: Hier handelt es sich um Nebenstellenanlagen, die nach STAN-mäßiger Ergänzung durch die Lieferfirma gewertet werden.

### Grundausbau einer Fm-Werkstatt (Baustein 1) bis 120 Gerätesätze

- a) Werkstatttraum für Funkgeräte und 2 Fernmeldetechniker 20 qm
- b) Werkstatttraum für Fernsprechgeräte und mechanische Arbeiten 20 qm
- c) Geräte- und Ersatzteillager 20 qm
- d) Sammlerladerraum 10 qm
- e) 1 Prüf- und Meßgeräte lt. AN
- f) 2 Satz Werkzeug lt. AN
- g) Mobiliar lt. AN
- h) Regale für Geräte- und ET-Lager lt. AN
- i) Mobiliar für Sammlerladerraum lt. AN

### Erweiterung (Baustein 2) für 60 Gerätesätze

- a) Werkstatttraum für 1 Fernmeldetechniker 10 qm
- b) Geräte- und Ersatzteillager 5 qm
- c) 1 Satz Werkzeug lt. AN
- d) Mobiliar lt. AN

Tabelle 1

### Raum-, Ausstattungs- und Personalbedarf der Fernmelde-Werkstätten des Kats

Werkstattaufbau Baukastensystem (bezogen auf die Anzahl der zu betreuenden Fern- melde-Gerätesätze)	Grundausbau	Erweiterung				
		1.	2.	3.	4.	5.
Gerätesätze	120	180	240	300	360	420
Werkstatt (Funk) qm	20	30	40	50	60	70
Werkstatt (Draht) qm	20	20	20	20	20	20
Geräte- und ET-Lager	20	25	30	35	40	45
Büro für Werkstattleiter				12	12	12
Sammlerladerraum qm	10	10	10	10	10	10
Gesamtraumbedarf	70	85	100	137	142	157
Personal	2	3	4	5	6	7
Prüf- und Meßplatz	1	1	1	2	2	2
Wartungstrupp (lkw)	1	1	1	2	2	2
Werktisch	2	3	4	5	6	6
Drehstuhl	2	3	4	5	6	6
Tisch für Meßgeräte (fahrbar)	1	1	1	2	2	2
Ausstattungssätze gem. Zuweisung v. 20. 3. 1973	2	2	2	3	3	3

● Zusätzliche Erweiterungen mit Baustein 2 sind möglich, wenn weitere 60 Gerätesätze im zuständigen Betreuungsbereich zu versorgen sind. Die Erweiterungen bis zum Endausbau der Werkstätten sind in Tabelle 1 aufgeführt.

● Für jede Fernmelde-werkstatt (120 Gerätesätze) ist ein Instandsetzungs-Kraftwagen vorgesehen. Bei mehr als 300 Gerätesätzen im Betreuungsbereich sind zwei Instandsetzungs-Kraftwagen erforderlich.

Die Absicht, die bei den FMZ (mot) vorhandenen L- und lkw für die Instandsetzung der Fernmeldegeräte abzugeben und diese als lkw umzubauen, ist nicht vertretbar.

Diese Fahrzeuge sollten als Geräte- und Betriebskraftwagen umgebaut werden

und weiterhin beim FMZ verbleiben. Es ist anzustreben, daß neue lkw beschafft werden, die organisch mit dem weiteren Ausbau der Fernmeldewerkstätten wachsen.

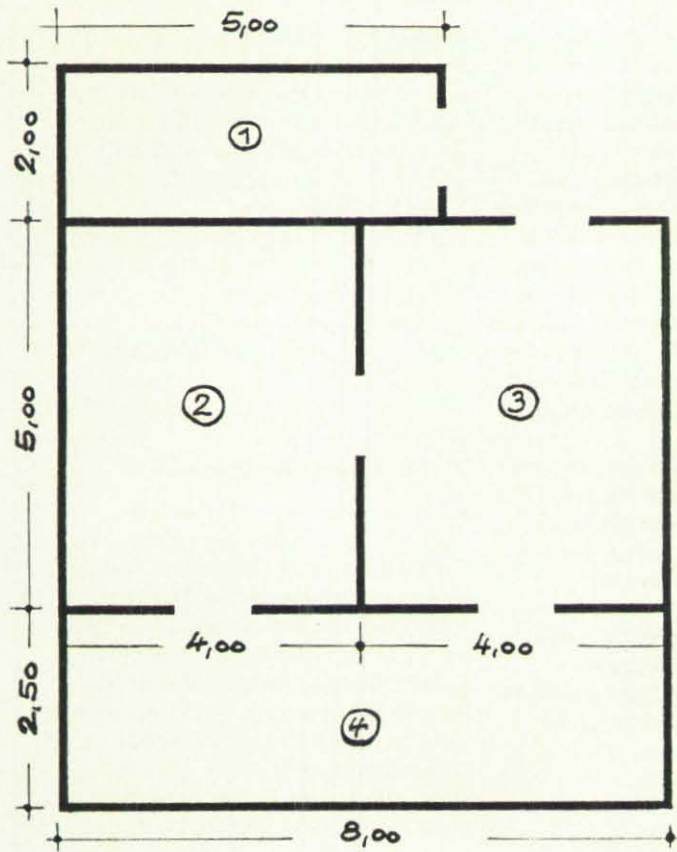
Ein Prototyp (Lkw 1,5 t geschl. lkw) wird z. Zt. für den Einbau der Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände vorgerüstet.

● Nach dem derzeitigen Gerätebestand sind die Gerätesätze der Wartungsbereiche (WB) und der Länder zusammengestellt (Tabelle 2).

Die dafür zuständigen bzw. zustehenden Werkstätten sind in Tabelle 3 aufgeführt. Ein Teil dieser Werkstätten ist noch nicht voll arbeitsfähig, denn es fehlt an Personal und Ausstattungsgegenständen.

● Fernmeldewerkstätten, insbesondere Gerätelager-,





Prüf- und Meßgeräte müssen unter Verschluß gehalten werden.

### Fernmelde-Werkstatt - Grundausbau -

(s. nebenstehende Skizze)

- 1 Batterie - Laderaum
- 2 Werkstatt (Funk)
- 3 Werkstatt (Draht)
- 4 Geräte- und Ersatzteil-lager

(Prüf-Meßgeräte, Werkzeug und Ausstattung sind in der AN aufgeführt).

### Die Instandsetzungsstufen MEST 1 - 3 a

Materialerhaltungsarbeiten der MEST 1 werden von den Fm-Helfern (Gerätebenutzer) wie folgt durchgeführt:

Pfleglicher Gebrauch und Einsatz des Materials, sachgemäße Reinigung und Lagerung, vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung

von Schäden und Durchführung turnusmäßiger Pflegearbeiten (nach jeder Übung).

### Instandsetzungs-kraftwagen (Ikw) MEST 2

Die den Fernmeldewerkstätten zugewiesenen Ikw werden für folgende Arbeiten eingesetzt: Überwachung der Pflegearbeiten. Durchführung befohlener Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten. Überprüfung der Fm-Anlagen gem. VDE- und FTZ-Vorschriften. Erkennen von Fehlern schon beim Entstehen und umgehendes Abstellen der Mängel. Beseitigung kleiner Schäden, Austausch von den für MEST 2 zugelassenen Baugruppen. Durchführung befohlener Formänderungen und Umrüstungen.

Tabelle 2

Gerätesätze-Bestand am 1. Februar 1973 und dafür erforderliche Werkstätten

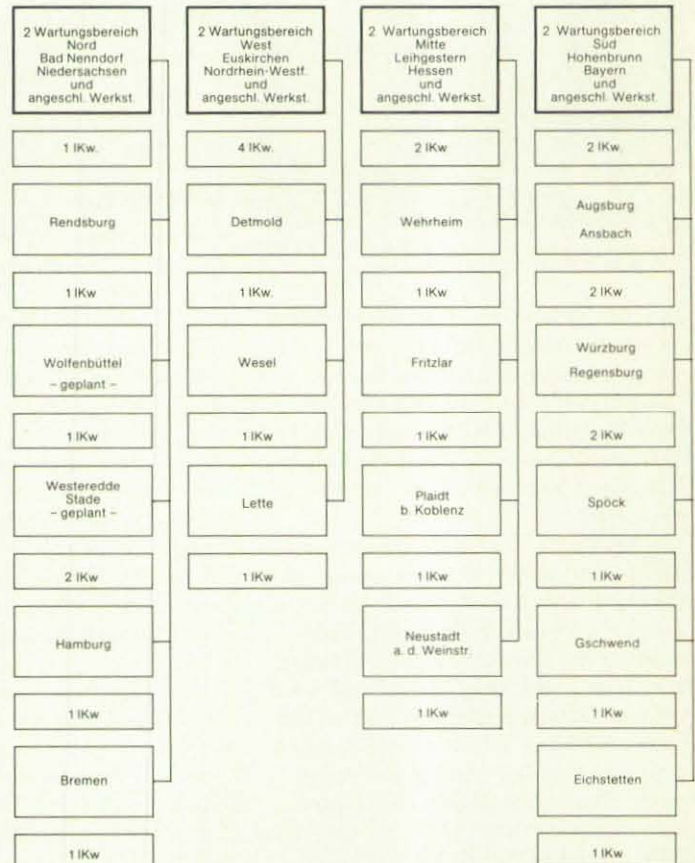
Wartungs-Bereich	Süd		Mitte			Ost	Nord			
	BW	BY	HE	RP	SL	NRW	NS	HB	HH	SH
Fu G 7b einschl. FMZ-THW	307	662	141	162	32	870	314	56	108	119
Fu G 7b Fukow-Kombi - THW -	22	31	16	11	7	29	18	2	2	11
Fu G 7b Hilfsorg. - DRK -			386							
Fu G 8 - 20 KHz -	30	40	35	15	6	130	30	40	18	15
Relaisfunkstelle			22							
Fsp-Trupp FMZ und Abschnitt-alt	30	58	38	14	6	134	28	18	18	20
Fsp.-Verm. ortsf. Abschnitt-alt	10	14	14	2	-	48	10	6	-	4
Tonbandgerät	72	191	48	40	8	90	75	2	8	16
Strahlenmeßgerät	21	21	16	26	9	88	37	2	6	16
Gerätesätze total	492	1.017	716	277	68	1.389	512	126	160	201
- Ikw - MEST 2	3	6	4	2		7	3	1	1	1
Werkstätten Grundausb. MEST 3	1+1	2+1	1+1	1+1		1+1	2	1	1+1	1+1
Werkstätten Erweiterung MEST 3		2	1	1		3				
		1/3	1/5			2/5	1/2			

**Erläuterungen:**

1. Ziffer = Anzahl der Werkstätten (Grundausbau)
2. Ziffer = Anzahl der Erweiterungen

Tabelle 3

Fernmelde-Werkstätten des KatS Zuständigkeitsbereiche für Instandsetzung und ET-Versorgung







## LESERBRIEFE LESERMEINUNG

### Rettungshunde

Der Autor der nachfolgenden Zuschrift ist Rettungshundeführer und hat Erfahrungen in der Ausbildung von Schutz-, Rettungs- und Lawenhunden sammeln können.



### Zu wenig Übungsplätze?

Die Ausbildung von Rettungshunden ist eine wertvolle Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS). In zwei Lehrgängen, jeweils mit Abschlußprüfung, werden die Hunde geschult. Aber sind unsere Rettungshunde für einen Einsatz gerüstet?

Die Mehrzahl der Rettungshundeführer sind aktive Hundesportler, die Woche um Woche mit ihren Hunden arbeiten. Nach der Rettungshundeprüfung hat der Rettungshund jedoch meistens keine Möglichkeit mehr, auf seinem Gebiet weiterzuarbeiten. Ihn weiterzubilden, ist oft mangels eines Übungsgeländes unmöglich. Wenn unter diesen Umständen ein Hund zum Einsatz kommt, wird er kaum eine befriedigende Arbeit bringen. Zur Erhärtung dieser Befürchtung darf ich

das Beispiel von zwei Hovawart-Hunden anführen. Diese wurden im Juli 1970 mit bestem Erfolg bei einem Unglück eingesetzt, nachdem sie im Frühjahr des gleichen Jahres die Rettungshundeprüfung bestanden hatten. Bei der Wiederholungsprüfung im Frühjahr 1972 konnten die Hunde keineswegs befriedigen. Dies zeigte dem erfahrenen Hundeführer nur zu deutlich, daß eine zu lange Zeitspanne zwischen dem letzten Einsatz und der Wiederholungsprüfung lag, in der der Hund nicht als Rettungshund arbeiten konnte.

Wie prekär die Situation der Übungsplätze für Rettungshunde ist, zeigt die Tatsache, daß südlich der Mainlinie nur drei Plätze bekannt sind, die für Übungen mit Rettungshunden geeignet sind.

Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß der BVS sich darüber Gedanken macht, wie die Rettungshunde weitergebildet werden können. Es müßte möglich sein, ein Netz von Übungsplätzen für Rettungshunde einzurichten und Betrieb und Unterhaltung mit der entsprechenden Ortsgruppe im Verein für deutsche Schäferhunde oder mit anderen hundesportlichen Organisationen abzusprechen. Ohne solche Übungsplätze werden Rückschläge auftreten, die dem guten Gedanken des Einsatzes von Rettungshunden abträglich wären.

Dipl.-Ing. Gerhard Lang,  
Heilbronn

### Undankbar

Die fahrbare Ausbildungsstelle Schwäb. Hall befand sich auf einer Dienstreise nach Crailsheim. Zwischen zwei Ausbildungsveranstaltungen, beim Essen in einer Gaststätte, kam plötzlich ein junger Mann hereingestürzt und fragte, ob jemand einen Feuerlöscher habe, sein Auto brenne. Daraufhin entnahmen die Kollegen den Feuerlöscher aus dem Dienstfahrzeug und löschten den Fahrzeugbrand.

Die größte Sorge des Geschädigten war, ob sein Motor noch lief. Er setzte sich in sein Fahrzeug, startete und war ohne ein Dankeschön verschwunden. Erst nach intensiven Nachforschungen der BVS-Dienststelle Schwäb. Hall wurde der Fahrzeughalter ermittelt. Seine Versicherung lehnte es ab, die Kosten zu tragen. Daraufhin wandte sich der Dienststellenleiter an die ADAC-Geschäftsstelle Heilbronn und bekam die Auskunft, daß es nur eine

moralische Verpflichtung zur Zahlung der Nachfüllung des Feuerlöschers gibt; man sei aber zur Hilfeleistung verpflichtet. Nach über einem halben Jahr gelang es der Dienststelle endlich, vom Fahrzeughalter die Kosten einzutreiben.

Wenn solche Dinge Schule machen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist.

Peter Grab, Schwäb. Hall

### Warum nicht im Handel?

Ich habe gerade das neue ZS-MAGAZIN erhalten. Seit dem Erscheinen der Zeitschrift in dieser Form lese ich sie jeden Monat mit Interesse. Die Merkblattseiten habe ich zu einer Sammlung zusammengefaßt. Gerade für den Helfer im Katastrophenschutz, zu denen auch ich gehöre, ergeben sie ein gutes Nachschlagewerk.

Doch nun zu der neuen Leserbriefseite. Ich möchte die Zuschrift des anonymen Helfers „Tom“ nicht als Meckerei bezeichnen und finde seine Vorschläge sehr gut. Ich möchte mich seinem Vorschlag zu einem Aufsatz über „Kartenkunde“ anschließen. Vielleicht läßt sich das in Form der Merkblattseiten durchführen.

Zum Schluß habe ich noch eine Frage, die mich seit Erscheinen der Zeitschrift bewegt und evtl. vom Verlag beantwortet werden kann: Warum wird das ZS-MAGAZIN nicht im Handel angeboten? Meiner Ansicht nach könnte die Bevölkerung dadurch besser mit den Aufgaben des Katastrophenschutzes vertraut gemacht werden, und es wäre für die einzelnen Organisationen leichter, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Mit groß angelegten Übungen unter den Augen der Bevölkerung allein ist es nicht getan. Auch nicht mit Werbeveranstaltungen der einzelnen Organisationen.

Hans Hermann Lukas, Pinneberg

Das ZS-MAGAZIN ist eine Fachzeitschrift mit einer sehr speziellen Thematik. Sie wendet sich in erster Linie an die Helfer und Mitarbeiter im Zivil- und Katastrophenschutz, denen sie kostenlos zugestellt wird. Natürlich kann auch jeder andere Interessent das Magazin abonnieren. Der Aufbau eines kostspieligen Vertriebsapparates für den Zeitschriftenhandel würde sich jedoch nicht lohnen.



## Hamburger Schulferien bis 1976

	73/74	74/75	75/76
Herbst	15. 10. — 27. 10.	7. 10. — 19. 10.	29. 9. — 18. 10.
Weihnachten	24. 12. — 2. 1.	23. 12. — 4. 1.	22. 12. — 3. 1.
Frühjahr	11. 3. — 30. 3.	10. 3. — 1. 4.	15. 3. — 27. 3.
Ostern	16. 4.		
Pfingsten	4. 6.		
Sommer	1. 7. — 10. 8.	23. 6. — 2. 8.	21. 6. — 31. 7.

## Aktion „Nachbar hilft“

Auf Anregung von Senator Weiß wurde in der Arbeits- und Sozialbehörde eine neue telefonische Vermittlungsstelle „Nachbar hilft“ eingerichtet. Mit dieser Initiative soll zugleich ein Signal gegeben werden, die Nachbarschaftshilfe zu aktivieren. Die Humanität einer Großstadtwohngemeinschaft wird nach den Worten von Senator Weiß daran zu messen sein, wieweit sie bereit ist, aus ihrer Mitte heraus Nachbarschaftshilfe zu leisten. Oft genügt es, daß jemand sich nach dem Befinden seines Nachbarn erkundigt, wenn er ihn einige Tage nicht gesehen hat. Wenn der Nachbar erkrankt ist und niemanden hat, der helfen könnte, kann es schon eine wertvolle Hilfe sein, Besorgungen zu erledigen.

Sollte eine weitergehende oder spezielle Hilfe erforderlich sein, will die Vermittlungsstelle „Nachbar hilft“ Informationen über Hilfsmöglichkeiten und Angaben über die zuständigen Stellen oder die Verbände der freien Wohlfahrtspflege geben. Da bereits ähnliche Nachbarschaftshilfen durch Helferinnen und Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz durchgeführt werden, geben wir nachstehend die Telefonnummer bekannt, wo von montags bis freitags von 9.00 bis 13.00 Uhr zwei erfahrene Sozialarbeiterinnen Auskünfte erteilen: Telefon 2 91 88 29 97 (Durchwahl).

## Verstärkter Zivildienst

Einen verstärkten Einsatz von Zivildienstleistenden im sozialen Bereich

erstrebt die Arbeits- und Sozialbehörde Hamburg. Die Zivildienstleistenden sollen insbesondere in der Pflege kranker und alter Menschen sowie in der Hilfe für körperlich und geistig Behinderte eingesetzt werden. Damit würden künftig alle in Hamburg anerkannten Zivildienstleistenden auch die Möglichkeit erhalten, in Hamburg ihren Ersatzdienst zu leisten. Laut Mitteilung der staatlichen Pressestelle gab es in Hamburg bis Ende Juni 1973 insgesamt 462 Plätze für Zivildienstleistende, davon 152 in staatlichen Krankenhäusern und Pflegeheimen und 310 im Bereich der freien Wohlfahrtspflege.

## Kindern Freude bereiten

Die Auffassung „Gemeinsam geht es besser“ fanden die in Hamburg-Mitte tätigen Hilfsorganisationen erneut bestätigt, als es darum ging, mit dem Kultur- und Bildungswerk Billstedt-Horn ein Kinderfest zu organisieren. Zur „Schatzsuche am Silbersee“ im Öjendorfer Park hatten sich die Hilfsorganisationen einiges einfallen lassen, um in den Ferien daheimgebliebenen Kindern eine Freude zu bereiten. Neben der „Schatzsuche“, wobei es wertvolle Preise zu gewinnen gab, veranstalteten die Freiwilligen Feuerwehren ein Wettklettern, das THW Dosenwerfen, der ASB Tauziehen und Topfschlagen, der BVS lustiges Hindernislaufen, der MHD zünftiges Pfeilwerfen und die JUH Deckelangeln. Über 400 Kinder mit ihren Eltern waren glücklich über diesen erlebnisreichen Ferientag.

In einem Schreiben an den BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny bedankte sich Ortsamtsleiter Horst Böttjer und schrieb u. a.: Lassen Sie mich bitte feststellen, daß die Durchführung und das Gelingen einer Veranstaltung dieses Umfangs nur durch die Bereitschaft und den uneigennütigen Einsatz der Hilfsorganisationen möglich war. Ihnen und allen Helfern möchte ich daher meinen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Ich würde mich für die Bevölkerung meines Amtsbereichs freuen, wenn ich bei künftigen ähnlichen Anlässen wieder auf Ihre Unterstützung zählen könnte.

## Berufung

Landesstellenleiter Ludwig Müller hat den Helfer des BVS Günther Röper mit Wirkung vom 1. August 1973 zum kommissarischen, ehrenamtlichen Beauftragten des ZS-Unterabschnitts Hamburg-Wilhelmsburg der BVS-Dienststelle Hamburg-Harburg berufen. Mit dieser Berufung wurde der Wunsch nach guter Zusammenarbeit im Interesse der Helferschaft und zum Wohle der Zivilbevölkerung zum Ausdruck gebracht.

## Wir gratulieren

Im vergangenen Monat konnte der langjährige ea. Mitarbeiter, zuletzt BLSV-Teilabschnittsleiter Barmbek Nord I, Adolf Jantzen seinen 80. Geburtstag feiern.

\*

Am 18. September feiert Helfer Ewald Tröger, Oberstlt. d. Sch. a. D., in Harburg, Schafshagenberg 5, seinen 80. Geburtstag. Seit August 1957 ist er Helfer unseres Verbandes. Er war in mehreren leitenden Stellen tätig, u. a. als ea. Abschnittsleiter Hamburg-Harburg und Hamburg-Hafen. Am 18. 10. 1965 wurde ihm das Ehrenzeichen verliehen.



## Zwischen Nord- und Ostsee

**Kiel.** Als Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle bestätigt wurde Dieter Hoberg. Zum Leiter der bei der Landesstelle neu eingerichteten Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung (FZA) berufen wurde Peter Clauser, bisher Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle Neumünster (FAST II/5).

\*

**Schleswig.** Die Bundespost hielt unter Leitung von Postamtmann Mehling auf dem ehemaligen Gelände der Firma Rasch eine Selbstschutzübung ab. Alle beteiligten Postbediensteten sind in Lehrgängen vom BVS ausgebildet worden.

\*

**Bad Bramstedt.** Ein zweiter Informationsabend wurde von der für den Kreis Segeberg zuständigen BVS-Dienststelle Pinneberg durchgeführt. Während bei der ersten Veranstaltung fast nur Mitglieder des Deutschen Hausfrauenbundes anwesend gewesen waren, konnte BVS-Dienststellenleiter Waldemar Plewig neben Bürgermeister Herbert Endriskat Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, des Bundesgrenzschutz-Kommandos Küste, der Polizei, der Schulen, des Deutschen Hausfrauenbundes, des Städtischen Altersheimes, der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Rheumaheilstätte und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft begrüßen. Als Referent sprach Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit Dieter Hoberg über Wesen und Aufgaben des Selbstschutzes im Rahmen des Zivilschutzes.

\*

**Salem.** In Salem (Kreis Herzogtum Lauenburg) führte der BVS unter dem Leitthema „Selbstschutz als Grundlage des Katastrophenschutzes“ eine Informationstagung durch, an der 70 Landfrauen teilnahmen. In seinem Referat über „Der Mensch in der Katastrophe“ zeichnete Lt. Reg. Med. Dir. Dr. Zur vom Landesministerium für Soziales und Gesundheit ein Bild des sich in ständiger Bedrohung befindlichen Menschen. Über „Katastrophenschutz und Zivilschutz — Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Bürger“ sprach der

Journalist Uwe Greve (Kiel) vom CDU-Landesverband. Er betonte, der Bürger solle sich auch seiner Pflichten dem Staat gegenüber besinnen und wesentliche Gemeinschaftsaufgaben erkennen und sich dafür bereithalten. Zu diesen gehören in ganz besonderer Weise der Zivil- und Katastrophenschutz. Es gelte — in größeren Perspektiven gesehen — sich zu der militärischen und zu der zivilen Verteidigung zu bekennen. Für den Schutz der Bevölkerung gegenüber allen Bedrohungen und Gefährdungen im Frieden und im Krieg sei ein gut funktionierender Selbstschutz die Grundlage. Hierfür sollte sich jeder die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen und von dem Gebrauch machen, was ihm der BVS anbiete.

Mit dem Film „Und wer hilft dann?“, der Tonbildschau „Es gibt immer zwei Möglichkeiten“ sowie durch praktische Vorführung einiger Selbsthilfemaßnahmen wurde der Selbstschutzgedanke den Teilnehmern sehr anschaulich nahegebracht.

## Arbeitsgemeinschaft fördert Fachwissen

Die BVS-Dienststelle Itzehoe, zu deren Bereich die Landkreise Steinburg und Dithmarschen gehören, führte für alle Helfer des Verbandes im Hotel Ramundt in Albersdorf eine Arbeitstagung durch. Dienststellenleiter von Gruenewald konnte u. a. auch den vor kurzer Zeit gewählten Helfervertreter für den Dienstbereich, Ernst Kroezus (Heide), vorstellen. Es folgte ein eingehender Rückblick auf die Arbeit des vergangenen Jahres, wobei festgestellt wurde, daß die erzielten Ergebnisse in der Ausbildung und der Aufklärung der Bevölkerung auf eine erfolgreiche Tätigkeit der Dienststelle hinweisen. Anschließend wurde dem für die Stadt Meldorf eingesetzten BVS-Beauftragten Nikisch die Urkunde über seine Berufung ausgehändigt.

Im Mittelpunkt der Arbeitsgemeinschaft stand ein Referat des Fachgebietsleiters Hoberg von der Landes-

stelle, das sich mit den Formen des Tätigwerdens innerhalb des BVS befaßte. Zu diesen Ausführungen gehörte auch ein Überblick über die derzeitige Situation des Verbandes und die Funktion des ehrenamtlichen Helfers im BVS. In diesem Zusammenhang wurden durch den Referenten verschiedene Möglichkeiten der Mitarbeit, besonders auf dem Sektor der Öffentlichkeitsarbeit, aufgezeigt und die Anwesenden mit den entsprechenden Planungen auf Landesbasis bekannt gemacht.

## Gespräche in Ascheberg

Zu einer Informations- und Arbeitstagung hatten sich wieder einmal die im Dienste der Öffentlichkeit wie auch der Frauenarbeit stehenden Fachbearbeiter und Fachbearbeiterinnen sowie einige Dienststellenleiter aus dem Bereich der BVS-Landesstelle in Ascheberg eingefunden.

Zunächst legte Fachgebietsleiter Dieter Hoberg sein Programm für die BVS-Öffentlichkeitsarbeit in den nächsten zwei Jahren in Schleswig-Holstein dar. Es komme darauf an, die Ziele und Möglichkeiten des Bundesverbandes für den Selbstschutz in der Bevölkerung bekannt zu machen. Bei den ersten Veranstaltungen gelte es vorrangig, den Willen zum Engagement freizulegen. Bei aller Bedeutung von Film, Tonbildschau, Dia, Schrifttum usw. sei dies am besten durch das Wort zu erreichen. Um diese unmittelbare Beziehung von Mensch zu Mensch aufrechtzuerhalten und zu erweitern, sei es eine vordringliche Aufgabe, Redner wie auch Aufklärungshelfer zu gewinnen. Sei dies erreicht, könne der Hinweis auf Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten folgen. Man müsse erkennen, daß für den BVS Aufklärung und Ausbildung gleichberechtigt und gleichwertig seien und in manchen Fällen ineinandergreifen.

Nach diesen grundsätzlichen Erörterungen ging Hoberg dann auf die Methodik der BVS-Öffentlichkeitsarbeit im besonderen ein. Er betonte dabei immer wieder, es komme ihm wesentlich darauf an, bestehende



Kontakte auszuweiten und zu vertiefen sowie neue anzuknüpfen. Dies gelte nicht zuletzt auch für die Pressearbeit, die zu mobilisieren und zu verstärken notwendig sei, da das Einschalten von Rundfunk und Fernsehen vorerst nur geringe Ansätze zeige.

Aktivierung, Koordinierung und Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit bei den Dienststellen seien das Ziel der Landesstelle für die nächste Zeit unter Berücksichtigung jeglicher Eigeninitiative. Um diese Arbeit leisten zu können, lasse sich manches Organisatorische sowie ein gewisses Minimum an „Papierkrieg“ einfach nicht ausschalten.

Anschließend zeichnete BVS-Dienststellenleiter v. Grunewald (Itzehoe) ein Bild von der Öffentlichkeitsarbeit einer Dienststelle.

Von der Hauptthematik der Tagung aus ergaben sich dann verschiedene Perspektiven in benachbarte Fachgebiete wie darüber hinaus über Katastrophenschutz und Zivilschutz in die Zivilverteidigung.

So wurde in den Ausführungen der Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, Anneliese Hennig, wie auch des Ausbildungsleiters der Landesstelle,

Willi Heinitz, immer wieder auf Berührungspunkte und auf das sinnvolle Zusammenwirken mit der Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen. Welche Aufgabe sich für diese zur Förderung des Schutzraumbaus ergibt, legte Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka als Fachgebietsleiter für Bau und Technik klar und eindeutig dar.

In einem anregenden Gespräch untersuchte der Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der BVS-Bundeshauptstelle, Dr. Schneider, alle Möglichkeiten und Kompetenzen des BVS, sich mit dem Katastrophenschutz wie auch mit der Zivilverteidigung zu beschäftigen und werbend heranzutreten. Hierbei sei es erforderlich, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Selbstschutz das Kernstück aller Vorsorgemaßnahmen der Bundesrepublik darstelle und der BVS die Aufgabe habe, bei der Bevölkerung den Willen zur Selbsthilfe zu fördern. Im einzelnen zeigte Dr. Schneider verschiedene Möglichkeiten zur Überwindung von Schwierigkeiten in der Öffentlichkeitsarbeit bei den Landesstellen und deren nachgeordneten Dienststellen auf.

Einen anschaulichen Überblick über die Struktur des Gesamtkomplexes Zivilverteidigung gab Oberstleutnant a. D. Nebelin vom Zivilschutzamt des Kreises Schleswig. Er stellte dann die hieraus erwachsenden Aufgaben für Staat und Staatsbürger einander gegenüber.

Oberstleutnant Breymann vom Territorialkommando Schleswig-Holstein legte in seinem Referat dar, daß auch im Zeichen einer Entspannung die Verteidigung — sowohl die militärische als auch die zivile — notwendig sei, da erst Verteidigung und Entspannung die Sicherheit gewährleisten. Auch für die Zivilverteidigung sei die Bereitschaft aller nötig.

Unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und der Wachsamkeit stand ein weiterer Vortrag von Fachgebietsleiter Hoberg.

In den Aussprachen über die verschiedenen Tagungspunkte gab es mancherlei wertvolle Hinweise und Anregungen. Diese sollen bei der nächsten Zusammenkunft in einem Arbeitsseminar im Herbst die Grundlage für weitere Diskussionspunkte bilden.

# Bremen



## Bürger beraten

„Durch den gegebenen Überblick zeigt sich für uns die Notwendigkeit, den Selbstschutz auch innerhalb der Ortsamtsbereiche stärker zu fördern. Ihre interessanten Anregungen werden zu weiteren Veranlassungen im Sinne Ihres Auftrags führen.“ Mit diesen Worten dankte Senatsdirektor Dr. Kahrs Landesstellenleiter Hans Umlauf für ein Referat vor den Sprechern der Ortsämter und Ämter für Beiratsangelegenheiten. Aufgrund des Aufrufs an die Bevölkerung zur Teilnahme an der Selbstschutzausbildung hielt der Hauptverwaltungsbeamte es für notwendig, in jedem Ortsamt einen Bediensteten zu bestimmen, der den Bürgern Fragen zu diesem Aufruf beantworten kann. Durch diese Einschaltung der Ortsämter kam es dann auch zu der Veranstaltung, die Punkt 1 der Tagesordnung der Sprecherkonferenz im Juni war.

## Zu Gast bei der Feuerwehr

Einen Einblick in die vielseitigen Aufgaben der Feuerwehr, insbesondere über Einsatzmöglichkeiten dieser Einrichtung als KS-Organisation, erhielten bei einer Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit der Dienststelle Bremerhaven 25 Helfer als Gäste der Städtischen Feuerwehr Bremerhaven. Brandamtmann Meyer wies in seinem einführenden Vortrag besonders auf die mutwilligen Feueralarme (1972 insgesamt 265) hin, durch welche die ständige Einsatzbereitschaft zusätzlich belastet wird. Bei 453 Einsätzen zur Brandbekämpfung im vergangenen Jahr wurde die Feuerwehr 7420mal alarmiert (ohne Krankentransporte). Sehr interessiert waren die BVS-Helfer bei der abschließenden Besichtigung und Vorführung der Geräte und Einsatzfahrzeuge. Sie hatten Gelegenheit, sich eingehend über technische Details zu informieren und in Gesprächen mit den Beamten die verantwortungsvolle Arbeit der Feuerwehr im Frieden wie auch im Katastrophenfall kennenzulernen.

## Bilanz des I. Halbjahres

Zwei Info-Seminare, ein Grundsatzreferat vor Kommunal-Politikern, eine Informationstagung Bauberater, zwei Presse-Konferenzen und fachliche Beratung zu Fernsehreportagen führte die Landesstelle Bremen und als Dienststelle Bremen 42 Aufklärungsveranstaltungen im 1. Halbjahr durch.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Dienststelle Bremerhaven konzentrierte sich in den ersten 6 Monaten des Jahres neben einer Veranstaltung anlässlich des 20jährigen Bestehens der Dienststelle auf die Vorbereitung und Durchführung der Wanderausstellung: „Rund um den Katastrophenschutz“ Anfang Mai mit maßgeblicher Unterstützung des Zivilschutzamtes der Stadt Bremerhaven. Ferner wurden 8 Aufklärungsveranstaltungen, davon eine vor Angehörigen der Marine-Ortungsschule, durchgeführt.





Landesstellenleiter Walter Jörn (rechts) überreicht Wilhelm Schneider die hohe Auszeichnung; auch Alfred Tauber (links außen) wurde diese Ehrung zuteil.

## Zwei BVS-Helfer geehrt

In einer schlichten Feierstunde zeichnete Landesstellenleiter Walter Jörn am 12. Juli die verdienten ehrenamtlichen Helfer des BVS Wilhelm Schneider und Alfred Tauber mit dem vom Bundespräsidenten ver-

liehenen Verdienstkreuz am Bande aus. Sie erhielten damit nicht nur eine Ehrung für nunmehr 12 Jahre Mitarbeit im Bundesverband für den Selbstschutz, sondern auch die Anerkennung für ihre Bereitschaft zur Ausübung nicht honorierter, aber aufwendiger Tätigkeiten.

## „Tag der offenen Tür“ bei der Bundeswehr in Lüneburg

Aus Anlaß des 15jährigen Bestehens der Bataillone 82 und 83 der Panzerbrigade 8 veranstaltete die Bundeswehr einen „Tag der offenen Tür“ in

der Lüneburger Schlieffenkaserne. Die Stadt Lüneburg hat als Garnisonstadt eine alte Tradition, und ihre Bürger fühlen sich mit ihren Mit-

bürgern in Uniform verbunden. Daher war auch für diese Veranstaltung eine große Besucherzahl zu erwarten. Das war zugleich ausschlaggebend dafür, daß die BVS-Dienststelle Lüneburg diese Möglichkeit nutzte, der Bevölkerung einmal mehr den Selbstschutzgedanken zu erläutern.



Auch Oberst Condé, Kommandeur der Panzerbrigade 8, besuchte den BVS-Stand.

Als Informationsstand diente die Rundaussstellung der Landesstelle, die durch eine Geräteschau, bestehend aus Selbstschutzgeräten der Bundeswehr, ergänzt wurde. Diese Kombination machte es möglich, dem Besucher zu zeigen, daß der BVS nicht nur im zivilen Bereich tätig ist, sondern auch die Bundeswehr bei ihren Selbstschutzmaßnahmen unterstützt.

An diesem Tag stieg die Temperatur über 30 Grad Celsius, und da bot sich für die zum Löschangriff aufgebaute Brandschutzstaffel die Gelegenheit zur willkommenen „Abkühlung“ mit den auf Sprühstrahl gestellten Strahlrohren. Vor allem die kleinen Besucher machten davon reichlich Gebrauch.

Der Kommandeur der Panzerbrigade 8, Oberst Condé, sah in dem informativen Stand des BVS eine gelungene Ergänzung zum Tagesprogramm. So empfahl er seinen besonderen Gästen ausdrücklich, diesen Stand zu besuchen. Dem Hinweis folgten u. a. MdB Helmuth Möhring, MdL Horst Nickel und Offiziere der Streitkräfte der NATO-Partner.



Für „Abkühlung“ sorgte die Brandschutzstaffel vor der Schlieffenkaserne.





**Nicht „vorn“ war der BVS beim Schießen in Dülmen. Als Gast des Verteidigungs-Kreiskommandos 313 Düren fand BVS-Dienststellenleiter Jansen (li.) nette Kontakte. Ihm gegenüber Oberst Dr. Perkhart, Leiter der Bundeswehrschule für psychologische Führung.**

## **BVS im Wettstreit mit PS ganz vorn**

Die katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung in Nörvenich lud zur 3. Orientierungsfahrt durch die Nordeifel und das belgische Grenzgebiet ein. 27 PKW-Besatzungen — Soldaten der Bundeswehr und Interessenten der Zivilbevölkerung — starteten in der Kaserne Gürzenich-Wald und kehrten nach der interessanten Fahrt nach mehreren Stunden zum Ziel zurück.

Nach einem gemeinsamen Abendessen folgte in Anwesenheit des Standortältesten, Oberstleutnant Hellkamp, und des Kasernenkommandanten, Hauptmann Weber, die Siegerehrung. Hauptmann Aster nannte die richtigen Lösungen, und Militärpfarrer Karl Schein gab die endgültigen Ergebnisse bekannt. Als Erstplatzierte und Sieger der Gesamtfahrt erhielten die Eheleute Heidi und Edgar Jansen vom BVS mit 72 Punkten einen wertvollen Pokal und einen Bildband von der Eifel. Dieses war bereits der zweite Sieg der Eheleute Jansen, denn sie wiederholten den Sieg vom Vorjahr. Einige Tage vorher fand auf der Schießanlage des Fliegerhorstes Nörvenich ein Öffentlichkeitsschießen des Verteidigungs-Kreiskommandos 313 Düren statt. Unter der Vielzahl der Gäste beteiligte sich daran auch der Leiter der BVS-Dienststelle Düren, Edgar E. Jansen. Allerdings

konnte er sich beim Schießen nicht so gut plazieren wie im Wettstreit mit PS, aber diese Veranstaltung war für den BVS trotzdem sehr nützlich, da sehr wertvolle Kontakte entstanden.

## **Gütersloh erhielt Katastrophenschutzplan durch aktiven BVS**

Der Leiter des Ordnungsamtes von Gütersloh teilte der BVS-Dienststelle mit, daß mit Hilfe des BVS und dessen Aktivität nach jahrelangem Bemühen der Katastrophenschutzplan für diese Stadt genehmigt worden ist. So führte die Zusammenarbeit des BVS mit den zuständigen städtischen Dienststellen zu vielen Lehrgängen und Veranstaltungen im Frühjahr dieses Jahres. Aus Schulen, Jugendgruppen und Betrieben beteiligten sich 920 Personen und 81 weitere meldeten sich für Lehrgänge an der BVS-Landesschule.

Die ersten zögernd zugesagten Veranstaltungen und deren Erfolge waren so publikumswirksam, daß beispielsweise ein Schüler des Knabengymnasiums vom Besuch einer BVS-Informationsveranstaltung in einer Mädchen-Realschule so begeistert wurde, daß er eine Veranstaltung für seine Schule wünschte. Der Leiter einer kauf-

männisch-gewerblichen Berufsschule war aufgrund der Resonanz der BVS-Veranstaltungen bereit, Lehrgänge ausrichten zu lassen. Erfolg an dieser Schule: 212 Teilnehmer. Folgende Wege beschritt der BVS in Gütersloh und gibt sie als Tips für andere Städte weiter:

1. Kontaktaufnahme mit den Schulämtern direkt oder über den Sachbearbeiter für Selbstschutz der Stadt. Das Schulamt bzw. der Stadtdirektor empfiehlt allen Schulen BVS-Veranstaltungen.
2. Schreiben des Stadtdirektors an alle Sportvereine mit der Bitte, dem BVS Veranstaltungen zu ermöglichen (Hinweise auf gesetzlichen Auftrag).
3. Die BVS-Dienststelle wendet sich mit dem Hinweis auf den gesetzlichen Auftrag an die Betriebe. Empfehlenswert ist, den Aufruf des Stadtdirektors beizufügen.

Das Beispiel Gütersloh zeigt, wie gut durchdachte und sorgfältige Planung zum Erfolg führt.

## **Ausstellungen werben für den Zivilschutz**

Aufgrund einer Empfehlung der Bundeshauptstelle hat die Landesstelle Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung der Haushaltslage ihr Ausstellungsprogramm für 1973 gekürzt. Davon waren besonders die Wirtschaftsmessen betroffen, da die Kosten für die Standmiete — trotz des Entgegenkommens der Ausstellungsgesellschaften — hoch sind. Gemeinsam mit den Katastrophenschutzorganisationen oder allein wurde die Bevölkerung mit dem Themenkreis „Zivilschutz — Selbstschutz“ bekannt gemacht und zur Mitarbeit angesprochen. Bisher fanden folgende Ausstellungen statt:

„Siegburger Woche 1973“ vom 7. bis 15. April. Es erfolgte der Einsatz der IPA-Koje mit der Thematik „Selbstschutz ist Vorsorge“. Den BVS-Stand haben fast 12 000 Personen besucht und mit 1000 konnte ein eingehendes Informationsgespräch geführt werden. Kommentar der Dienststelle Siegburg: „... gemessen an der Besucherzahl und der dadurch erreichten Breitenstreuung von ausgegebenem Informationsmaterial und an den zahl-



reichen Einzelgesprächen kann wohl mit vollem Recht gesagt werden, daß die Anwesenheit des BVS auf dieser Ausstellung als Erfolg zu werten ist.“

ZS-Ausstellung „Der Mensch in der Katastrophe“ vom 20. bis 23. April in Henrichsburg. Dies war eine Gemeinschaftsveranstaltung der Katastrophenschutzorganisationen DRK, THW, JUH, Freiwillige Feuerwehr, ABC-Dienst der Stadt Recklinghausen und des BVS, welcher für den Gesamtverlauf verantwortlich war. Im Rundzelt wurde die Tafelausstellung „Der Mensch in der Katastrophe“ mit Elementen der IPA-Koje kombiniert. Ergebnis: 2020 Besucher und 25 Interessenten für die Se-Grundausbildung (s. ZS-Magazin 7/73).

„7. Wirtschaftsschau“ vom 28. April bis 6. Mai in Sennestadt bei Bielefeld mit der IPA-Koje und dem Thema „Selbstschutz ist Vorsorge“. Die Ausstellung eröffnete Minister Prof. Dr. Halstenberg, und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ließen sich am ersten Tag über die Aufgaben des BVS aufklären. Bei 122 Vorführungen mit 4300 Besuchern fanden die Filmvorführer den stärksten Zuspruch. Bei der

Betrachtung der Schutzraummodelle gab es 80 Einzelberatungen, und fast 600 Hausfrauen informierten sich über Lebensmittelbevorratung.

„Tage der offenen Tür“ vom 12. bis 16. Mai in Leverkusen. Hier ging es im Rundzelt um „Der Mensch im Mittelpunkt“. Die Ausstellung fand beachtliche Unterstützung durch die örtlichen Zivilschutzleiter. Durch Versand und 10 000 Plakate war diese Veranstaltung propagiert worden, eröffnet wurde sie von Oberstadtdirektor Dr. Bauer. Der kaum erwartete Besuch belief sich bereits am ersten Tag auf 2750 Gäste — insgesamt 8500.

In Opladen wurde die gleiche Ausstellung vom 19. bis 22. Mai gezeigt. Die Stadt gab dazu eine Werbeschrift heraus. Bürgermeister und MdB B. Wiefel unterrichtete sich eingehend über Aufgaben und Arbeit des BVS. Besucherzahl: 3284 — gilt für die Stadtgröße als gutes Ergebnis.

Landesstellenleiter Kopsieker dankt allen Mitarbeitern nachträglich und spricht ihnen seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

### Margret Dreßen war 10000. Teilnehmerin

Die Begrüßung des 10000. Teilnehmers an den Se-Grundlehrgängen in Kreuzau nahm BVS-Dienststellenleiter Edgar E. Jansen zum Anlaß, im Beisein des stellvertretenden Gemeindedirektors Verwaltungsrat Krudewig, des Vertreters des Oberkreisdirektors Polizei-Bezirkskommissar i. R. Lehmann und des stellvertretenden Schulleiters Konrektor Mathar vor der Klasse 9 c der Hauptschule Kreuzau grundsätzliche Ausführungen über die Zusammenarbeit zwischen BVS und Gemeinde bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz darzulegen. Die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben der Gemeinden und Landkreise wurden ebenfalls angesprochen. Gleichzeitig dankte Jansen allen Förderern, insbesondere dem Schulamt und den Schulleitern, den Lehrkräften und nicht zuletzt auch den hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern. Anschließend erhielt die Schülerin Margret Dreßen als 10000. Teilnehmerin des Se-Grundlehrganges ein Verbandsmittelkissen überreicht, das die Firma Duka in Düren dem BVS dafür gespendet hatte.

## Hessen



### Alfred Pabst †

Einer der langjährigen Mitarbeiter unseres Verbandes in Hessen, Alfred Pabst, starb in Gießen im Alter von 70 Jahren. Alfred Pabst arbeitete seit dem Jahre 1952 in unserem Verband und leitete lange Jahre die Kreisstelle und später die Ortsstelle Gießen. Landesstellenleiter Ernst Heldmann sprach ehrende Worte des Abschieds und überbrachte der Witwe das herzliche Beileid der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesstellenbereich. Wie ihr verstorbener Gatte, so ist auch Erna Pabst langjährige Helferin im BVS.

### Publikumsnahe Ausstellung

Stätten mit regem Publikumsverkehr bieten sich zur Aufstellung unserer Informationsschauen an. Die BVS-Dienststelle Fulda hatte sich die Schalterhalle der Kreissparkasse ausgesucht. Da die Ausstellung in der Lokalpresse angekündigt war,

wurde sie auch von einigen Schulklassen geschlossen besucht. Während der Ausstellungszeit registrierte die Kreissparkasse rund 8500 Besucher, von denen ein großer Teil auch den Stand besichtigte. Die Direktion der Kreissparkasse erklärte sich bereit, die Räume ihrer Zweigstellen in Hilders und Bad Salzschlirf für Ausstellungen des BVS zur Verfügung zu stellen.

### BVS auf dem „Hessentag“

Seit 1961 feiert das Land Hessen den „Hessentag“, jeweils in einer anderen Stadt, organisiert von der Landesregierung und der örtlichen Stadtverwaltung. In diesem Jahr war der Veranstaltungsort Pfungstadt. Die „Hessentage“ dienen nicht nur der Pflege heimischen Brauchtums, sondern auch der politischen Information und der kritischen Diskussion. Die Landesausstellung stand diesmal unter dem Motto „Wohnen und Freizeit“. Auf ihr

war auch wieder die BVS-Landesstelle mit Selbstschutz-Informationen vertreten.



Landesstellenleiter Heldmann (rechts) begrüßte am BVS-Ausstellungsstand des „Hessentages 1973“ Ministerpräsident Osswald (Mitte), ferner (v. l.) Landrat Baumann (Landkreis Darmstadt) und den Pfungstadter Bürgermeister Gunkel; zwischen beiden der Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle Darmstadt, Willi Roth.





**Landesstellenleiter Kunde überreicht Fritz Stoffel (l.) die Urkunde.**

## 25 Jahre im Dienst

Anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums nahm im Rahmen einer kleinen Feierstunde bei der BVS-Landesschule am Dambacher Weg Fritz Stoffel, Birkenfeld, Parkstraße, eine Urkunde aus den Händen des BVS-Landesstellenleiters Kunde entgegen.

## Erster privater Schutzraum in Mayen

Vertreter des Stadtrates, Architekten und Baufachleute des Bauamtes der Stadt Mayen besichtigten den ersten privaten Hausschutzraum, der in Mayen erbaut wurde. Für die sachgerechte Beratung steht der Dienststelle Architekt Karl-Viktor Kaifer zur Verfügung.

## Wechsel in Alzey

Infolge beruflicher Veränderung hat der bisherige ehrenamtliche Leiter der BVS-Dienststelle für den Kreis Alzey-Worms, Oberstudienrat Eberhard Reiß, Alzey verlassen. Aus diesem Anlaß wurde ihm in einer kleinen Feierstunde im Sitzungssaal des Landratsamtes in Anwesenheit des Ersten Kreisdeputierten Horst Geisel als Vertreter von Landrat

Rein und von Vertretern des Landratsamtes Alzey-Worms, des kürzlich neu gebildeten Katastrophenschutzstabes und der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit gedankt.

Neben dem Wappenteller des Landkreises Alzey-Worms wurde dem Scheidenden im Auftrag der BVS-Bundeshauptstelle durch BVS-Landesstellenleiter H. Kunde die BVS-Ehrennadel verliehen.

Als neuer ehrenamtlicher Leiter der BVS-Dienststelle Alzey wurde gleichzeitig durch den Landesstellenleiter Robert Baumgarten, Alzey, berufen. R. Baumgarten war bereits seit 1957 hauptamtlich im BVS tätig und zuletzt bis zur Erreichung der Altersgrenze 12 Jahre Leiter eines Sachgebietes der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg.

## SPD-Politiker in Birkenfeld

Mitglieder des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion besuchten die BVS-Schule in Birkenfeld. Mit dem Vorsitzenden dieses Kreises, MdL Willi Diel (Kamp-Bornhofen), waren die Landtagsabgeordneten J. Henze (Baumholder), Wilhelm Backes (Trier), W. Jensen (Daun), G. Leonhard (Bad Kreuznach), Th. Lück (Linz), Dr. Lübke (Morbach), E. Mais (Idar-Oberstein) und R. Kriegel (Sienenhacherbach) gekommen.

BVS-Landesstellenleiter Heinz Kunde gab einen Überblick über die Leistungen auf den Gebieten der

Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildung in den einzelnen Dienststellen des Landes, erläuterte die organisatorischen Voraussetzungen des Verbandes und beleuchtete die derzeitige finanzielle Lage.

Der Zeit- und Themenplan war auf Wunsch der Abgeordneten so gehalten, daß vornehmlich Zivilschutz, Selbstschutz und die Verantwortlichkeiten der Gemeinden zur Sprache kamen. MdL Diel gestand ein, daß im allgemeinen wenig über die Materie bekannt sei, und er wolle annehmen, daß alle im Laufe des Nachmittags durch Vorträge und Erläuterungen gewinnen könnten. Allerdings wisse er aus der Sicht seiner politischen Arbeit, daß das Thema Zivilschutz und Selbstschutz nie an erster Stelle in Parteiveranstaltungen stehen werde, denn da ginge es um Kindergärten, Schulen oder Altersheime.

Vor der allgemeinen Diskussion führte Schulleiter Schnittker die Teilnehmer durch die Schule. Der gute Zustand und die Zweckmäßigkeit der Anlage wurden anerkannt, und vereinzelt war man geneigt, bei Gelegenheit selbst Teilnehmer eines Lehrganges zu werden. In der anschließenden Aussprache, an der man sich lebhaft beteiligte, konnten auch wesentliche Punkte des gesetzlichen Auftrages besprochen werden. Übereinstimmend waren alle der Meinung, daß Sicherheit und Schutzbedürfnis jedes Bürgers respektiert werden müssen, und gerade von politischer Seite habe man die Verantwortung, alles zu tun, um diesen Wünschen gerecht zu werden.



**Schulleiter Schnittker (4. v. r.) vor den Mitgliedern des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion.**



## Helfervertretung gewählt

Die ehrenamtlichen Helfer der Dienststelle Heidelberg wählten am 17. März ihre Vertretung. Bei herrlichem Frühjahrs Wetter hatten sich im Heidelberger Schwimmbad-Restaurant die BVS-Helfer aus der Stadt Heidelberg und dem früheren Landkreis Heidelberg eingefunden. Gewählt wurden: Gerhard Jung, Manfred Struve und Maria Gantner.

## Der Freiburger Schloßbergbunker

Eine Ausbildungsveranstaltung der BVS-Dienststelle Freiburg i. Br. bot den Teilnehmern Gelegenheit, den in Freiburg als „Schloßbunker“ bekannten unterirdischen Großschutzraum, der im Ernstfalle 6000 Personen Schutz bieten kann, zu besichtigen. Die Gesamtanlage besteht aus drei vollkommen gleich ausgestatteten Komplexen, von denen jeder einen besonderen Zugang zum Schloßberg-ring hat und die auch untereinander verbunden sind. Beim Bau der Anlage war auf die vorhandenen unterirdischen Stollen Rücksicht genommen worden, die z. T. schon im zweiten Weltkrieg als Schutzräume gedient hatten und die wieder mitverwendet werden mußten. Die dadurch entstandenen vielen Verzweigungen erschweren dem Laien zunächst einmal den Überblick. Als ein Nachteil wurde von den aufmerksamen Beobachtern, die dem Führer der Besuchergruppe, Dipl.-Ing. Förster, mit vielen Fragen zusetzten, auch die z. T. enge Anbringung der Bestuhlung notiert. Der Gesamteindruck war jedoch überwiegend positiv.

Beeindruckt haben besonders die moderne Luftfilteranlage, die Luftentfeuchtungsanlage, die Art der Lagerung sämtlicher Leitungen, Maschinen und Schaltgeräte. Alles (auch die Sitzreihen und Aufhängevorrichtungen für die Liegen) ist federnd gelagert und kann so auch schwere Erschütterungen ohne Bruch überstehen. Die Decken und Wände sind gewölbt, die ursprüngliche Form des Felsens (Urgestein) wurde weitgehend geschont. Der Fels ist mit Beton überspritzt; dessen Abbröckeln bei Druckstößen verhindert ein im

Stein verankertes Stahlgeflecht. Die Konstruktion soll Druckstößen bis zu 3 atü standhalten.

Nachdem die Öffentlichkeit bisher über den Zweck und Zustand des „Schloßbergbunkers“ von den maßgeblichen Stellen nur sehr dürftig und von der Presse z. T. irreführend und polemisierend unterrichtet worden war, war es erfreulich, daß nun nach langen Bemühungen Helfer des BVS die Anlage einmal besichtigen konnten.

Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, daß es nur einen einzigen Fachmann gibt, der im Ernstfalle alle Einrichtungen des Bunkers kennt und alle Systeme bedienen könnte. Hier liegt eine Gefahr, die beseitigt werden muß, wenn der Schutzraum im Notfalle seiner Funktion auch wirklich gerecht werden soll.

Dringend wäre anzuraten, das Einschleusen und Einweisen in die Schutzplätze einmal mit Testpersonen zu proben sowie bei Katastrophenschutzübungen auch die Trinkwasser- und Kochanlagen zu erproben.

Da die Schutzanlage für die Wohnbevölkerung und deren Selbstschutz errichtet wurde, erscheint es nur logisch, wenn die Gemeinde eine „Regieeinheit Schloßbergbunker“ im Rahmen ihres Selbstschutzes aufstellt, die sowohl mit der Bedienung aller Systeme vertraut ist als auch die Betreuung der schutzsuchenden Bevölkerung übernimmt.

## In Landgemeinde geworben

Unter dem Motto „Hilfe für jeden — jeder ein Helfer“ hatten das Deutsche Rote Kreuz, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und der Bundesverband für den Selbstschutz eine gemeinsame Veranstaltung in Böisingen. Diese Landgemeinde hat rund 1300 Einwohner und liegt abseits der Hauptverkehrsader auf einer Hochfläche zwischen dem noch jungen Neckar und dem Schwarzwald, etwa 12 km nördlich von der Kreisstadt Rottweil. Die drei Organisationen, die in ihren Lehrgängen die Bevölkerung das Helfen lehren, hatten diese im Verkehrsschatten liegende Gemeinde bewußt ausgewählt. Es sollte der

Versuch unternommen werden, die Bevölkerung aktiv zu beteiligen. So bot im Lehrschwimmbecken der Schule die DLRG die Möglichkeit, das Retten von Ertrinkenden zu üben. Für viele Besucher war es neu, daß man mit Hilfe einer Rettungsleine auch als Nichtschwimmer einen Rettungsschwimmer von Land aus tatkräftig unterstützen kann. Das Deutsche Rote Kreuz und der Bundesverband für den Selbstschutz hatten einen Übungspfad zum Helfen lernen aufgebaut. An 5 Stationen konnten beim BVS das Ablöschen von Entstehungsbränden, das Löschen brennender Kleidung am „Holzjakob“, Menschen sichern und retten mit Leinen sowie der Transport verletzter Personen mit dem Bergetuch oder auf einer Behelfstrage geübt werden. Das DRK bot die 5 wichtigsten Maßnahmen der Soforthilfe bei Unfällen zum Üben an, den Rautek-Rettungsgriff, die richtige Lagerung Bewußtloser, die Atemspende, das Stillen von Blutungen und die Schocklagerung.

Der Übungspfad wurde von Landratsamtsverweser Autenrieth mit einem gezielten Löschstrahl aus einem Feuerlöscher eröffnet, wobei er einen Ölbrand unter dem Beifall der Zuschauer sofort zum Erlöschen brachte.

Auch mehrere besonders eingeladene Gäste — unter ihnen MdB Franz Sauter, MdL Richard Mayer und einige Bürgermeister benachbarter Gemeinden — testeten an verschiedenen Stationen ihr Können. Dann jedoch warteten die Helfer an den Stationen auf die Bevölkerung. Einheimische Firmen hatten als Anreiz zum Mitmachen einige nützliche Dinge gestiftet, die unter den Teilnehmern verlost werden sollten, doch die Beteiligung war mehr als dürftig. Auch am Abend bei einem gemütlichen Beisammensein mit den „Harzwald-Musikanten“ waren die Helfer der beteiligten Organisationen vorwiegend unter sich.

Wer schon an einen Mißerfolg glaubte, wurde Sonntag überrascht. Nicht nur das Frühschoppenkonzert vom Musikverein und vom Gesangsverein Böisingen in der Turnhalle, sondern auch die in der Schule mit viel Aufwand aufgebaute Ausstellung konnte einen guten Besuch verzeichnen. Ein Ballonflugwettbewerb



hatte die Kinder angelockt. Der Erbseneintopf aus der Feldküche des DRK konnte bis auf einen kleinen Rest verkauft werden. Viel Beifall erhielten die vom BVS ausgebildeten Rettungshunde. Sie zeigten, wie ziel-sicher sie die unter Trümmern liegenden Verschütteten aufzufinden vermögen. Eine ganz besondere Unterstützung wurde den Veranstaltern von den THW-Helfern aus Rottweil zuteil. Sie hatten eine Lautsprecheranlage aufgebaut und richteten eine komplette Fernmelde-vermittlung ein. Grußworte des Finanzministers Robert Gleichauf konnten über Lautsprecher von allen Besuchern mitgehört werden. Auf dem Parkplatz vor der Schule waren die Einsatzfahrzeuge des DRK, des THW und das Löschfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Böisingen ständig umlagert.

### **Die Jugend ist gar nicht so!**

Was folgt, gilt nicht nur für Mannheim. In ihren „Clubräumen“ auf mehr oder weniger ausgedienten Sofas, in versessenen Sesseln, bei schummeriger Beleuchtung und natürlich lauten Hits sitzen sie zusammen und diskutieren oder spielen in einem Nebenraum Tischtennis, schauen sich aktuelle Fernsehsendungen an, lachen über altmodische Schlager, hadern mit dem angeblichen Unverständnis der älteren Generation und wissen von Selbsthilfe und Selbstschutz herzlich wenig. Aber auch sie sind ein dankbares Publikum, wenn man in „ihre Welt“ übersteigt und dann unsere Themen bringt. Sie schauen überrascht, wenn sie Dias sehen, die ihnen die verschiedensten Brandursachen und -arten zeigen. Sie halten vielleicht weniger vom Großbrand eines Gebäudes, aber sie stutzen, wenn die Situation eines brennenden Autos ihnen nahegebracht wird. So ist es auch, wenn es um Bergung oder Selbstbefreiung geht. Zusammenstoß von Fahrzeugen, Selbstbefreiung aus demolierten Autos, andere eilen hinzu, versuchen Unfallopfer zu bergen.

Von diesen tagtäglichen Vorkommnissen läßt sich dann aber doch eine Brücke schlagen eben zum Durchbruch einer Mauer, zu dem Großbrand eines Gebäudes, sogar Brücken schlagen zu Bevorratung und Schutzunterkunft.

Wenn sie dann ungeduldig werden, wenn sie empfinden, daß doch zuviel Theorie an sie herangetragen wird, dann bringen die „Sofortmaßnahmen“ sie wieder in die Wirklichkeit zurück. Es ist keiner dabei, der nicht begreift, wie wichtig es ist, einen Schock-verletzten zu lagern, Blutungen zu stillen, Wiederbelebungsversuche zu unternehmen.

Sie sitzen da, trinken ihre Cola, rauchen Zigaretten, junge Pärchen halten sich Hand in Hand, aber was schadet das, wenn sie die Idee, sich und ihrem Nächsten zu helfen, in sich aufnehmen. Nicht die äußere Form ist maßgebend, sondern das, was innerlich verarbeitet und verkraftet wird, aus dem dann, wenn es darauf ankommt, das Tun hervorbricht.

Sie ist nun einmal anders, die junge Generation, aber Hand aufs Herz, hatten wir in unseren Jugendjahren nicht auch so unsere Eigenheiten?

### **Abschiedsempfang beim Kommandeur des VKK 522**

Im April verließ Oberstleutnant Möller den Standort Mannheim, um neue Aufgaben in der Oberpfalz zu übernehmen. Bei einem Abschiedsempfang kam er in seiner Ansprache u. a. auf die gute Zusammenarbeit mit zivilen Dienststellen des hiesigen Katastrophenschutzes zu sprechen und erinnerte an die gemeinsame Erarbeitung von Planungen für den Zivil- und Katastrophenschutz. Dem ebenfalls eingeladenen Mannheimer Dienststellenleiter dankte er besonders für die gute Zusammenarbeit. Wenn auch der Selbstschutz bei allen Zivilschutzüberlegungen der Bundeswehr natürlich nur einen kleinen Raum innerhalb der militärischen Planung einnehme, so stehe doch fest, daß ohne dessen Funktion im Verteidigungsfall der Erfolg von militärischen Aufgaben in Frage gestellt werden könne.

Bei dem Empfang hatte der BVS-Dienststellenleiter auch Gelegenheit, sich mit dem Vorsitzenden des Reservistenverbandes sowie anderen Herren der militärischen wie auch der zivilen Seite zu unterhalten. Dabei geht es darum, bei dem Reservistenverband, der Wasserschutzpolizei, bei den Fernmeldeeinrichtungen der Post und nicht zuletzt auch bei den Zivilbediensteten des VKK durch Informationsvorträge den Selbst-

schutz besser ins Gespräch zu bringen. Hier wird für die Dienststelle in den nächsten Monaten ein Schwerpunkt der Aufklärung liegen.

### **Einmal im Vierteljahr bei Hausfrauenverbänden**

Es ist Brauch geworden, daß die BVS-Dienststelle die Hausfrauenverbände in Mannheim und Umgebung mindestens einmal vierteljährlich besucht bzw. bei Veranstaltungen mitmacht, Informationen gibt, aufklärt. Ob das in Schwetzingen, in Hirschacker, in Schriesheim, in Reilingen, in Hockenheim oder in Mannheim ist, bleibt sich gleich. Immer volle Säle, immer ein aufmerksames Publikum und für beide Seiten ersprießliche Diskussionen. Daß dann und wann daraus auch Selbstschutz-Grundausbildungen folgen, ist selbstverständlich.

Wenn auch dies alles sich nicht in größeren Zahlen ausdrücken läßt und auch nicht die Erfolge aufwiegt, die in den Schulen zustande kommen, so wird doch hier ein Personenkreis angesprochen, bei dem besonders gute Berührungspunkte vorhanden sind. Die Hausfrau und Mutter beeinflusst mehr oder weniger doch die ganze Familie und darüber hinaus größere Kreise in Verwandtschaft und Bekanntschaft.

Diese Zahlen sind nicht erfaßbar, aber dennoch existent. Jede Mutter und jede Frau, die über Sofortmaßnahmen am Unfallort gehört hat, die sich eines Vortrages über Vorrats-haltung, über Dokumentensicherung, über Verbandmittel, über vorbeugenden Brandschutz und vieles mehr erinnert, wird dies in ihrem Arbeits- und Einflußbereich in irgendeiner Form in die Tat umzusetzen wissen. So sind gerade Hausfrauen für unsere Arbeit besonders wichtig, denn sie geben die Idee der Selbsthilfe und des Selbstschutzes bestimmt weiter.

Überhaupt kümmert die Frau sich wohl schon aufgrund ihrer Mentalität viel mehr um all das, was mit dem Wohlergehen der Ihrigen zusammenhängt; trägt sie doch in der Hauptsache die Verantwortung für Leben und Gesundheit ihrer Familie. So ist gerade sie prädestiniert, daß der BVS sie mit unserem Anliegen vertraut macht, damit sie als diejenige in den Vordergrund gestellt wird, für die tätige Selbsthilfe eine Selbstverständlichkeit ist.



## Helfervertretung gewählt

Die Wahl für die Helfervertretung der BVS-Dienststelle Saarlouis brachte folgendes Ergebnis: BVS-Amtsbeauftragter Karl Ebert (Lebach), BVS-Beauftragter Emil Rupp (Ensdorf) und BVS-Amtsbeauftragter Georg Weitner (Wallerfangen).

## Zu Gast im Warnamt VII

Eine Besichtigung des Warnamtes VII in Weinsheim hatten die Helfer der BVS-Dienststelle Saarlouis beschlossen, als das Thema „Der Warn- und Alarmdienst“ behandelt wurde. Unter der Leitung von Ingeborg Both traten 21 Helferinnen und Helfer am 8. Juni die Fahrt an. Unter der Führung des Leiters des Warnamtes VII, Utischill, wurde ihnen ein eindrucksvolles Bild über die Funktion aller Anlagen vermittelt. Sehr interessant war vor allem die mächtige vierstöckige Bunkeranlage. Auch die technischen Einrichtungen für eingehende Meldungen und deren Auswertung sowie die Verbindungen in alle Teile des Warngbietes; aber auch die direkte Möglichkeit, Nachrichten über den Rundfunk an die Bevölkerung weiterzugeben, fanden starke Beachtung. Die Einrichtungen für das Bedienungspersonal, wie Aufenthaltsräume, Küche und Schlafräume — aber auch die Filteranlage, Stromaggregate und die Wasserversorgung durch einen Tiefbrunnen, erweckten ebenfalls viel Interesse. Alle sahen diese Fahrt als Bereicherung ihres Fachwissens an.

## Mehrzweckanlage betriebsbereit

Die BVS-Mitarbeiter der Dienststelle Völklingen besuchten den Großschutzraum unter dem neuen Rathaus, der in Verbindung mit einer Tiefgarage als Mehrzweckbau gebaut wurde. Den 26 Besuchern erläuterte der Vertreter der Stadt Völklingen, Jörg, ausführlich die Funktionen der Räume und Geräte. Die Ausführung des Bauwerks erfolgte nach den vor Jahren gültigen Richt-

linien für Großschutzräume des verstärkten Schutzes in Verbindung mit Tiefgaragen als Mehrzweckbauten. Die Anlage ist zweigeschossig. Alle Räume mit technischen Einrichtungen befinden sich im — teilweise noch vertieften — unteren Kellergeschoß. Das 1. Kellergeschoß kann von Süden her ebenerdig befahren werden und bietet in Friedenszeiten eine Unterstellmöglichkeit für 40 PKW. Im Ernstfall haben hier 1500 Personen Platz. Die Anlage und Vorräte sind für eine ununterbrochene Belegung für 14 Tage eingerichtet.

Im Aufenthaltsraum, der z. Z. als Garage benutzt wird, sind 978 Liegen und 552 Stühle zusammengelegt aufbewahrt. Farbige Markierungen unter der Decke und auf der Sohle erleichtern das Aufstellen der Betten und Stühle. Die lichte Raumhöhe von 2,50 m ermöglicht den Einbau von dreistöckigen Liegen.

Die Einfahrtsöffnung für die PKW kann mit einem zweiflügeligen Schiebetor hydraulisch und mechanisch geschlossen werden. Die Öffnung ist mit dem gleichen Schutzgrad, wie die Außenwände ihn bieten, abgesichert. Das Verriegeln aller Schleusentüren zum Schutzraum und nach außen hin erfolgt hydraulisch und wird von einem im Innern stehenden Schaltpult betätigt.

Das Einschleusen von Personen kann mit einem automatischen Zählwerk, mit einer Fernsprechanlage und mit einer in der Schleuse aufgestellten Fernsehkamera überwacht werden. Beim Ausfall der Stromzufuhr vom öffentlichen Versorgungsnetz übernehmen zwei Dieselaggregate mit einer Leistung von je 100 kVA die Energieversorgung. Der Kraftstoffbedarf ist für 14 Tage ausreichend und in einem Nebenraum in Stahlvorratsbehältern gelagert. Der Dieselmotorkraftstoff wird über Tagesvorratsbehälter mit Hilfe von Elektropumpen zugeführt. Die Kühlleistung beträgt 64 700 cal/Std. und die Normalluftmenge 18 000 cbm/Std. Die erforderliche Schutzluftmenge von 3600 cbm/Std. wird über einen Grobsandfilter mit 60 cbm Sandfüllung angesaugt.

Entgegen den üblichen Vorschriften, beim Bau solcher Mehrzweckanlagen einen Brunnen abzuteufen, der den Bedarf an Gebrauchs-, Trink- und Kühlwasser aus dem Grundwasser

sicherstellt, ist in der Völklinger Mehrzweckanlage der Gesamtwasserbedarf gelagert. Der Wasservorratsbehälter faßt 400 cbm.

Die umfangreichen Schaltsysteme, die Anlagen und Installationen können im Notfall nur von geschulten Personen bedient und unterhalten werden. Den Helfern vom BVS mit ihrem Dienststellenleiter Hans Wolf wurde bei dieser Besichtigung der Mehrzweckanlage erst vorstellbar, mit welchem Aufwand an Technik 1500 Personen im Notfall Schutz gewährt wird.

Der örtliche Bauberater im BVS, Ing. (grad.) Olaf Meyerer, gab anschließend noch einige Erläuterungen über den derzeitigen Stand im Schutzraumbau. Dabei wies er darauf hin, daß der Bund die Mehrkosten zum Ausbau von Tiefgaragen als Schutzräume trägt, falls die Anlagen zivilschutztaktisch und zivilschutztechnisch dazu geeignet sind. Die Gemeinden müssen die Kosten der Unterhaltung übernehmen.

## „Innere Aufklärung“

Zwanzig Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle Saarland nahmen am 7. und 8. Juli im Polizeierholungsheim „Haus Mühlberg“ an einer Arbeitstagung teil, in der die Öffentlichkeitsarbeit des BVS für das zweite Halbjahr 1973 festgelegt wurde.

Ziel der Tagung war außerdem die Ausrichtung der Redner des BVS auf eine moderne und der aktuellen politischen Situation angepaßte Aufklärungstätigkeit auf dem Gebiet des Zivilschutzes, um die öffentliche Meinung für die notwendige Aktivierung des Zivil- und Katastrophenschutzes zu gewinnen. Lebhaft und engagierte Diskussionen der Teilnehmer bejahten hier, daß auch im Zeichen der Entspannung zwischen West und Ost das Schutzbedürfnis der Bevölkerung im freien Europa nach wie vor vorhanden sei. Der BVS müsse seiner Aufgabe nach dem Erweiterten Katastrophenschutz voll gerecht werden. Die Aufklärungsarbeit über Art und Umfang der möglichen Gefahren und die Schutzmöglichkeiten müsse dem neuesten



Stand der technischen Entwicklung entsprechen. Es erscheine deshalb notwendig, hierzu die Kontakte mit Behörden und Verbänden sowie zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens weiter zu vertiefen, um eine allgemeine Verbreiterung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes durch Multiplikatoren zu erreichen. In dieser Zielsetzung wurde eine verstärkte Durchführung von Informationstagungen und -seminaren für Parteien, Gewerkschaften und Vereine gefordert, die entweder in Krettnich, in Orscholz oder an der BVS-Schule in Birkenfeld durchgeführt werden sollen. Ein Höhepunkt der Tagung war der Vortrag von Dr. A. Masloh (Mitarbeiter der Akademie des Bistums Trier) über

einen Besuch in der Sowjetunion, an dem auch der saarländische Kultusminister Werner Scherer und der FDP-Landesvorsitzende Werner Klump teilgenommen haben. Hierbei wurde besonders untersucht, ob die Entspannungspolitik der sowjetischen Seite von der Bevölkerung getragen wird. Dr. Masloh vertrat die Auffassung, daß die Friedenssehnsucht der Völker der Sowjetunion echt sei. Hatten die Themen des ersten Arbeitstages der psychologischen Standortbestimmung der BVS-Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit gedient, stand am zweiten Tag die fachliche Weiterbildung auf der Tagesordnung, wobei besonders die bessere Nutzbarmachung der verschiedensten Aufklärungsmittel

behandelt wurde, um bei größter Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Geldern die bestmöglichen Erfolge zu erzielen. In einer Zusammenfassung der Tagungsthemen konnte Fachgebietsleiter Oskar Wachsmuth als Leiter der Arbeitstagung feststellen, daß nur eine klare Erkenntnis der Aufgabenstellung und der Zielsetzung des BVS im Sinne des Erweiterten Katastrophenschutzgesetzes zu einer richtigen Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes führen könne. So habe diese Arbeitstagung als „innere Aufklärung“ der Mitarbeiter dazu beigetragen, für die nächsten Monate die Öffentlichkeitsarbeit nach außen fruchtbar zu machen.

## Bayern



Bayerns Ministerpräsident Dr. h. c. Goppel (l.) mit Herren seiner Begleitung am BVS-Stand in Bamberg.

### Ministerpräsident besucht BVS-Stand

Wie eine ganze Reihe anderer Veranstaltungen, stand auch die Ausstellung Industrie, Handel, Land- und Bauwirtschaft — kurz 3. Nordbayern-Ausstellung genannt — in Bamberg im Zeichen der 1000-Jahr-

feier der Stadt. Es verstand sich von selbst, daß die örtliche BVS-Dienststelle mit einem Informationsstand vertreten war. Zu den prominenten Standbesuchern gehörte am Eröffnungstage Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, den Dienststellenleiter Otto Hildebrand begrüßte.

Durch Gespräche und die Verteilung von Druckschriften waren der Dienststellenleiter und seine Mitarbeiter und Helfer bemüht, die Ausstellungsbesucher über Fragen des Selbstschutzes zu informieren.

### Ausstellung in Berufsschule

Die Ausstellung „Selbstschutz“ wurde nach Absprache mit der Schulleitung Erlangen, Schillerstraße 58, vom 5. April bis 11. April gezeigt. Da die Berufsschüler wöchentlich nur einmal ganztägig unterrichtet werden, war gewährleistet, daß allen Schülern die Ausstellung zugänglich war. In den Abendstunden werden die Klassen von den durchweg älteren Teilnehmern an berufsfördernden Kursen benutzt. Somit konnte die Ausstellung im Pausen-Wandelgang von rd. 3200 Personen besichtigt werden. Die Betreuung erfolgte durch Aufklärungshelfer, die bei den INFO-Veranstaltungen mitwirken. Parallel dazu führte die Dienststelle in den Abschlußklassen der kaufmännischen, gewerblichen und hauswirtschaftlichen Abteilung der Berufsschule insgesamt 24 INFO-Veranstaltungen mit 934 (davon 323 weiblichen) Teilnehmern durch. Wahlweise wurden die Filme „Und wer hilft



dann?“ und „Nein — ich bin nicht dafür“ gezeigt.

In der geglückten Verbindung von Ausstellung mit gleichzeitiger Information dürfte ein gangbarer Weg in der Öffentlichkeitsarbeit beschränkt worden sein.

### **Gebietsreform**

Die in Bayern durchgeführte Gebietsreform hat auch eine Neuaufteilung der bisherigen Bezirksstellen ergeben. Von den jetzigen Bereichsbeauftragten (früher Bezirksstellenleitern) wurden vom 1. Juli 1973 an die nachfolgend aufgeführten Bereiche übernommen: Bereichsbeauftragter Hinderberger: Landeshauptstadt München mit den umliegenden Landkreisen Oberbayerns (Dienstszitz München); Bereichsbeauftragter Zimmermann: Niederbayern mit den westlichen Landkreisen Oberbayerns (Sitz Landshut/Niederbayern); Bereichsbeauftragter Polster: Oberpfalz und Oberfranken (Sitz Regensburg/Oberpfalz). Fritz Polster wurde — wie bereits berichtet — vom bisherigen Bezirksstellenleiter für Franken, Richard Breu, anlässlich einer Veranstaltung in Hof in sein neues Amt eingeführt. Bereichsbeauftragter Breu: Unterfranken mit dem nördlichen Teil Mittelfrankens (Dienstszitz Würzburg); und Bereichsbeauftragter Frenz: Schwaben mit dem südlichen Teil Mittelfrankens und dem nördlichen Teil Oberbayerns (Sitz Augsburg). Die neue Aufteilung bringt zwar verschiedentlich eine Überschneidung einzelner Grenzen der Regierungsbezirke mit sich, wird jedoch im ganzen gesehen eine bessere Arbeitsaufteilung ergeben.

### **Ausstellung auf „großer Fahrt“**

Dank der Initiative des Landesstellenleiters Frhr. v. Leoprechting verfügen die BVS-Dienststellen in Bayern über neun Garnituren einer Wanderausstellung, die sich in Wort und Bild mit dem Thema „Selbstschutz der Zivilbevölkerung“ befaßt. So ist es im Bereich eines jeden Regierungsbezirkes jederzeit möglich, diese Ausstellung in den Schalterhallen von

Geldinstituten, in den Treppenhäusern von Vorhallen von Rathäusern sowie bei verwandten Institutionen zu zeigen. Eine weitere Gelegenheit bietet der heute schon zur gewohnten Einrichtung gewordene „Tag der offenen Tür“. Es ist begrüßenswert, in welchem Umfang die Dienststellen von dieser breitflächigen und gezielten Öffentlichkeitsarbeit Gebrauch machen.

So wurde die Selbstschutz-Ausstellung in den vergangenen Monaten u. a. in Räumen der Stadt- und Kreissparkassen in Rosenheim, Wasserburg und Eggenfelden mit den Zweigstellen in Arnstorf, Gangkofen, Roßbach, Dillingen, in den Landratsämtern in Donauwörth und Bamberg, der Raiffeisenbank in Waldthurn und im Rathaus in Memmingen gezeigt.

Im Bereich der Dienststelle Bad Kissingen wurde die Ausstellung mit Zustimmung der Kurverwaltung in der Wandelhalle in Bad Bocklet und im Arkadengang in Bad Kissingen vorgestellt. Dabei ist diese für ganz Bayern vorgesehene Aktion nicht kostspielig. Darüber hinaus informierte die Lokalpresse alle Bevölkerungskreise durch eine eingehende Berichterstattung.

### **Behördenselbstschutzleiter tagten in Nürnberg**

Die BVS-Dienststelle Nürnberg veranstaltete am 6. April eine Informationstagung für Behörden-Selbstschutzleiter. Von 46 Selbstschutzleitern waren 41 der Einladung gefolgt, die Dienststellenleiter Roll begrüßte. Der Sinn dieser Veranstaltung war, die Aufgaben und den Aufbau des Behörden-Selbstschutzes nach der Vwv-Selbstschutz näher zu erläutern und die Behörden-Selbstschutzleiter von der Wichtigkeit ihrer Aufgabe zu überzeugen.

Karl-Rainer Schramm von der Fahrbaren Schule 2 sprach über die Aufgaben des BVS nach dem Katastrophenschutzgesetz vom 9. Juli 1968 und die „Empfehlungen“ für den Selbstschutz in den Behörden.

Das Referat des Leiters des Amtes für Zivilschutz der Stadt Nürnberg, Oberamtsrat Schliermann, hatte die Aufgaben des Zivilschutzes zum Thema, durchsetzt mit Beispielen vom Zusammenwirken zwischen den Katastrophenschutz-Organisationen

und den Selbstschutzkräften der Behörden.

Dienststellenleiter Roll legte den Behörden-Selbstschutzleitern das Leistungsergebnis der Dienststelle Nürnberg vom 1. Quartal 1973 vor und erörterte die Lehrgänge für Behördenbedienstete beim BVS.

Nach der Information folgte eine sachlich geführte Diskussion, die zu der Erkenntnis führte, daß eine allgemeine Aufklärung und Ausbildung von Behördenbediensteten zweckmäßig und notwendig sei. Gleichzeitig äußerten die Behörden-Selbstschutzleiter den Wunsch, zweimal jährlich diese Tagung in der Dienststelle Nürnberg zu wiederholen.

### **„Hilf Dir selbst!“**

Eine Ausstellung über Themen des Selbstschutzes war in der großen Schalterhalle der Städt. Sparkasse Bayreuth aufgebaut worden. Bürgermeister Heinz Hamann, Dienststellenleiter Helmut Schneider, Eugen Völkl von der Bundesanstalt

Technisches Hilfswerk, Facharbeiter Volker Hochmann und Vertreter der Presse nahmen an der Eröffnung der Bilderschau teil. In einer ersten Führung erläuterte BVS-Beauftragter Polster die einzelnen Stationen der Ausstellung. Im Mittelpunkt standen die Selbsthilfemaßnahmen für die verschiedensten Krisensituationen, daneben die Brandverhütung und -bekämpfung, die optimale Anlegung eines Lebensmittelvorrates und die Einrichtung von Schutzräumen. Der Bereichsbeauftragte hob besonders die Rolle der Frau im Selbstschutz hervor. Gerade sie sei in soziologischer Hinsicht dafür geschaffen, im Selbstschutz ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Bürgermeister Hamann begrüßte das Bestreben des Bundesverbandes, für die notwendige Aufklärung der breiten Öffentlichkeit zu sorgen, da die meisten Menschen in kritischen Situationen doch völlig hilflos seien.

Im Anschluß an die Führung bedankte sich Polster bei Sparkassendirektor Ruckriegel, der die Ausstellung möglich gemacht hatte. Der starke Publikumsverkehr in der Schalterhalle garantierte während der fast vierwöchigen Dauer einen guten Besuch. Rund 15 000 Personen konnten durch diese Ausstellung angesprochen werden.



## 24-Stunden-Übungslauf der TWA

Alles in allem war diese Übung eine recht wässerige Angelegenheit. Regen in allen Formen und Stärken, und wenn dann mal für Minuten die Sonne schien, tropfte es unentwegt von den Bäumen. Und das 24 Stunden lang! Kaum erwähnenswert, daß bis zum Übungsbeginn eine ausgesprochene Schönwetterperiode war und man sich auf diese Wochenendübung am Wasser freute. Nun konnte die Übung aber auch nicht verlegt werden, denn ein umfangreiches und aktenschweres Genehmigungsverfahren ging dieser Übung voraus und war im Zeitablauf genau festgelegt.

Man darf nicht glauben, daß man aus einem See Wasser herauspumpen und wieder einfließen lassen darf. So etwas ist gesetzlich geregelt und muß daher vorher genehmigt werden. Die Einführung des aufbereiteten Wassers zurück in den See wird auch deshalb nicht einfacher, weil das Wasser nun sauber ist.

Hier muß nun eingefügt werden, daß wir in einem Naturschutzgebiet an einem verpachteten Fischgewässer üben. Da das rückfließende Trinkwasser eine gewisse Restchlormenge — etwa 1 mg/l — enthält, war zu prüfen, ob die Chlormenge die biologischen Verhältnisse im See verändert. Weiterhin war zu prüfen, ob die Rückspülung der Filterkerzen in den See vorgenommen werden mußte, um ihm die mitangesaugten Kleinstlebewesen wieder zuzuführen. Nachdem der Eigentümer des Sees, die Pächtergemeinschaft, die Höhere Naturschutzbehörde und der Senator für Bau- und Wohnungswesen als Wasser- und Schifffahrtssicherheitsbehörde zugestimmt hatten, konnte die Übung durchgeführt werden. Nach diesen mühevollen Vorarbeiten war es für alle Beteiligten selbstverständlich, daß trotz des schlechten Wetters die Übung durchgeführt würde.

Das Folgende entnehmen wir dem Einsatzbericht des Zugführers Karl-Heinz König:

Am Freitag, 25. 5., 16 Uhr, trafen sich acht Helfer im Bezirksverband zur 24-Stunden-Übung mit der Berkefeld-TWA-Anlage. Nach dem Verladen der Zubehörteile und zusätzlicher Geräte auf 1 MLW und 1 GWK erfolgte um 18 Uhr die Abfahrt zur Übungsstelle.



Eine „wäßrige Angelegenheit“ wurde trotz der landschaftlichen Idylle der Übungslauf der Fahrbaren Trinkwasseraufbereitungsanlage durch den ständigen Regen.

Eintreffen dort gegen 19 Uhr. Der Aufbau der gesamten Anlage (4 Rohwasser-, 1 Reinwasserbehälter, Verlegen der Schläuche und Pumpen sowie der zentralen Beleuchtungsanlage) dauerte eine Stunde. Um 21 Uhr waren alle Rohwasserbehälter gefüllt und mit Chemikalien behandelt. Nach der Vorbehandlung konnte um 21.55 Uhr das Berkesil-K-Pulver angeschwemmt werden, 10 Minuten später lief das Reinwasser in den Behälter.

Ab 23 Uhr wurde in Schichten gefahren. 4 Helfer ruhten und 4 Helfer hielten die Anlage in Gang. Die Ablösung erfolgte im Vierstundenturnus.

Unter anhaltendem Regen wurde die Anlage am 26. 5. gegen 14 Uhr wieder abgebaut, gesäubert und verladen. Um 15 Uhr Abfahrt vom Übungsort, Eintreffen im BV um 16 Uhr. Dort erfolgte das Abladen und Verstauen der Geräte an die dafür vorgesehenen Plätze. Gegen 18 Uhr verließen die Helfer die Unterkunft. Bei dem Test wurden folgende Erfahrungen gesammelt:

1. In 16 Betriebsstunden (Dauerbetrieb) wurden 83 m<sup>3</sup> Trinkwasser gefördert. Das ergibt eine Stundenleistung von 5,1 m<sup>3</sup>.
2. Unter die Pumpen (TS 2/5) sollten Auffangwannen gestellt werden, um ein Eindringen von evtl. austretendem Kraftstoff oder Öl in das Erdreich zu verhindern.

3. Auch im Innern des VW-Kombi wäre über dem Wellblechboden eine eingebaute Zink- oder Kunststoffwanne zweckmäßig. Dadurch würde eine bessere Säuberung des Innenraumes ermöglicht und das Eindringen von Wasser in die Zwischenböden verhindert. Die Seitenverkleidungen wären entweder mit einem wasserabstoßenden Überzug zu versehen oder mit Plastikfliesen auszustatten.
4. Die Innenbeleuchtung ist bei Nachtbetrieb zu schwach. Hier wäre eine Leuchtstoffröhre für Netzanschluß angebracht.
5. Um die Bedienungsmannschaft der TWA vor Regen zu schützen, wäre eine Art Vorzelt (Plane) vonnöten, das mit wenigen Handgriffen am VW-Kombi angebracht werden kann.
6. Statt des Eisenchlorid III in Granulatform wäre Eisenchlorid-III-Pulver vorzuziehen. Pulver löst sich schneller auf.
7. Um genauere Messungen am Hellige-Komperator zu erreichen, wurden statt O-Tolidinlösungen DPD-Tabletten benutzt.

\*

Es bleibt schließlich nur der Dank an diese unentwegten Männer, daß sie trotz aller Widerwärtigkeiten den gewünschten Übungszweck voll erfüllten und exakte Aufzeichnungen über die wesentlichen Faktoren beim Betrieb der TWA zur Verfügung stellten.



## Sportflugzeug geborgen

Der Pilot eines Sportflugzeuges mußte auf einem Spülfeld am Ortsrand von Kuden im Buchholzer Moor, Landkreis Dithmarschen, notlanden. Das Motorflugzeug überschlug sich und landete auf dem Kabinendach. Vermutlich setzte der Motor plötzlich aus. Der Hamburger Pilot und seine Ehefrau blieben unverletzt.

Am übernächsten Abend rückte der Ortsverband Meldorf mit 30 Helfern und drei Fahrzeugen aus, um das Flugzeug zu bergen. Das Sportflugzeug lag ungefähr 150 m von festem Untergrund entfernt in einem Spülfeld. Zunächst war vorgesehen, das Flugzeug auseinanderzunehmen. Es stellte sich jedoch heraus, daß eine solche Demontage nicht notwendig war.

Helfer vom Bergungszug Busch arbeiteten sich im Schlickgelände zum Flugzeug vor, befestigten ein Drahtseil, und mit Hilfe der Motorseilwinde des Gerätekraftwagens wurde die Maschine über den Schlick auf festen Untergrund gezogen. Hier wurde das beschädigte Flugzeug von Mechanikern auseinandermontiert und anschließend mit einem Traktor-Anhänger zum Flugplatz Hopen transportiert.

## THW-Einsatz im Gewittersturm

Ein schwerer Gewittersturm mit Spitzengeschwindigkeiten von 100 Kilometern in der Stunde fegte, aus dem Raum Hamburg/Bremen heranziehend, über große Teile Schleswig-Holsteins in nordöstlicher Richtung zur Ostsee. Ein von einem Blitzschlag getroffener ungefähr 20 Meter hoher Baum drohte während des Unwetters auf das Anwesen eines Landwirts in Moordorf West bei Itzehoe zu stürzen. Durch Anruf des örtlichen Polizeipostens wurde sofort die Schnelleinsatzgruppe des Technischen Hilfswerks, Ortsverband Itzehoe, alarmiert. Mittels Seilwinde eines Gerätekraftwagens und einer Motorsäge konnte die Gefahr innerhalb von 30 Minuten beseitigt werden. Durch diesen schnellen Einsatz wurde

ein möglicher Sachschaden von rund 50 000 DM abgewendet.

Zur gleichen Zeit wurden an der Bundesstraße 430 zahlreiche Bäume entwurzelt, so daß der Verkehr vorübergehend behindert war. Hier wurde ein Einsatzzug des THW-Ortsverbandes Plön eingesetzt. Die Helfer zersägten die Bäume und räumten sie von der Straße.

## Ehrung für Dr. Weiß

Der langjährige Leiter des Amtes für zivile Verteidigung und Katastrophenabwehr des Landes Schleswig-Holstein, Ministerialrat Dr. Ernst-Werner Weiß, wurde im Januar 1973 mit einer anderen Aufgabe im Innenministerium betraut.



## Landesbeauftragter Meier (l.) gratuliert Ministerialrat Dr. Weiß zur verliehenen THW-Auszeichnung.

In Würdigung der Verdienste, die sich Dr. Weiß in engster neunjähriger Zusammenarbeit mit dem THW-Landesbeauftragten um das Technische Hilfswerk im nördlichsten Bundesland erworben hat, wurde ihm jetzt vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk das THW-Helferzeichen in besonderer Ausführung verliehen.

Am 22. Juni 1973 überreichte LB Meier in seinem Dienstzimmer Ministerialrat Dr. Weiß im Auftrage des Direktors THW die hohe Auszeichnung. Der THW-Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein würdigte das große Engagement, mit dem sich Dr. Weiß stets für die

Belange des THW in Schleswig-Holstein interessiert und eingesetzt hat.

Er wünschte Dr. Weiß für seinen neuen Wirkungskreis alles Gute und schloß mit einem Dank für die ihm in den vielen Jahren der Zusammenarbeit immer gewährte Unterstützung, wenn es um die Interessen des THW ging.

Nach Entgegennahme der Auszeichnung unterstrich Dr. Weiß vor den Mitarbeitern des THW in einer kurzen Ansprache noch einmal die Notwendigkeit eines wirkungsvollen Katastrophenschutzes und deutete im übrigen an, daß er auch in Zukunft dem THW engstens verbunden bleiben wolle.

## THW hilft Heimattiergarten

Punkt acht Uhr kam an einem Sonnabendmorgen für die Helfer des Technischen Hilfswerkes Neumünster die Order zum Ausbildungsbeginn. Im Rahmen einer Ausbildungsveranstaltung sollte im Heimattiergarten ein Futtersteg errichtet werden. Dieser Steg am neugeschaffenen „Ententeich“ soll verhindern, daß der Rasen beim Füttern der Tiere beschädigt und zertreten wird. Bereits im vergangenen Jahr war eine Firma mit dem Neubau dieses Steges beauftragt worden. Nach Beendigung der Rammarbeiten trat dieses Unternehmen jedoch von den Arbeiten zurück. Der Bauherr, der Tiergartenverein Neumünster, setzte sich dann mit dem Technischen Hilfswerk Neumünster in Verbindung.

Nachdem die Rammarbeiten bereits ausgeführt worden waren, ging es jetzt hauptsächlich darum, Bodenbelagsarbeiten zu verrichten und Verstreben zu befestigen. Das Gelände für den Steg wird später von einer Firma angebracht.

Bei dieser Ausbildungsveranstaltung hatten die Helfer des THW Neumünster somit eine gute Gelegenheit zu demonstrieren, was sie bisher während der Übungsabende gelernt haben. Von dem Ergebnis wird sich jeder Bürger Neumünsters überzeugen können.



## THW beim Landeszeltlager der Jugendwehren

In Dorumertief/Nordsee wurde ein Lager, bestehend aus fünf Zeltdörfern und einer riesigen Zelthalle, errichtet. Was geschah hier? War es eine große Katastrophenschutzübung, ein Ausbildungslager der Hilfsorganisationen oder ein Campingplatz? Es war alles in einem: 35 Soldaten der Bundeswehr, 18 Angehörige des Roten Kreuzes und 22 Männer vom Technischen Hilfswerk betreuten gemeinsam mit den Jugendwarten der Feuerwehr 2 700 Jungen und Mädchen der Jugendfeuerwehren. Aber nicht nur aus Niedersachsen kam der Feuerwehrynachwuchs, sondern auch aus vielen Ländern. Gäste waren Jugoslawen, Polen, Österreicher, Belgier, Niederländer, Franzosen, Engländer und auch ein Kolumbianer.

Wie schon während des 2. Landeszeltlagers Niedersachsens 1971 im Harz, waren Helfer der THW-Ortsverbände Goslar und Clausthal-Zellerfeld hier im Einsatz, um die Stromversorgung, die Wasserversorgung und das Fernmeldenetz dieses Lagers aufzubauen und in Betrieb zu halten. Für die Stromversorgung mußten 800 Meter Freileitung, 2 500 Meter Kabel verschiedener Querschnitte verlegt und 68 Masten aufgestellt werden. Für das große Fischessen wurde für die Friteuse der Bundeswehr ein 40-KvA-Stromerzeuger eingesetzt, denn die Stromzufuhr von Dorum reichte nicht mehr aus.

Acht Waschanlagen mit 208 Zapfstellen und neun Duschen sorgten dafür, daß jeder Lagerinsasse sich und seine Ausrüstung sauberhalten konnte. Dafür wurden 2 700 Meter Schlauch und Rohrleitungen verlegt. Die große Flächenausdehnung des Lagers machte es notwendig, daß die einzelnen Zeltdörfer mit der Lagerleitung verbunden waren. Für diesen Zweck verlegten die Männer des THW 4 400 Meter Fernsprechkabel und richteten 20 Fernsprechstellen sowie eine Fernmeldevermittlung ein, über die die Lagerleitung direkt mit dem Netz der Bundespost verbunden war. Außerdem stand das Lager über Funk mit den nächstliegenden Polizeistationen in Verbindung, um ggf. rechtzeitig Sturmwarnungen zu

erhalten und über den Wasserstand informiert zu sein.

Da das Deichvorland bei hohem Wasserstand von der Nordsee überspült wird, sind die großen Weideflächen mit Entwässerungsgräben durchzogen. Deshalb war es notwendig, Stege zu bauen, auf denen die Lagerbewohner trockenen Fußes diese Priele und Gräben überschreiten können. Allein hierfür wurden etwa 60 kg Nägel verbraucht.

Die Helfer haben durch ihre Arbeit einen Beitrag zum Aufbau des Katastrophenschutzes in Niedersachsen geleistet, bot doch dieses Ferientreffen eine ideale Kombination von Ausbildung, Hilfeleistung und Camping. Darüber hinaus haben sie dazu beigetragen, den Gedanken der Verständigung zwischen Ost und West zu fördern.

Vielleicht geht beim 4. Landeslager der Wunsch des Landes-Jugendfeuerwehrwartes Heine in Erfüllung, bei diesem Zeltlager nicht nur die THW-Helfer, auf deren Mithilfe er nicht verzichten möchte, begrüßen

zu können, sondern auch Jugendgruppen des THW.

## THW-Kommando auf Vermißtensuche

Ein Bürger aus der Gemeinde Detern des Landkreises Leer wurde als vermißt gemeldet. Alle Spuren deuteten darauf hin, daß der Vermißte in die Jümme, einen Nebenfluß der Leda, geraten war. Alles Suchen nach ihm war zunächst vergeblich. Deshalb ordnete der Landkreis Leer nach sechs Tagen an, ein Suchkommando des THW aufzustellen. Der Kreisbeauftragte ergriff dann auch sofort die nötigen Maßnahmen.

Die Suche wurde von zwei THW-Helfern unter Mithilfe der Bevölkerung durchgeführt. Besonders bewährte sich bei dieser Aktion das erst kürzlich erworbene Allzweckboot mit dem 35-PS-Außenbordmotor. Obwohl die Suche von Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit durchgeführt wurde, barg man den Verunglückten erst eine Woche später.

## Burgdorfer THW-Helfer bauten Fußgängersteg

Der starke Fahrzeugverkehr über die Auebrücke machte es den Fußgängern mittlerweile fast unmöglich, ohne Angst die Brücke zu passieren. Die Burgdorfer THW-Helfer halfen ihren Mitbürgern. Parallel zur bestehenden Brücke bauten sie einen 1,60 m breiten massiven Fußgängersteg, so daß junge und alte Burgdorfer nun ohne Zagen die Auebrücke überschreiten

können.

In das Flußbett gerammte Spunddielen schützen die Rundholzpfiele und sorgen für die notwendige Sicherheit gegen Eisdrift und bei Hochwasser vor mitgerissenen Balken und Stämmen.

Als nächste Bürgerhilfe will der THW-Ortsverband Burgdorf den kleinen „Bürgern“ einen Kinderspielfeld bauen.



Einen Fußgängersteg über die Aue bauten THW-Helfer in Burgdorf.





## Eine Brücke über die Schloßgräfte in Münster

Seiner Kontaktfreudigkeit und guten Zusammenarbeit mit den Behörden, vor allem mit der Stadtverwaltung Münster, verdankte das THW den Auftrag, seine Fähigkeiten bei einem Brückenbau über die Schloßgräfte Münsters unter Beweis stellen zu können. In der Zeit vom August 1972 bis zum April 1973 leisteten 411 Helfer umschichtig an 67 Tagen 2 276 Einsatzstunden, bis die stabile Brückenkonstruktion aus unverwüstem Bongossiholz und verzinktem Stahl endlich der Bevölkerung übergeben werden konnte.

Im Anfangsstadium waren mehrere Baugruppen damit beschäftigt, an den Ufern der Gräfte oder auf dem Freigelände des THW an der Weiburgstraße die Voraussetzungen für den Brückenschlag zu schaffen.

Senkkästen mußten hergestellt und Gründungsarbeiten am Ufer vorgenommen werden. Dabei ergaben sich aufgrund des „tückischen“ Baugrundes erhebliche Schwierigkeiten, die jedoch in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und mit Hilfe einer Fachfirma überwunden wurden. Eine Bentheimer Spezialfirma für Brückenbau wurde beauftragt, das Bongossiholz, das zu Recht auch „Eisenholz“ genannt wird, nach vorgegebenen Angaben maßgerecht zuzuschneiden, eine Arbeit, die das THW mit eigenen Werkzeugen unmöglich hätte bewerkstelligen können. Sogar 16zöllige Nägel wurden beim Versuch, sie in dieses zähe Holz zu treiben, beim zweiten Hammerschlag krumm. Das Material wurde gewählt, weil es witterungsbeständiger und langlebiger ist als jedes andere Holz und keiner Imprägnierung bedarf.

Regen und Schnee erschwerten die Arbeiten sehr, zumal in der späten Jahreszeit die Baustelle auch noch ausgeleuchtet werden mußte. Aber auch das wurde bewältigt, und nach hartem Einsatz der THW-Helfer wurde der Brückenbau abgeschlossen. Eine stabile, 21 m lange und 2,65 m breite Konstruktion wartete auf die offizielle Übergabe — ein Ereignis, zu dem sich „ganz Münster“ versammelte. Münsteraner Kaufleute hatten Kuchen und Bier gestiftet. Nach Ansprachen des Regierungspräsidenten Dr. Möck-

linghoff, des Ortsbeauftragten Rosendahl und des Oberbürgermeisters der Stadt, Dr. Pierchalla, wurde unter den Klängen von „Preußens Gloria“ das weiße Band zerschnitten und das Bauwerk damit für die allgemeine Benutzung freigegeben.

„Als gelte es, die Spaziergänge von Jahrzehnten nachzuholen“, so eine Münstersche Zeitung, stürmten die Münsteraner zwischen 6 und 76 über die neue Brücke. Eine Episode am Rande: Zwei ältere Damen („Jetzt können wir auch mal in den Schloßgarten, früher war's uns einfach zu weit...“) drückten dem verdutzten Regierungspräsidenten sieben Mark in die Hand: „Für die schöne Brücke...!“

## Brücke im „Galopp“ auf- und abgebaut

Als Hilfeleistung errichteten Helfer aus Gelsenkirchen zwei Grabenbrücken aus SD- und BW-Brückenbaugerät von 50 und 20 m Länge. Diese Brücken waren erforderlich, um über die wertvollen Geläufe der Galopprennbahn 60 000 cbm Erdreich aus dem Innenraum zur Aufschüttung der durch Bergschäden abgesackten Außenbahn zu transportieren. Über die Brücken wurden 6 000 LKW-Ladungen transportiert. Da in der Zwischenzeit ein Galopprennen stattfand, mußten die Brücken nochmals abgebaut und nach dem Rennen wieder aufgebaut werden.

Durch diese Hilfeleistung wurden die Kenntnisse und Erfahrungen der Helfer im Umgang mit dem Brückenbaugerät wesentlich vertieft. Im übrigen diente die Aktion dem Kontakt mit der Öffentlichkeit in Gelsenkirchen, deren Unterstützung und Vertrauen das THW nicht entbehren kann.

## OV Hesborn zieht ein

Beharrlichkeit, Zuverlässigkeit, Improvisationsgabe und natürlich ein guter Schuß Begeisterung, das sind die Begabungen der THW-Männer aus dem Kreise Brilon. Nach Jahren

behelfsmäßiger Unterbringung konnte den Helfern des Ortsverbandes Hallenberg-Hesborn jetzt ein helfergerechtes Heim überantwortet werden. Landesbeauftragter Kautzky hob hierbei die Initiative des Helferteams hervor, das von Kreisdirektor Schulze-Wessel als notwendiges Potential neben den Feuerwehr- und Sanitätshelfern begrüßt wurde. Für die Bereitstellung der Kraftfahrzeuge und der Ausrüstung sagte der Kreisdirektor dem THW seinen Dank.

Pfarrer Dicke weihte die neue Unterkunft in der ehemaligen Schule. Der Feier schloß sich eine kleine Übung an. Arnsberger Helfer demonstrierten ihre Brückenbautalente. Mit SD-Gerät überwandten sie den Dorfbach. Neheim-Hüstener Helfer führten gleichzeitig vor, wie sie beim Transport von Verletzten Höhenunterschiede überwinden. Für diese Arbeit nutzten sie das Gelände eines Steinbruchs. Es gelang ihnen, die Gäste vom Sinn ihres vorsorglichen Tuns zu überzeugen, soweit dies erforderlich war.

## Mithilfe in der Brandbekämpfung

Durch übergroße Rauch- und Hitzeentwicklung beim Brand eines Warenhauses in Olpe wurden nach dem Einsatz der Feuerwehr Explosionen und ein Zusammenbruch des Dachstuhles (Spannbeton) befürchtet. Die Beleuchtungseinrichtungen der freiwilligen Feuerwehr reichten nicht aus, und zusätzliche Beleuchtungsmittel des THW mußten eingesetzt werden.

Dazu stellte der OV einen Lichtfluter, fünf Scheinwerfer des GKW mit zwei Aggregaten in den von der Einsatzleitung bezeichneten Räumen auf. Der Feuerwehr wurden Handscheinwerfer ausgeliehen, die für den Brandschutz benötigten Gassen freigelegt, das Stahl-Dach aufgetrennt, Türen aufgebrochen und Waren in Sicherheit gebracht. Die Zusammenarbeit mit der Einsatzleitung der FW war sehr gut. Bemerkenswert sind die Äußerungen von erfahrenen Wehrleuten, daß die Zusammenarbeit mit dem THW-OV übungsmäßig als notwendig betrachtet wird, um in weiteren Einsatzfällen größerer Art bessere Zusammenarbeit zu gewährleisten.



## THW bei der „Gladbecker Woche“

Die „Gladbecker Woche“ — eine Festwoche für die Bürger der Stadt Gladbeck — wurde von Verwaltung und verschiedenen Verbänden ausgerichtet. Auch der THW-OV Gladbeck beteiligte sich. Der Sauerländische Gebirgsverein führte einen offenen Wandertag durch. Die Wanderstrecke ging von Gladbeck nach Grafenwald zu dem Ausflugsplatz „Grafenmühle“ und wieder zurück nach Gladbeck zum Wasserschloß „Wittringen“.

Am Wendepunkt Grafenmühle, nach 10 km Fußmarsch, war ein Versorgungspunkt vom THW-OV Gladbeck errichtet worden. Hier wurden mit zwei Feldküchen M 37 und einem Feldkochherd 1 000 Portionen Erbsensuppe bereitet und an die Wanderer verteilt.

Die Stadtverwaltung führte einen „Tag der offenen Tür“ durch. Alle Katastrophenschutz-Organisationen stellten den Bürgern im Rahmen einer Ausstellung auf dem Parkplatz am Rathaus ihre Geräte und Ausrüstungen vor.

Das THW Gladbeck stellte einen MKW, einen GKW und einen Fukow

sowie verschiedene Einzelgeräte aus, wie Stromerzeuger 3 und 5 kVA, Beleuchtungsmittel, Explosionsramme und Trennschleifer. Ein SÜ-Boot war dabei, mit Aubo auf einem dazugehörigen Slipanhänger, ein Feldkochherd und eine Wasseraufbereitungsanlage.

Die Reaktion der Bevölkerung war sehr gut. Man konnte sich gut über die Gesamtheit des Katastrophenschutzes informieren.

Am darauffolgenden Sonnabend veranstaltete die Kaufmannschaft einen Kinderspielnachmittag auf dem Marktplatz. Bei diesem Kinderfest, das an die „Spiele ohne Grenzen“ angelehnt war, richtete der OV Gladbeck mit 15 Helfern zwei Spiele aus, für die Hindernisse und Spielgeräte gestellt wurden. Es wurden Zeiten gestoppt, Strafpunkte verteilt und die Unterlagen ausgewertet.

Das Lachen der Kinder und der Dank der Veranstalter entschädigte die Helfer für ihre Arbeit. Auch bei diesen Veranstaltungen bestand die Möglichkeit, zu zeigen, daß die für den Katastrophenfall gelernten Fähigkeiten sich auch für Sport und Spiel eignen.

## Erster Einsatz des Ortsverbandes Oelde

Gegen 17 Uhr wurden kürzlich im Bereich des Kreises Beckum und insbesondere in den Gemeinden Uentrop, Ennigerloh und Distedde durch orkanartige Böen erhebliche Sturmschäden gemeldet. Trotz Einsatz aller verfügbaren Hilfskräfte war es nicht möglich, die Sturmschäden restlos zu beseitigen.

So kam es, daß der noch junge Ortsverband Oelde bald seine erste Bewährungsprobe zu bestehen hatte. Es ging darum, eine Straße in der Gemeinde Distedde vom Windbruch zu säubern. Der Orkan hatte insgesamt 12 recht beachtliche Bäume zu Fall gebracht. Mit Motorsägen, Seilwinden, Äxten und einem Gerätekraftwagen gingen die Helfer des Ortsverbandes ans Werk. Unter Leitung des THW-Kreisbeauftragten Thiele und des Zugführers Friedrich konnten die Helfer in elf Stunden die Bäume zersägen und den Weg räumen.

Die Gemeindeverwaltung Distedde dankte den Helfern des Ortsverbandes mit einem kräftigen Mittagessen und erfrischenden Getränken.

# Hessen



## Drei Tage „Waldlagerbau Giebelrain“

Das Technische Hilfswerk, Ortsverband Hünfeld, veranstaltete die Übung „Waldlagerbau Giebelrain“ in der Gemarkung Dietershausen/Rhön. Eine ähnliche Großübung wird in jedem Jahr an drei Tagen organisiert. Die Ortsverbände Bad Kissingen, Neuhoof, Rottenburg und der Patenverband Berlin-Zehlendorf hatten Abordnungen entsandt. Als Gäste wurden der Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks, Landesverband Hessen, Dr.-Ing. Ress, sowie die Geschäftsführer der Bereiche Homberg, Elze und Fulda begrüßt. Für notwendige Hilfeleistung im Sanitätsbereich stand eine Gruppe des DRK Hünfeld zur Verfügung.

Die Großübung sollte den Helfern des Technischen Hilfswerks das Können vermitteln, wie Menschen in Katastrophenfällen außerhalb ihrer Wohnungen in Notunterkünften untergebracht und mit dem zum Leben

Notwendigen versorgt werden. So wurde eine vollständige Wasserversorgung aufgebaut. Ausgehend von der Hausquelle, versorgte die automatische Pumpe den Druckbehälter mit Schaltautomaten, der 200 m weiter in einer Höhe von 40 m im Basaltbruch Giebelrain aufgestellt war. Dort wurde auch die gesamte Stromversorgung, bestehend aus zwei Drehstromaggregaten mit 20 kVA und 3 kVA Leistung installiert. In diesem Bereich befand sich ebenfalls das Treibstofflager.

Die an diesen Steinbruch angrenzende Waldwiese nahm das Waldlager auf. Zehn Schlafzelte, zwei Gerätezelte, ein Sanitätszelt und ein großes Küchen- und Versorgungszelt wurden aufgebaut. Das Küchen-Versorgungszelt bot Platz für die fahrbare Feldküche mit den notwendigen Kühlschränken. Die Versorgung der über 70 Teilnehmer war damit gewährleistet. Auch eine Waschanlage wurde errichtet. Ein Warmwasserbereitungskessel gab über Mischbatterien je nach

Bedarf warmes oder kaltes Wasser zu der Waschanlage. Entsprechende weitere sanitäre Anlagen ergänzten diese lebensnotwendige Einrichtung. Während der Übung wurde ein von einem Zweigniederlassungswerk in Hünfeld gestifteter Pokal im Wettbewerb erkämpft, den der OV Neuhoof gewann. Dieser Wettbewerb umfaßte Aufgaben aus dem umfangreichen Ausbildungsbereich der Helfer des Technischen Hilfswerkes. Den zweiten Preis errang der Ortsverband Bad Kissingen, und den dritten Preis nahm der Ortsverband Hünfeld mit nach Hause.

## Nun sprudelt er wieder . . .

Wer das Wandern schätzt, den Kaufunger Wald kennt und durch das Niestetal kommt, der kann heute wieder an einem beliebigen Ausflugsziel — „Am Jägerborn“ — rasten und sich erfrischen. Einige Jahre lang war



er versiegt, verfallen und überwuchert. Helfer des THW-Ortsverbandes Groß-Almerode setzten den Brunnen wieder instand. Sie erneuerten damit ein Stück Heimatgeschichte und schufen einen herrlichen Rastplatz im Niestetal. Eine besondere Aufgabe: als Bergung seltener heimatgeschichtlicher Denkmäler anzusehen und darüber hinaus nicht leicht. Nachdem zuvor festgestellt worden war, wie überhaupt der Wasserzulauf verlief, mußte kräftig zur Hacke und Schippe gegriffen werden. Der halbzerfallene Steinkanal und die verschüttete Steintreppe waren freizulegen, eine neue Rohrleitung einzubringen und die Quelfassung zu errichten. Daß dabei harter Boden und festgefahrene Holzabfuhrwege aufgerissen werden mußten, erschwerte die Arbeit zusätzlich. Zum Abschluß wurde ein Stein in die Brunnenumrandung eingemauert, in den von kundiger Helferhand der Name „Jägerborn“ eingemeißelt worden war.

Mit Genugtuung denken die Helfer an die nicht leichte Arbeit. Zum Wohle vieler war sie ausgeführt worden und in der Ausführung besser geraten, als man anfangs zu hoffen wagte.

Im Namen der Hessischen Forstverwaltung dankte H. Reinhold dem Ortsverband für diese Hilfsbereitschaft. Er unterstrich den Willen dieser Männer, für andere Menschen ihre eigene Freizeit herzugeben und schätzte sich glücklich, wenn auch in Zukunft die Helfer des THW bereit wären, ähnliche Ausflugsziele auszubauen.

### Ausbildung mit Doppelleffekt

Eine Fußgängerbrücke über den Erbenheimer Wäschbach baute der Ortsverband Wiesbaden an einem Sonnabend. Innerhalb weniger Stunden war die 8 m lange Holzkonstruktion über den Bach geschlagen, verankert, mit Belag und Geländer ausgestattet. Die THW-Helfer führten nicht nur die praktischen Arbeiten durch, sie hatten zuvor auch die Planung und statische Berechnung selbst angefertigt.

Da der behelfsmäßige Brückenbau ein Ausbildungsziel der Bergung ist, bilden Brücken, die eine ständige Einrichtung bleiben, beste Übungsprojekte. Die technische Leitung dieser praxisnahen Ausbildung oblag THW-Geschäftsführer Toni Emmerich. Der Brückenschlag über den Wäsch-

bach kam nicht von ungefähr. Die Bürger in Erbenheim benötigten dort dringend eine Fußgängerbrücke, der Ortsverband ein Übungsobjekt. Was lag also näher, als auf den Wunsch einzugehen und den Helfern eine nützliche Aufgabe zu bieten. Während des Aufbaus und bei der Übergabe wurden von der Bürgerschaft die Einsatzfreudigkeit und das Können der Helfer bewundert. Mit Erstaunen wurde zur Kenntnis genommen, daß sich auch in der heutigen, schnelllebigen Zeit noch junge Leute uneigennützig in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl einsetzen.

### Nachruf

Der Ortsverband Lorch/Rhein trauert um seinen Gruppenführer des Bergungsdienstes

#### Erhard Stork

Im blühenden Alter von 22 Jahren kam er durch einen tragischen Unfall am 8. Juli 1973 ums Leben.

Stork kam schon im Jahre 1968, als 17jähriger, zum OV Lorch und war durch sein freundliches und hilfsbereites Wesen stets ein Vorbild. Erhard Stork wird im Kreise der Kameraden unvergessen bleiben.

Ortsverband Lorch/Rhein

### THW-Einsatz einmal ganz anders . . .

Daß es nicht immer Katastropheneinsätze sein müssen, die die Einsatztrupps des Technischen Hilfswerks in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rücken, hat der Ortsverband Wächtersbach jetzt erlebt.

von diesem Pflanzengewirr gereinigt werden, um ein Verstopfen der Pumpen bzw. der Mehrstrahldüsen zu verhindern.

Während drei Fontänen zu Ehren der französischen Gäste blau-weiß-rot angestrahlt wurden, erstrahlten alle



Blau-weiß-rot leuchteten die Fontänen im Wächtersbacher Schloßteich zu Ehren der französischen Gäste.

Als es darum ging, zur Verschönerung des Empfangs der französischen Gäste aus der Patenstadt Chatillon sur Chalaronne und des Bürgerfestes von Wächtersbach beizutragen, kam man auf die Idee, in Zusammenarbeit mit einer hiesigen Firma, Herstellerin von Raum- und Gartenfontänen, den Schloßteich mit Springbrunnen auszustatten. Zur Verwirklichung dieser Idee wurde von den Männern viel Idealismus aufgebracht. Der Teich, dessen Wasser völlig von Wasserpest durchwuchert war, mußte erst an den Stellen, an denen die Gestelle mit den Tauchpumpen und Punktlicht-Anlagen eingelassen werden sollten,

vier Fontänen während des Bürgerfestes in Weiß. Für die Urlauber und Einwohner von Wächtersbach bereichern diese Wasserspiele die herrlichen Parkanlagen. Aber auch der Schloßteich selbst profitiert durch die intensive Wasserumwälzung mit gleichzeitiger Sauerstoffdurchsetzung. Das Gewässer beginnt schon jetzt, sich selbst zu reinigen und die Wasserpest abzustößeln. Somit ist dieses Unternehmen des THW nicht nur im Interesse der Fremdenverkehrswerbung zu werten, sondern wirkt sich auch positiv im Umweltschutz aus. Die Fontänen bleiben während des Sommers im Schloßpark eingebaut.



## Zell und Cochem für Hochwasser gerüstet

Die THW-Ortsverbände Zell und Cochem erhielten eine Spezial-Pumpengruppe zur Beseitigung von Schmutzwasser aus überfluteten Kellern und Gebäuden. Beauftragte des THW-Landesverbandes Rheinland-Pfalz übergaben die Pumpengruppe in Zell, wo die Helfer der THW-Gruppe der „Schwarze-Katz-Stadt“ sofort ihre Geräte im Bootshaus ausprobierten. Die THW-Gruppen Cochem und Zell erhielten je einen Spezialanhänger, in dem die neuen Geräte untergebracht sind. Zu der Pumpengruppe, von denen es bisher erst vier in Rheinland-Pfalz gibt (drei am Rhein und nun eine an der Mosel) gehören Notstromaggregate, je zwei Tauchpumpen und je eine TS 2/5 sowie genormte Schläuche, die auch eine direkte Zusammenarbeit mit den örtlichen Wehren und den gemeinsamen Einsatz der Geräte ermöglichen. Diese Spezialgeräte garantieren im Hochwasser-Ernstfall eine wirksame und schnelle Hilfe. Wie ein THW-Helfer bei der Übergabe scherzhaft bemerkte, soll dadurch die Eigeninitiative der vom Hochwasser bedrohten Bürger keineswegs eingeschränkt werden. Die THW-Ortsgruppe Zell will sich in Zukunft um eine verstärkte Zusammenarbeit mit den örtlichen Wehren bemühen. Ihr Leiter, Walter Reis, kündigte gemeinsame Übungen und Fortbildungsvorträge an. Reis betonte in diesem Zusammenhang, daß die Kontakte zur Zeller Wehr sehr gut und beide Seiten um Zusammenarbeit bemüht seien.

## OV Pirmasens baute Kinderspielplatz

Der OV Pirmasens wurde von der Stadtverwaltung gebeten, den stadtnahen Waldlehrpfad um einen Kinderspielplatz zu erweitern, der sich in die Landschaft einfügen sollte. Damit stand fest, daß ausschließlich Holz als Baumaterial benötigt wurde. Ortsbeauftragter Werner Lehmann kam diesem Wunsche gern nach und entwarf den Spielplatz in seiner Gestaltung und auch in der Ausstattung.



Einfassung und Tor des Spielplatzes wurden nach „Western-Art“ gebaut.

Die Arbeit an Wochenenden auszuführen, erschien aus verschiedenen Gründen unzweckmäßig und erfolgte deshalb in den regelmäßigen Ausbildungsstunden dienstags von 20.00 bis 22.30 Uhr. Nicht selten dauerte sie bis nach Mitternacht.

Dadurch bekamen die Helfer Gelegenheit, sich intensiv an sämtlichen verfügbaren Beleuchtungsätzen auszubilden. Erschwerend kam hinzu, daß es infolge räumlich unzureichender Unterbringung des OV nicht möglich war, einzelne Spielgeräte oder zumindest Teile in der Unterkunft vorzufertigen. Die kleinste Teilarbeit mußte an Ort und Stelle erfolgen. In über 600 Abend- und Nachtstunden wurde bis zum Herbst noch folgendes geschaffen: eine Schaukel mit zwei Sitzbrettern, eine Wippe mit vier Sitzen, mehrere Laufbalken verschiedenen Schwierigkeitsgrades, ein Sandkasten mit fünf Plätzen, die voneinander abgetrennt sind. Darüber hinaus wurde das Gelände nach „Western-Art“ umzäunt und in



Blick auf das Klettergerüst in Form des THW-Emblems und die Aufgangsstufen zur Schutzhütte im Hintergrund.

Anlehnung an die Fernseh-Serie „Bonanza“ mit einem Tor versehen. Mittlerweile wurde der Kinderspielplatz fertiggestellt. Es wurden ein Kletter-Balkengerüst sowie ein Klettergerüst in der Form des THW-Emblems gezimmert. Außerdem wurde eine Blockhütte mit einer Grundfläche von 15 qm errichtet. Der Bau der Hütte erfolgte nach den Planungen und unter der Leitung des Zugführers Franz-Josef Hartmann. Diese Schutzhütte steht auf einer kleinen Anhöhe, von dort können die Eltern das Gelände überblicken und ihre spielenden Kinder beaufsichtigen. Schwierig gestaltete sich die Anlegung der 20 Treppenstufen, da das Wurzelwerk die Arbeiten erschwerte. Bei Übergabe des Spielplatzes an die Öffentlichkeit begrüßte Ortsbeauftragter Werner Lehmann als Gäste Oberbürgermeister Karl Rheinwald, Bürgermeister Gertrud Gaudig, Forstmeister Lothar Kempf, Oberforstwart Bussjäger sowie Vertreter der Presse und den Vorsitzenden der Naturfreunde.





## Neue Pumpenausstattung - wichtiges Einsatzmittel bei Wassergefahren

Hochwasser und Überflutungen, hervorgerufen durch Schneeschmelze, Wolkenbruch, Dauerregen oder sonstige Ursachen, machen neben anderen Hilfeleistungen auch Pumparbeiten erforderlich. Hierzu verfügt das THW nur über wenige Schmutzwasser-Kreiselpumpen (max. Leistung 400 l/min.) aus den Gerätesätzen „P“. (In den THW-Zeitschriften 4/64 und 6/64 wurde über diesen Gerätesatz berichtet.) Diese Pumpen entsprechen oft nicht den Einsatzanforderungen, insbesondere hinsichtlich ihrer Förderhöhe und Fördermenge. Um künftig wirkungsvollere Lenzeinsätze durchführen zu können, wurde der Gerätesatz „Pumpenausstattung — Pumpgruppe THW —“ entwickelt.

Diese THW-eigene Ausstattung ist für Bergungs- bzw. Instandsetzungszüge vorgesehen, die wegen ihrer örtlichen Gefahrenlage mit entsprechenden Hilfeanforderungen rechnen müssen. Das Bedienungspersonal im Stärkebereich einer Gruppe ist von den B- oder I-Zügen zu stellen (Aufgabenwahrnehmung in Zweitfunktion).

Im Hinblick auf Lenzaufgaben in Kellern, tiefliegenden Wohnräumen oder Betrieben sind tragbare Pumpen mit hoher Dauerleistung bei mittleren Förderhöhen ausgewählt worden, die auch gegen stark verunreinigtes Wasser verhältnismäßig unempfindlich sind. Es wurden Elektro-Schmutzwasser-Tauchpumpen beschafft, welche seit längerem im ingenieurmäßigen Tief- und Wasserbau Eingang gefunden und sich bewährt haben.

### Anzahl, Typ und technische Daten der im Gerätesatz „Pumpenausstattung — Pumpengruppe THW —“ erfaßten Pumpen

1. 2 Elektro-Schmutzwasser-Tauchpumpen, 380 V Drehstrom, 2,9 kW, 4,5 A, B-Anschluß (76 mm), Gewicht: 28 kg, max. Höhe: 535 mm, gr.  $\phi$  380 mm
- |      | Förderhöhe (mWS)     |     |  |     |
|------|----------------------|-----|--|-----|
| 1    | 10                   | 15  |  | 18  |
|      | Fördermenge (l/min.) |     |  |     |
| 1000 | 700                  | 300 |  | 100 |
2. 2 Elektro-Schmutzwasser-Tauchpumpen, 220 V Wechselstrom,

1,1 kW, 7,5 A, C-Anschluß (52 mm), Gewicht: 14 kg, max. Höhe: 400 mm, gr.  $\phi$  260 mm

	Förderhöhe (mWS)			
1	5	10		12
	Fördermenge (l/min.)			
400	300	150		100

3. 1 Elektro-Schmutzwasser-Tauchpumpe, 380 V Drehstrom, 1,85 kW, 3,7 A, B-Anschluß (76 mm), Gewicht: 28 kg, max. Höhe: 500 mm, gr.  $\phi$  300 mm

	Förderhöhe (mWS)			
1	5	10		12
	Fördermenge (l/min.)			
800	550	200		100

4. 2 Tragkraftspritzen — TS 2/5 —, Benzinmotor 6 PS, C-Anschlüsse (52 mm), Gewicht: 37 kg, Abmessungen: 550 x 440 x 480 mm

	Förderhöhe (mWS)			
1	20	50		70
	Fördermenge (l/min.)			
400	300	200		100

GK

Stromerzeuger sind z. T. bereits seit geraumer Zeit beim THW für die Beleuchtungssätze in Gebrauch. Je Pumpensatz sind zwei Stromerzeuger vorhanden, so daß gleichzeitig jeweils eine der unter lfd. Nr. 1 und 2 in der Zusammenstellung erwähnten Dreh- und Wechselstrompumpen von einem Aggregat gespeist werden können. Soll die je Gerätesatz für außergewöhnlich stark verunreinigtes Wasser vorgesehene Tauchpumpe (lfd. Nr. 3 der Übersicht) eingesetzt werden, so ist diese gegen eine der vorerwähnten Drehstrompumpen auszutauschen. Zum Zubehör gehören die für die Wasserförderung und -weiterleitung erforderlichen Saug- und Druckschläuche, Saugkörbe, Verteiler, Übergangsstücke, Schlauchbrücken usw. Ferner sind Kabeltrommeln, Kabelverbindungs- und -abzweigstücke sowie Verteilerkästen (Dreh-/Wechselstrom) zu nennen. Diese ermöglichen so den Anschluß



Zwei Tauchpumpen, eine TS 2/5 und ein Notstromerzeuger mit Material werden auf einen Zweirad-Anhänger geladen.

Die unter lfd. Nr. 1 und 2 aufgeführten Elektrotauchpumpen fördern Schmutzwasser, das mehr oder minder stark schleißende Teilchen enthält (etwa bis Korngröße 6 mm). Für ungewöhnlich stark verunreinigtes Wasser (bis Korngröße 30 mm) ist die unter lfd. Nr. 3 genannte Elektrotauchpumpe vorgesehen. Mit der bereits im Selbstschutz bekannten TS 2/5 kann wegen des einseitig offenen Laufrades stärker verschmutztes Wasser (bis Korngröße 10 mm) gelenzt werden. Solche Pumpe ist in Verbindung mit den vorhandenen Strahlrohren für Feuerlösch- und Reinigungszwecke ebenfalls verwendbar. Als Energiequellen für den Betrieb der Elektrotauchpumpen wurden Stromerzeuger 5 kVA beschafft. Diese

an das Ortsnetz bzw. den Anschluß anderer Verbraucher. Für einfache Wartungsarbeiten sind den Pumpen und Stromerzeugern die notwendigen Werkzeuge beigegeben. Werden im Verlauf der Pumparbeiten weitere Hilfsmittel benötigt, so ist auf die Gerätesätze der KatS-Einheiten bzw. die Grundausrüstung der Ortsverbände des THW zurückzugreifen. Der überwiegende Teil der „Pumpenausstattung — Pumpengruppe THW —“ wurde auf zwei Anhänger 0,5 t, 2-Rad, so verteilt, daß jeweils ein truppweiser Einsatz an zwei Schadenstellen möglich ist. Zum Transport des Bedienungspersonals und als Zugmittel für die Anhänger sind die GK, MKW (MLW) oder LKW der KatS-Einheiten des THW vorgesehen.



In Anbetracht der Erfahrungen bei der Schadenbehebung nach der Unwetterkatastrophe in Stuttgart am 15. August 1972 wurden für die unter lfd. Nr. 1 der Aufstellung genannten Drehstrom-Tauchpumpen Serienkupplungsstücke beschafft. Die beiden Elektro-Schmutzwasser-Tauchpumpen können somit hintereinander geschaltet werden (Tandembetrieb). Die max. Förderungshöhe beträgt dann 30 m. Dieser Pumpentyp ist daher für den Einsatz in hochgelegenen Gebäuden vorgesehen. Größere Förderhöhen lassen sich auch dadurch erreichen, daß geeignete Gefäße als Zwischenbehälter aufgestellt werden, aus denen weitere Tauchpumpen fördern. Ferner ist auch der kombinierte Einsatz von Tauchpumpen und Tragkraftspritzen möglich. Die Elektrotauchpumpe fördert in diesem Fall in die Saugseite der TS.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß mit dem Auspumpen erst dann begonnen werden darf, wenn das geförderte Wasser einwandfrei fortgeleitet werden kann. Wenn Wasser durch die Kanalisation oder andere Öffnungen wieder zurückströmt, ist ein Pumpeinsatz nicht statthaft. Um einen solchen „Wasserkreislauf“ auszuschließen, ist daher vor Beginn der Lenzarbeiten eine örtliche Erkundung erforderlich (Abwassernetz, Einläufe usw.). Da Elektro-Schmutzwasser-Tauchpumpen bisher im THW nicht eingeführt waren, einige Bemerkungen zu ihrem Betrieb: Vorrangig sind die Betriebsanleitungen der Pumpenhersteller sowie die vom Ausstattungsreferat der Bundesanstalt THW mit Rundverfügung vom 27. 10. 1972 (Az.: THW 4—624—01) herausgegebenen besonderen Hinweise zu beachten.

● Unfallverhütung: Bevor Pumpen am Schadensort eingesetzt werden, ist zu prüfen, ob die elektrischen Schutzvorrichtungen vorhanden und intakt sind.

● Handhabung: Pumpen stets am Tragbügel anheben und nur mittels Arbeitsleinen ablassen bzw. hochziehen.

● Aufstellung: Pumpen nicht auf losen Untergrund stellen. (Gefahr des Festsaugens). Bohlenstücke, Steine o. ä. unterlegen bzw. Pumpen aufhängen (Verschleiß von Laufrädern, Diffusorringen und Dichtungen wird verhindert). Um hohen Förderstrom zu erzielen, große Eintauchtiefen vermeiden.

● Schlauchverlegung: Schläuche knickfrei und niedrig verlegen. Möglichst B-Schläuche benutzen, um Reibungsverluste gering zu halten.

● Betrieb in der kalten Jahreszeit: Pumpen sind frostsicher, solange sie laufen bzw. vollständig im Wasser eingetaucht sind.

● Reinigung/Wartung: Nach Einsatz Pumpen kurzzeitig in klarem Wasser arbeiten lassen oder durch Druckstutzen ausspülen. Um Standschäden vorzubeugen, vierteljährlich 5 min. Naßbetrieb vornehmen. Mindestens einmal jährlich Pumpen zur Prüfung bzw. Überholung des KatS-Zentralwerkstätten zuführen.

An der KatS-Schule des Bundes — Außenstelle Hoya — finden THW-Sonderlehrgänge am „Ausstattungs-satz Pumpengruppe“ statt, damit bei den Einheiten des THW genügend ausgebildetes Fachpersonal verfügbar ist. Es werden dabei Kenntnisse vermittelt, die für den sicheren und unfallfreien Einsatz sowie für die Instandhaltung dieses Gerätesatzes notwendig sind. Voraussetzung zur Lehrgangsteilnahme sind: Abgeschlossene Vollausbildung der Stufe I des Bergungs- oder Instandsetzungsdienstes (bisherige THW-Grundausbildung), berufliche Qualifikation als Elektriker, Elektro-Mechaniker, Motorenschlosser, Kfz-Mechaniker oder artverwandte Vorbildung sowie Eignung zum Unterführer.

Ein THW-Leitfaden, welcher das gesamte Sachgebiet hinsichtlich Ausbildung, Einsatz und Geräte-wartung geschlossen abdeckt, ist im BzB in Bearbeitung.

### Gründung des OV Oberhausen

Die Gründungsversammlung des THW-Ortsverbandes Oberhausen fand im Saal des neuen Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Oberhausen statt. Ortsbeauftragter Haut begrüßte neben dem ehemaligen Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Lenz (Stuttgart) die Vertreter der Kreisbehörde und der Gemeinde Oberhausen, an der Spitze Bürgermeister Leier mit den Gemeinderäten. Ebenfalls anwesend waren der Leiter des Polizeireviers Philippsburg, Polizeihauptkommissar Beneschek, und die Führungskräfte der anderen Hilfsorganisationen, wie Freiwillige Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband THW Wiesental und des

Fernmeldezuges Kirrlach.

In seiner Begrüßungsansprache gab Ortsbeauftragter Haut einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung. 1966 waren 13 Helfer als Stützpunkt Oberhausen dem Ortsverband Wiesental eingegliedert. Im November 1969 begann der Aufbau eines Zuges in Oberhausen. Zuerst konnte die Ausbildung nur im alten Schulhaus, später im alten Feuerwehrgeräte-raum stattfinden. Im Jahre 1971 wurde vom Landkreis das Anwesen Ripplinger, Raimundstraße 3, angemietet. Sofort machte sich der inzwischen auf 28 Helfer angewachsene Bergungszug an die Arbeit und opferte mehr als 250 freiwillige Stunden für die Neugestaltung der Unterkunft. Die neue Unterkunft verfügt jetzt über eine Großraumgarage, geräumige Werkstatt, Umkleekammer mit Waschanlage sowie einen Gesellschafts- und Lehrsraum.

Haut gab dann das Wort dem ehemaligen Landesbeauftragten für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Lenz aus Stuttgart, der die Ansprache mit einem Referat über Sinn und Aufgaben des Technischen Hilfswerks im Rahmen des Katastrophenschutzes eröffnete.

Dann bestellte er Zugführer Robert Haut zum Ortsbeauftragten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für die Gemeinde Oberhausen. Damit hatte der Ortsverband offiziell seine Gründung erfahren. Bürgermeister Leier überbrachte die Glückwünsche der Gemeinde. Er führte aus, daß der Gemeinde Oberhausen neben einer schlagkräftigen Feuerwehr nun eine weitere tüchtige Schar von freiwilligen Helfern für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehe. Für den Landkreis Karlsruhe sprach Dr. Unverzagt. Auch er überbrachte Glückwünsche zur Ortsverbandsgründung und hofft auf gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis.

### Nachruf

An den Folgen eines Unfalls verstarb unser allseits beliebter Kamerad

#### Hans Stoupal

im Alter von 20 Jahren.

Der Ortsverband Tuttlingen stellte die Ehrenwache und gab des Trauergeleit bei der Beisetzung.

Wir werden seiner ehrend gedenken.

Ortsverband Tuttlingen



## Erfolgreiche Zusammenarbeit in St. Wendel

Als an einem Spätnachmittag in St. Wendel Feueralarm gegeben wurde und THW-Geschäftsführer Haßdenteufel vom Geschäftsbereich V — St. Wendel auf Befragen von der Polizei die Mitteilung erhielt, daß im Sägewerk Schwingel im Oberthal ein Großfeuer ausgebrochen sei, alarmierte er sofort einen Bergungstrupp des OV St. Wendel und beorderte diesen zum Brandort.

Gemeinsam mit fünf Feuerwehren wurde die Brandbekämpfung aufgenommen, wobei das THW die Absperrmaßnahmen sowie die Herstellung und Aufrechterhaltung der Funkverbindungen zur Feuerwehr-Leitstelle, Polizei und DRK-Einsatzstelle übernahm.

Auf Weisung des Landrats wurde ein weiterer Bergungstrupp des THW-OV Theley alarmiert, der einen LKW-Kipper mitführte, um bei der anschließenden Räumung der Brandstelle eingesetzt zu werden. Mit einem Notstromaggregat sowie vier Scheinwerfern des THW wurde die Brandstelle danach ausgeleuchtet, um die Aufräumarbeiten und die Brandwache zu ermöglichen. Der spontane Einsatz des THW durch GF Haßdenteufel hat sowohl bei Feuerwehr als auch bei DRK und Polizei Anerkennung gefunden, so daß bei der Abschlußbesprechung vereinbart wurde, daß künftig bei jedem Brand neben dem DRK auch das THW ausrückt.

## Katastrophenschutzausstellung in Saarlouis

Anläßlich der Saarlouiser Woche, die schon seit Jahren von der Verwaltung veranstaltet wird, um den Bürgern der Kreisstadt Einblick in alle kommunalen Einrichtungen zu geben, wird immer ein reichhaltiges Programm geboten. Sie zieht daher nicht nur die Stadtbewohner, sondern auch viele Bürger der Nachbargemeinden und -städte an. Auftakt der diesjährigen Saarlouiser Woche war eine Katastrophenschutz-Ausstellung, um der Bevölkerung Sinn und Zweck des Katastrophenschutzes näherzubringen und die Möglichkeiten der hierfür geschaffe-

nen Einrichtungen aufzuzeigen. An der Ausstellung auf einer 6000 qm großen Teilfläche des „Großen Marktes“ im Zentrum der Stadt beteiligten sich neben dem THW-OV Saarlouis Feuerwehr, DRK, BVS und DLRG.

Der THW-Ortsverband Saarlouis hatte unter der Leitung von OB Ing. Hesse und Geschäftsführer Werth je einen GWK, MKW, Kombi sowie einen Beleuchtungsanhänger, einen Notstromerzeuger 100 KVA und neben einem Kunststoffboot mit 40-PS-Aubo verschiedene Gerätesätze ausgestellt.

Ein Anziehungspunkt war wiederum die Berkefeld-Trinkwasseraufbereitungsanlage, mit der vorgeführt wurde, wie aus Saarwasser Trinkwasser aufbereitet wird. Ein 30 m langer Trümmersteg und ein Informationsstand rundeten das Programm ab.

Bürgermeister Dr. Heinrich, der gegen Mittag die Ausstellung besuchte, ließ sich in Begleitung von LB Reimann, OB Hesse und GF Werth die einzelnen Fahrzeuge und die ausgestellten Gerätesätze erläutern. Es wurde festgestellt, daß Bürgermeister Dr. Heinrich über die Arbeit im OV Saarlouis sehr gut unterrichtet ist, besteht doch zwischen der Stadtverwaltung Saarlouis und dem THW bestes Einvernehmen.



Das THW zeigte außer den Fahrzeugen auch die Trinkwasseraufbereitungsanlage (im Hintergrund).

Daß die THW-Helfer des OV Saarlouis auch ein offenes Ohr für die Belange der anderen Katastrophenschutz-Organisationen haben, zeigte sich darin, daß sich mehrere Helfer, angeführt von den beiden Gruppenführern E. und H. Wagner, für

die vom DRK durchgeführte Blutspendeaktion zur Verfügung stellten. — Eine lobenswerte Tat.

Am Tage der Eröffnung der Saarlouiser Woche hatte der Bürgermeister zu einer Aktion „Saubere Stadt“ aufgerufen. Daran beteiligten sich auch zwei Gruppen des OV Saarlouis. Außerdem hatte es der OV Saarlouis übernommen, für die insgesamt 300 freiwilligen Helfer dieser Aktion das Mittagessen zu kochen. Die Erbsensuppe mit Wurst fand bei allen Teilnehmern Lob und Anerkennung.

## Schauübung in Saarwellingen

Der DRK-Ortsverband Saarwellingen feierte vor kurzem sein 70jähriges Bestehen und führte aus diesem Grunde zu Beginn der Festlichkeiten mit dem THW und der Freiwilligen Feuerwehr eine Übung durch, um die Gemeinsamkeit dieser drei Katastrophenschutzorganisationen zu demonstrieren und einen Leistungsvergleich anzustellen.

Angenommen wurde, daß in der Hauptschule durch die Unvorsichtigkeit eines Schülers beim Experimentieren während des Chemieunterrichts eine Explosion entstand und einen Brand auslöste, der schnell auf das gesamte Schulgebäude übergriff. Viele Schülerinnen und Schüler waren gefährdet; viele Leicht- und Schwerverletzte zu bergen.

Während die drei Katastrophenschutzorganisationen fast gleichzeitig eintrafen, begann die Feuerwehr unverzüglich mit den Löscharbeiten, während das DRK Zelte für verschiedene Verwendungen errichtete. Den Helfern des THW-OV Saarwellingen war die schwierigste Aufgabe zugefallen. Sie mußten für die Bergung der Verletzten aus dem Obergeschoß eine schiefe Ebene bauen, damit das Herabgleiten mittels Trage erfolgen konnte. Außerdem wurde zusätzlich eine Seilbahn errichtet, um die Bergung noch zu beschleunigen.

Die zahlreichen Gäste, unter ihnen Bürgermeister Hoff sowie Ortsbeauftragter Volker Maurer und der ha. Geschäftsführer für den THW-Betreuungsbereich III-Saarlouis, Rudolf Werth, waren sehr zufrieden mit der Leistung und guten Zusammenarbeit.



## Brücke in Erbringen gebaut

Ein wirklichkeitsnahes Objekt fanden die Helfer des erst am 24. November 1971 gegründeten THW-Ortsverbandes Beckingen, als die bisherige Holzbrücke am Ortseingang von Erbringen über den Mühlenbach erneuert werden mußte. Sie war vorwiegend für Zwecke der Land- und Forstwirtschaft genutzt worden. Nachdem die bisherige, baufällig gewordene Brücke abgetragen worden war, wurden die Fundamente für die Auflager ausgehoben, eingeschalt, mit den notwendigen Baustahlgeflechten versehen und betoniert.

Am nächsten Samstag, einem heißen Sommertag, begannen die eigentlichen Bauarbeiten bereits morgens um 7 Uhr und dauerten den ganzen Tag an. Unter der Leitung des Ortsbeauftragten Ing. W. Schreier, des Gruppenführers Ing. G. Söther und des Ausbildungsleiters G. Müller wurden die Traghölzer eingebracht, der doppelte Fahrbelag aufgelegt und der Handlauf befestigt. Das verwendete Eichenholz, vorher bereits mit einem Holzschutzmittel getränkt, erschwerte die Arbeit. Abends war die 4,50 m lange und 3,80 m breite Brücke fertig.

LB Reimann, der im Laufe des Tages die Arbeiten besichtigte, fand lobende Worte für die gute Arbeit der Helfer und deren Ausbildungsstand. Bei der Übergabe der Brücke bedankte sich Bürgermeister Schwinn mit herzlichen Worten bei OB Schreier und den Helfern des OV Beckingen und hob die vorzügliche Arbeit hervor. Es sei ein beruhigendes Gefühl, so fuhr er fort, daß mit dem THW in Beckingen geschulte Kräfte zur Verfügung ständen, wenn Not am Mann sei.

## 25 Helfer beendeten Vollausbildung I

25 Helfer des THW-Ortsverbandes Nonnweiler legten an einem Wochenende in vier Stunden eine Prüfung als Abschluß der Grundausbildung ab. Zum Zweck der Prüfung waren acht Stationen aus allen Gebieten der Grundausbildung errichtet worden, die nacheinander von allen Helfern, die in kleinen Gruppen zusammengefaßt waren, durchlaufen werden mußten.

Im einzelnen gehörte dazu: Dreibock binden und aufrichten, Aufstellen des Notstromaggregats mit Schein-

werfern und Boschhammer sowie Inbetriebnahme, Einscheren des Greifzuges sowie Transport einer Last von drei Tonnen, Zweibock und Wickelbund, Transport Verletzter auf einer Trage, Arbeiten mit Hydropresse, Zapfen und Zapfloch sowie Abstützungen und Aussteifungen.

TA Faß, der in Vertretung des Landesbeauftragten zur Veranstaltung gekommen war und die Prüfung abnahm, war beeindruckt von dem guten Ausbildungsstand und dankte OB Kaspar, stellv. OB E. Peter sowie den Gruppenführern für die intensiven Bemühungen um die Leistungssteigerung im OV Nonnweiler.

In seinen weiteren Ausführungen ging TA Faß auf die Auswirkungen des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 ein und hob hervor, daß den Aufgaben von seiten des THW nur voll Rechnung getragen werden kann, wenn ein entsprechender Ausbildungsstand erreicht ist.

OB Kaspar, der anschließend noch das weitere Ausbildungsprogramm im OV Nonnweiler darlegte, schloß mit dem Wunsch auf die Beibehaltung der guten Kameradschaft im OV Nonnweiler.

# Bayern



## Stegebau beim OV Dinkelsbühl

Die Helfer des THW-Ortsverbandes Dinkelsbühl hatten in ihr Ausbildungsprogramm auch das Bauen von Hängestegen und Tonnenstegen zur behelfsmäßigen Überbrückung der Wörnitz aufgenommen. Es galt, diese



Auch der Bau eines Hängesteges will gelernt sein.

im allgemeinen Katastrophenschutz wichtige improvisierende Hilfsmaßnahme, die gekonnt sein muß, zu üben. Es war eine Sache, die den Helfern Spaß machte, diesmal von einem schönen Sommertag begünstigt.

## Fahrzeugweihe beim OV Passau

Aufgrund des erweiterten Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 wurde der Fahrzeugpark des Ortsverbandes Passau erheblich verstärkt, außerdem feierte der OV Passau jetzt sein 20jähriges Bestehen. Dies benutzte der Ortsverband, um den verstärkten Fahrzeugpark mit den Ausrüstungsgegenständen der Öffentlichkeit vorzuführen und die neuen Fahrzeuge weihen zu lassen. Schon morgens um 8 Uhr waren die zehn Einsatzfahrzeuge auf dem kleinen Exerzierplatz vorgefahren und standen hier zur Besichtigung frei.

Jonny Goebel, Ortsbeauftragter des THW Passau, begrüßte vor Beginn der feierlichen Zeremonie die zahlreich erschienenen Ehrengäste, darunter die Bundestagsabgeordneten Dr. Fuchs und Fritz Gerstl, Landtagsabgeordneten H. Wösner, als Vertreter der Bundeswehr Oberstleutnant A. Buschkow und als Vertreter der Stadt den Bürgermeister Hans Hösl, ferner zahlreiche Stadträte, Vertreter der verschiedenen Behörden sowie der anderen Katastrophenschutzverbände.

Nach der Weihe der Fahrzeuge durch Stadtdekan F. Kufner überreichte Bürgermeister Hans Hösl neun altgedienten THW-Helfern Ehrenurkunden für die 20jährige Mitgliedschaft beim OV Passau. Weiterhin händigte er sieben Ausweise für die bestandene Vollausbildungsstufe I und Erinnerungsurkunden für die Mitarbeit an den Olympischen Spielen aus.

Im Anschluß an die Ehrungen fand ein niederbayerischer Frühschoppen mit Weißwurst und Weißbier statt.



Hier wurde den Gästen über Sachfragen Auskunft erteilt. Nach dem Mittagessen wurden dann die sieben Sturmboote mit je einem 40-PS-Aubo zur Donau gebracht und eingesetzt. Es folgte nun ein Fahren unter einsatzmäßigen Bedingungen, so daß die jungen Bootsbesetzungen viel von ihrem Können zeigen mußten (Übersetzbewegungen, Fahrgenauigkeit, Retten aus dem Wasser und Fahren im geschlossenen Verband). Während dieser Vorführung hatten sich zahlreiche Zuschauer an der Ortsspitze eingefunden, darunter auch Feriengäste aus dem Ausland. Von vielen dieser Gäste konnte man erfahren, daß sie hellauf begeistert waren von den Leistungen dieser sieben Bootsbesetzungen.



### Ölalarm am Rödelbach bei Kitzingen

Die hohe Technisierung unseres Lebensraumes birgt auch erhöhte Gefahren für unsere Umwelt in sich. Trotz ausgeklügelter Sicherungsmaßnahmen werden sich Fehler oder Pannen nicht immer vermeiden lassen. Um so wichtiger ist es, daß für solche Fälle gut ausgebildete, sachkundige Helfer schnell zum Einsatz bereitstehen, um größere Schäden zu vermeiden und Menschen vor Gefahr zu schützen.

Auf dem Flugplatz Kitzingen war an einer Bunker-Tankanlage am Rande des Rollfeldes ein Schlauch geplatzt. Als der Schaden morgens entdeckt wurde, waren bereits über 20 000 Liter Flugbenzin ausgelaufen.

Durch einen in der Nähe verlaufenden Drainagegraben war der Treibstoff in den Rödelbach geflossen, der 3 km weiter in das Altwasser des Mains mündet. Es bestand also höchste Gefahr für die Verschmutzung des Flusses. Zum Glück hat dieser Treibstoff eine Zündtemperatur von 55° C, so daß keine unmittelbare Explosionsgefahr bestand.

Von den amerikanischen Dienststellen waren die deutschen Behörden nicht verständigt worden, da man mit eigener Hilfe den Schaden beheben wollte. Zwei Stadtgärtner entdeckten die übelriechende Flüssigkeit im Bach und verständigten die Landespolizei. Diese berichtete sofort dem Landrat Dr. Bauer als Katastrophenschutzleiter und alarmierte die Freiwillige Feuerwehr und das Technische Hilfswerk. Nach gemeinsamer Erkundung am

THW-Helfer errichteten Ölsperren auf dem Rödelbach und auf dem Main.

Main und am Rödelbach sowie an der Schadensstelle auf dem Flugplatz — zusammen mit den verantwortlichen Offizieren der US-Army — wurde die Aufgabenteilung festgelegt.

Das THW hatte auf dem Bach und dem Main Ölsperren aus Behelfsbrückengerät zu errichten und den Treibstoff mit Ölbindemitteln zu sammeln. Die Freiwillige Feuerwehr sollte den auf dem Wasser schwimmenden Treibstoff absaugen und zunächst in große Plastikbehälter fördern. Danach sollte das Gemisch in Tankwagen der US-Army umgepumpt werden.

Insgesamt wurden acht Ölsperren unter Mithilfe von US-Soldaten ausgelegt, um in den vielgestaltigen Wasserläufen und bei der großen Menge eine weitere Ausbreitung des Treibstoffes zu vermeiden. Eine Schwierigkeit entstand durch den angestauten Treibstoff unter der Brücke der Bundesstraße 8. Die vielbefahrene Straße wurde wegen einer evtl. Explosionsgefahr von der Polizei vorübergehend gesperrt. Am späten Nachmittag entschied sich die Katastropheneinsatzleitung für das Abbrennen des Flugbenzins auf dem Wasser. Die Feuerwehr übernahm hierbei mit Helfern des THW das Absichern des Ufergeländes und einer Brücke gegen eine Brandausbreitung und zu große Hitzeeinwirkungen auf den Übergang. 15 m hoch schlugen die Flammen, und der Rauchpilz war viele Kilometer weit zu sehen. Da

trotz Sicherungsmaßnahmen einige Bäume anbrannten, mußten sie gefällt werden. Bei Eintritt der Dunkelheit wurde die Schadensstelle durch das THW mit einem Beleuchtungssatz ausgeleuchtet. Ab 24 Uhr übernahm die US-Army die Überwachung und Absicherung der Schadensstelle und des Wasserlaufes.

Am nächsten Tag wurden weitere Reste des ausgelaufenen Treibstoffgemisches zusammengeschoben und wiederum abgebrannt. Danach mußte das Ufergelände gereinigt werden. Außerdem waren die Ölsperren abzubauen und zu verlasten.

Aber auch am darauffolgenden Tage gaben die Katastrophenschutzbehörde und das Wasserwirtschaftsamt erneut Alarm. Aus dem Erdreich in der Nähe der Schadensstelle waren wiederum Treibstoffreste ausgetreten. Es mußten erneut vier Ölsperren gebaut und weiteres Flugbenzin abgesaugt und verbrannt werden, um den Main gegen Verseuchung zu schützen. Erst am frühen Abend war es soweit, daß die Helfer von THW und FFW nicht mehr benötigt wurden, da die größte Gefahr gebannt war. Nur die amerikanischen Pioniere hatten noch die Aufgabe, das verseuchte Erdreich in der Nähe der Bunker-Tankanlage am Rödelbach abzufahren.

Durch schnelles, umsichtiges Handeln war vermieden worden, daß das Trinkwasser der Bevölkerung verseucht wurde oder Gefahr für das Leben vieler Menschen entstand.



Die Lattenablesung für den Punkt D ergibt somit 2,56 m. Der Pfahl D ist auf diese Höhe (Tiefe) einzuschlagen.

Alle weiteren Punkte werden nach dem gleichen Verfahren eingemessen.

**Tafeln oder Einwägen von Ebenen**

[158] Eine Ebene wird eingewogen, indem über das betreffende Gelände ein quadratisches Netz gezogen wird. Die Schnittpunkte der Strecken werden durch Holzpfähle gekennzeichnet, deren Kopfseiten auf bestimmte Höhen gebracht werden.

Die Höhenlage der Pfähle wird mit Hilfe der Zielkreuze durch Tafeln oder mit dem Nivelliergerät eingewogen. Zwischen waagerechten und geneigten Ebenen ist zu unterscheiden.

Aufgabe:

Eine geneigte Geländefläche ABCD ist bis zur Höhe des Pfahles A = 58,76 m ü. N. N. waagrecht aufzuschütten.

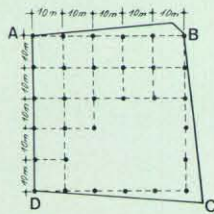


Abb. 107

**Aufschütten einer waagerechten Geländefläche**

Lösung:

Die Strecke AB ist auszustrecken und in Abständen von 10,00 m durch Pfähle zu unterteilen. In allen Punkten der aufgeteilten Strecke AB werden Senkrechte errichtet, die

Der Höhenunterschied zwischen Pfahl A und dem 10,00 m entfernt stehenden Pfahl 1 ist folglich:

$$\frac{100,00 \text{ m}}{4,00 \text{ m}} \cdot 10,00 \text{ m} = 0,40 \text{ m Höhenunterschied}$$

186,66 m ü. N. N. — 0,40 m = 186,26 m ü. N. N.

Sämtliche Pfähle der Netzgeraden 1 bis 2 sind auf die Höhe von 186,26 m ü. N. N. einzuschlagen.

Der Höhenunterschied zwischen Pfahl 1 und 3 beträgt ebenfalls 0,40 m. Demnach ist die Höhenlage von Pfahl 3

$$186,26 \text{ m ü. N. N.} - 0,40 \text{ m} = 185,86 \text{ m ü. N. N.}$$

Die Pfähle der Netzgeraden 3 bis 4 sind auf die Höhe von 185,86 m ü. N. N. zu bringen.

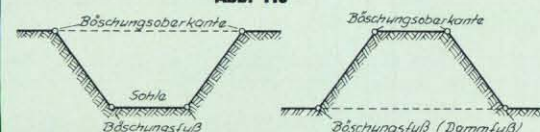
Die Netzgeraden 5 bis 6, 7 bis 8, 9 bis 10 und der Strecke DC sind in gleicher Weise festzulegen.

Das Einebnen des Hanges wird entsprechend der Pfahlkopfhöhen durchgeführt. Die Pfahlhöhen können auch durch Tafeln ermittelt werden.

**Abstecken von Böschungen (Profilieren)**

[159] Der Querschnitt von Abträgen (Gräben) besteht aus der Sohle und den beiden Böschungen, der Querschnitt von Aufträgen (Dämme oder Deiche) aus der Dammkrone und den beiden Böschungen.

Abb. 110



**Böschungen im Abtrag und Auftrag**

eingemessen werden.

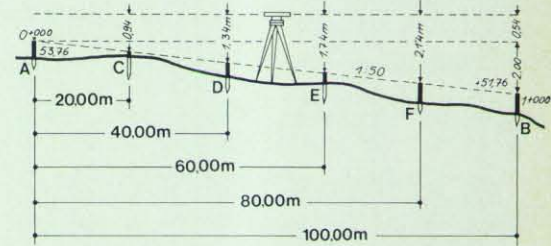
**Einwägen mit dem Nivelliergerät**

[156] Gefälle und Steigung können auch mit Hilfe des Nivelliergerätes festgelegt werden.

Aufgabe:

Zwischen den Stationen 0+000 und 1+000 ist ein Weg durch in Abständen von 20,00 m stehende Höhenpfähle einzuwägen. Gegeben sind Wegachse, Höhenpfahl A in Station 0+000 (53,76 m ü. N. N.) und Höhenpfahl B in Station 1+000 (51,76 m ü. N. N.).

Abb. 105



**Einwägen eines Weges**

Lösung:

In der Wegachse werden zwischen A und B in Abständen von 20,00 m Pfähle geschlagen. Das Nivelliergerät ist in der Mitte der Strecke außerhalb der Flucht aufzustellen.

Die Nivellierlatte auf den Pfahl A aufsetzen und Höhenwert ablesen. Beträgt der Höhenwert z. B. 0,54 m, so ist die Höhe der Ziellinie: 53,76 m ü. N. N. + 0,54 m = 54,30 m ü. N. N.

Anschließend wird der Höhenunterschied zwischen Pfahl A und Pfahl B berechnet:

wiederum in Abständen von 10,00 m durch Pfähle zu unterteilen sind.

Das Nivelliergerät wird in der Mitte der aufzuschüttenden Geländefläche aufgestellt, wo es während des gesamten Meßvorganges verbleibt. Lediglich das Fernrohr wird jeweils in die Richtung der Messung gedreht.

Zunächst wird die Nivellierlatte auf den Pfahl A aufgesetzt und der Höhenwert auf dieser abgelesen (z. B. 1,12 m).

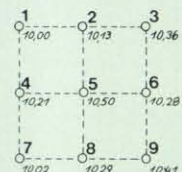
Die Nivellierlatte wird sodann nacheinander auf alle übrigen Pfähle aufgesetzt und diese so weit eingeschlagen, bis der Höhenwert 1,12 m auf der Latte abgelesen werden kann.

Nachdem das gesamte Gelände in seiner Höhe auf diese Weise festgelegt ist, kann das Aufschütten des Bodens bis zur Oberkante der einzelnen Pfähle erfolgen.

Aufgabe:

Ein welliger Geländeabschnitt (geneigte Ebene) ist auf eine mittlere Geländehöhe einzuebnen. Die neue Geländehöhe ist aus der vorhandenen Geländeform zu ermitteln.

Abb. 108



**Einebnen eines welligen Geländes**

Lösung:

Auf dem welligen Geländeabschnitt (Buckelwiese) ist ein quadratisches Netz festzulegen (vgl. Abb. 108). Die Entfernung der Schnitt-



Höhe A = 53,76 m ü. N. N.  
 — Höhe B = 51,76 m ü. N. N.  
 $\frac{2,00 \text{ m Höhenunterschied auf}}{100,00 \text{ m}}$

Das Gefälle errechnet sich nach der Formel:  

$$\text{Gefälle} = \frac{\text{Höhenunterschied}}{\text{Strecke}} = \frac{2,00 \text{ m}}{100,00 \text{ m}} = 1:50$$

Zur Errechnung des Höhenunterschiedes zwischen den einzelnen Zwischenpunkten und dem Anfangspunkt muß die Verhältniszahl des Gefälles der gesamten Strecke bekannt sein. Die Formel lautet:

Höhenunterschied von A nach C =  $\frac{\text{Strecke}}{\text{Verhältniszahl}}$

d. h.  $\frac{20,00 \text{ m}}{50} = 0,40 \text{ m}$ . Punkt C liegt demnach 0,40 m tiefer als Punkt A und 0,40 m + 0,54 m = 0,94 m unter der Höhe der Ziellinie.

Die Nivellierlatte wird auf Pfahl C aufgesetzt und Pfahl C so weit in den Boden geschlagen, bis der Höhenwert 0,94 m mit der Ziellinie identisch ist.

Der Punkt D liegt 40,00 m von Punkt A entfernt. Demzufolge ist seine Höhe niedriger als A, und zwar:

$2 \cdot \text{Höhenunterschied von A zu C} + 0,54 \text{ m}$

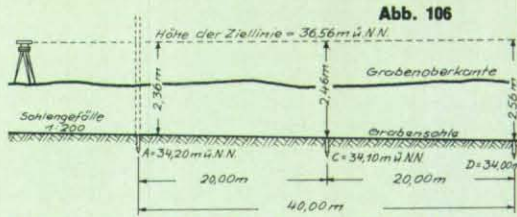
Punkt D liegt somit 1,34 m unter der Ziellinie.

Die Strecke eines Weges kann beliebig lang sein. Das Nivelliergerät ist dann jedoch umzusetzen, die Ziellinie neu festzulegen und der beschriebene Meßvorgang zu wiederholen.

**Einwägen des Gefälles einer Grabensohle**

[157] Aufgabe:  
 Ein Entwässerungsgraben ist mit einem Soh-

lengefälle im Verhältnis 1:2000 anzulegen. Gegeben sind die Achse des Grabens und die Sohlenhöhe am Grabenanfang bei Station 0 +000 (Pfahlhöhe = 34,20 m ü. N. N.).



**Einwägen des Gefälles einer Grabensohle**

Lösung:  
 Das Nivelliergerät wird in einer Entfernung von 3,00 bis 5,00 m von Pfahl A aufgestellt. Die Lattenablesung über Pfahl A ergibt 2,36 m. Daraus ist die Ziellinienhöhe wie folgt zu errechnen:

$34,20 \text{ m ü. N. N.} + 2,36 \text{ m} = 36,56 \text{ m ü. N. N.}$

In der Grabenachse sind bei Punkt A beginnend in Abständen von 20,00 m Punkte einzumessen und durch Sohlenpfähle zu markieren. Der Höhenunterschied zwischen Punkt A und Punkt C errechnet sich aus:

$$\text{Höhenunterschied} = \frac{\text{Strecke}}{\text{Verhältniszahl}} = \frac{20,00 \text{ m}}{200} = 0,10 \text{ m}$$

Die Lattenablesung für den Punkt C ergibt 2,46 m, resultierend aus 2,36 m + 0,10 m Höhenunterschied. In dieser Höhe (Tiefe) ist Pfahl C einzuschlagen.

Der Höhenunterschied zwischen Punkt A und Punkt D errechnet sich aus:

$40,00 \text{ m} : 200 = 0,20 \text{ m}$

punkte (Netzpunkte) richtet sich nach der Beschaffenheit der Geländeoberfläche. Ist diese durch zahlreiche Hügel unterbrochen, so sind kleinere Abstände zwischen den Schnittpunkten zu wählen.

Zur Ermittlung der Höhenlage wird das Nivelliergerät in der Mitte der Fläche aufgestellt und die Höhe des Bodens neben den eingeschlagenen Pfählen gemessen, um die mittlere Geländehöhe zu ermitteln.

Im Beispiel sind neun Geländepunkte eingewogen. Die Lattenablesung ergibt folgende Höhenwerte:

- Punkt 1 = 10,00 m
- Punkt 2 = 10,13 m
- Punkt 3 = 10,36 m
- Punkt 4 = 10,21 m
- Punkt 5 = 10,50 m
- Punkt 6 = 10,28 m
- Punkt 7 = 10,02 m
- Punkt 8 = 10,29 m
- Punkt 9 = 10,41 m

$92,20 \text{ m}$

Aus der Summe der Höhen und der Anzahl der Geländepunkte ist die mittlere Geländehöhe zu errechnen.

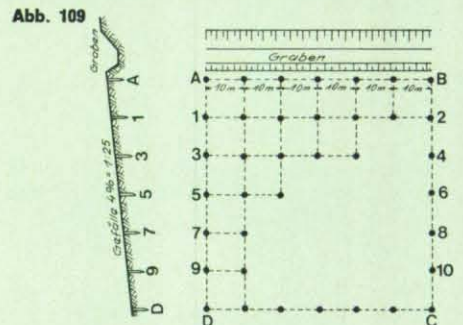
$$\text{Mittlere Geländehöhe} = \frac{92,20 \text{ m}}{9} = 10,24 \text{ m}$$

Auf die Höhe von 10,24 m sind alle Geländepunkte zu bringen und die Pfähle entsprechend einzuschlagen.

**Aufgabe:**

Ein Wiesenhang ist für eine Bewässerungsanlage mit einem Gefälle von 4 ‰ einzu-

ebnen. Gegeben ist ein vorhandener Grabenrand (Strecke AB). Derselbe verläuft waagrecht in einer Höhe von 186,66 m ü. N. N.



**Einebnen eines Wiesenhangs**

**Lösung:**

Auf der Strecke AB sind in Abständen von 10,00 m Pfähle einzuschlagen und von diesen aus ein quadratisches Netz von Pfählen über den Hang zu legen.

Das Nivelliergerät wird in der Mitte der Strecke AB seitlich der Flucht aufgestellt.

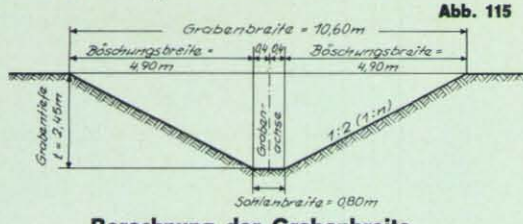
Der Pfahl A wird bis zur Grabenoberkante eingeschlagen. Sodann werden die übrigen Pfähle der Strecke AB auf die Höhe des Pfahles A gebracht.

Die Höhenlage der Pfähle 1, 3, 5, 7 und 9 auf der Senkrechten AD ist zu berechnen.

Nach dem Bauentwurf beträgt das Gefälle 4 ‰. Der Höhenunterschied auf einer 100,00 m langen Strecke beträgt demnach 4,00 m.



Grabens ist zu berechnen.. Gegeben sind im waagerechten Gelände die Grabentiefe ( $t = 2,45 \text{ m}$ ), die Sohlenbreite ( $b = 0,80 \text{ m}$ ) und das Böschungsverhältnis  $1:n = 1:2$ .



**Berechnung der Grabenbreite**

Lösung:

Die Böschungsunterkante liegt von der Grabenachse um die halbe Sohlenbreite ( $0,80 : 2 = 0,40 \text{ m}$ ) entfernt. Die Böschungsbreite wird aus der Grabentiefe und dem Böschungsverhältnis errechnet (Böschungsbreite =  $2,45 \text{ m} \cdot 2 = 4,90 \text{ m}$ ).

Die Entfernung zwischen Böschungsoberkante und Grabenachse beträgt demnach  $0,40 \text{ m} + 4,90 \text{ m} = 5,30 \text{ m}$ .

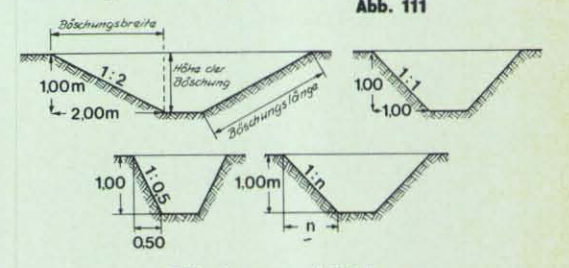
Da das Gelände waagrecht verläuft, sind die Entfernungen beider Böschungsoberkanten von der Grabenachse gleich groß. So beträgt die obere Grabenbreite  $2 \cdot 4,90 \text{ m} + 0,80 \text{ m} = 10,60 \text{ m}$ .

ist ein Graben in geneigtem Gelände zu vermessen, so sind die Böschungsbreiten unterschiedlich. Aus diesem Grunde sind beide Böschungsbreiten gesondert zu berechnen und zu vermarken.

Als Einschnittiefe für die Berechnung der Böschungsbreiten gelten jeweils die entsprechenden Höhen der Böschung  $t_1$  und  $t_2$ .

Beim Graben wird die Schnittlinie der Böschung mit der Sohle als **Böschungsunterkante** oder **Böschungsfuß**, die Schnittlinie der Böschung mit dem Gelände als **Böschungsoberkante** bezeichnet. Bei Dämmen oder Deichen bezeichnet man die Schnittlinie der Böschung mit dem Gelände als **Böschungsunterkante**, **Böschungsfuß** oder **Dammfuß**, die Schnittlinie der Böschung mit der Dammkrone als **Böschungsoberkante**.

Die Entfernung von Böschungsober- und -unterkante — in der Waagerechten gemessen — heißt **Böschungsbreite (B)**.



**Böschungsverhältnisse**

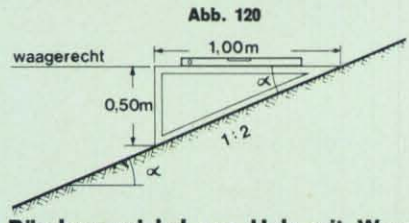
Der **lotrechte Abstand** zwischen Böschungsober- und -unterkante wird als **Böschungshöhe (t)** bezeichnet.

Die Entfernung zwischen Böschungsober- und -unterkante, auf der Böschung gemessen, heißt **Böschungslänge**.

Die **Böschungsneigung** gibt das Gefälle (oder Steigung) der Böschung an und wird in der Regel als Verhältniszahl (1:n), aber auch in Prozenten angegeben. Sie drückt das Größenverhältnis der Böschungsbreite zur Böschungshöhe in Metern aus, z. B.

Höhe der Böschung =  $2,00 \text{ m}$   
Breite der Böschung =  $4,00 \text{ m}$

Als Meßgeräte zum Abstecken der Lehren dienen die für Längenmessungen erforderlichen Geräte wie Setzlatte mit Wasserwaage, Böschungswinkel mit Wasserwaage, Böschungswinkel mit Lot und Skala oder die Böschungswaage.

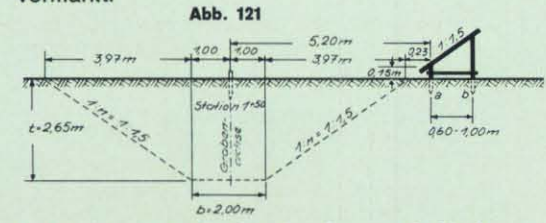


**Böschungswinkel aus Holz mit Wasserwaage**

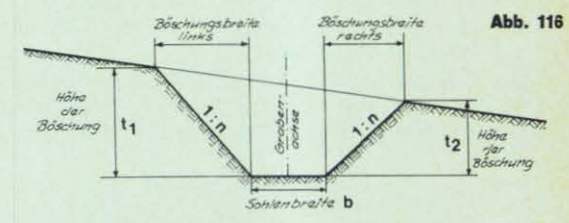
In der Regel ist der Gebrauch von Kreuzscheibe, Winkeltrommel oder Winkelspiegel unumgänglich, um von der Grabenachse aus rechte Winkel zur Böschungsoberkante abzustecken.

**Bau von Lehren für Einschnitte (Gräben)**

[165] Aufgabe: In einem ebenen Gelände sind die Lehren für einen Grabenquerschnitt herzustellen. Gegeben sind die Einschnittiefe ( $t = 2,65 \text{ m}$ ), die Sohlenbreite ( $b = 2,00 \text{ m}$ ) und das Böschungsverhältnis  $1:n = 1:1,5$ . Die Grabenachse ist durch einen Pfahl in Station  $1+500$  im Gelände vermarkt.



**Lehre für einen Graben in ebenem Gelände**

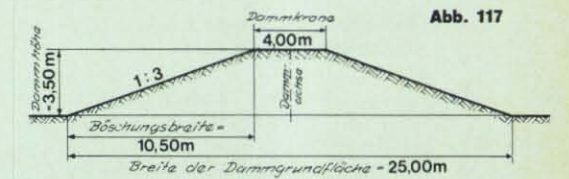


**Berechnung der Grabenbreite in geneigtem Gelände**

**Berechnung der Breite einer Dammgrundfläche** [163] Für die Berechnung der Breite einer Dammgrundfläche sind die Maße der Kronenbreite und der Dammhöhe sowie das Böschungsverhältnis erforderlich.

Aufgabe:

Die Breite der Grundfläche eines Damms in waagerechtem Gelände ist zu berechnen. Gegeben sind die Kronenbreite ( $b = 4,00 \text{ m}$ ), die Dammhöhe ( $h = 3,50 \text{ m}$ ) und das Böschungsverhältnis  $1:3$ .



**Berechnung der Breite einer Dammgrundfläche**

Lösung:

Die Böschungsoberkante liegt von der Dammachse in halber Dammkronenbreite entfernt ( $4,00 : 2 = 2,00 \text{ m}$ ).

Die Böschungsbreite wird aus Dammhöhe und



Formel:

$$\text{Böschungverhältnis} = \frac{\text{Höhe der Böschung}}{\text{Breite der Böschung}}$$

$$\text{oder } \frac{1}{n} = \frac{t}{B}$$

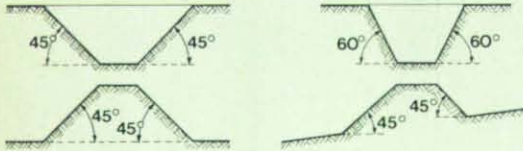
Demnach ist das Böschungverhältnis

$$\frac{\text{Höhe}}{\text{Breite}} = \frac{2,00 \text{ m}}{4,00 \text{ m}} = \frac{1}{2} \text{ oder } 1:2$$

Die allgemeine Bezeichnung für das Böschungverhältnis ist 1:n.

Die Neigung der Böschung wird bisweilen auch mit dem Winkel bezeichnet, den die Böschung mit der Waagerechten bildet. (sog. Böschungswinkel, z. B. 45 Grad).

Abb. 112



Böschungswinkel

**Berechnung der Böschungsbreite (B)**

[160] Aufgabe:

Die Böschungsbreite eines Grabens ist zu berechnen. Gegeben sind ein waagerechtes Gelände, die Grabentiefe (t) von 2,50 m und das Böschungverhältnis 1:n = 1:1,5.

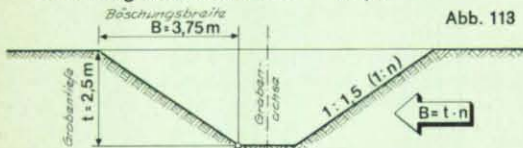


Abb. 113

**Berechnung der Böschungsbreite eines Grabens**

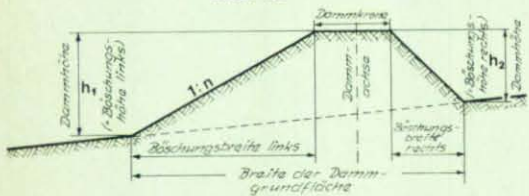
Böschungverhältnis errechnet ( $B = 3,50 \text{ m} \cdot 3 = 10,50 \text{ m}$ ).

Der Abstand der Böschungunterkante (Dammfuß) von der Achse beträgt demnach  $\frac{1}{2}$  Dammkronenbreite + Böschungsbreite =  $2,00 \text{ m} + 10,50 \text{ m} = 12,50 \text{ m}$ .

Die gesamte Dammgrundfläche ist somit  $2 \cdot 12,50 \text{ m} = 25,00 \text{ m}$ .

In geneigtem Gelände sind die Böschungsbreiten verschieden groß. Jede Böschungsbreite ist deshalb gesondert zu berechnen. Als Dammhöhe für die Berechnung der Böschungsbreiten gelten jeweils die zugehörigen Höhen der Böschungen  $h_1$  und  $h_2$ .

Abb. 118



**Unterschiedliche Böschungsbreiten eines Damms in geneigtem Gelände**

**Bau von Böschungslehren für Gräben und Dämme**

[164] Um den Umriss (oder Querschnitt) eines geplanten Erdbauwerkes für die spätere Bauausführung sichtbar darzustellen, werden Böschungslehren hergestellt. Diese werden bei geraden Strecken in Abständen von 25,00 bis 50,00 m, in Kreisbögen alle 5,00 bis 10,00 m errichtet.

Böschungslehren bestehen aus 5 bis 6 cm breiten und 2 bis 3 cm starken Latten (Dachlatten), die an eingeschlagenen Holzpfählen angeheftet werden. Die Länge der Latten und Pfähle richtet sich nach Bodenbeschaffenheit und Böschungs-

Lösung:

Um das Verhältnis der Böschungstiefe zu Böschungsbreite von 1:1,5 umzurechnen, gilt folgende Formel:

$$\text{Böschungsbreite} = \text{Böschungshöhe} \cdot \text{Verhältniszahl}$$

$$\text{oder}$$

$$B = t \cdot n$$

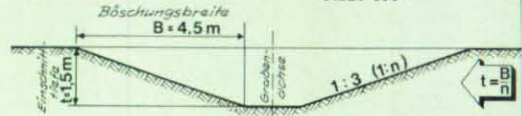
Nach der Formel ist demnach die Böschungsbreite zur Höhe von 2,50 m =  $2,50 \text{ m} \cdot 1,5 = 3,75 \text{ m}$ .

**Berechnung der Böschungshöhe (t)**

[161] Aufgabe:

Die Einschnitttiefe eines Grabens ist zu berechnen. Gegeben sind ein waagerechtes Gelände, die Böschungsbreite  $B = 4,50 \text{ m}$  und das Böschungverhältnis 1:n = 1:3.

Abb. 114



**Berechnung der Einschnitttiefe eines Grabens**

Lösung:

Die Berechnung der Böschungshöhe erfolgt nach der Formel

$$\text{Böschungshöhe} = \frac{\text{Böschungsbreite}}{\text{Verhältniszahl}} \text{ oder } t = \frac{B}{n}$$

Demnach ist die Höhe der Böschung

$$\frac{4,50 \text{ m}}{3} = 1,50 \text{ m}$$

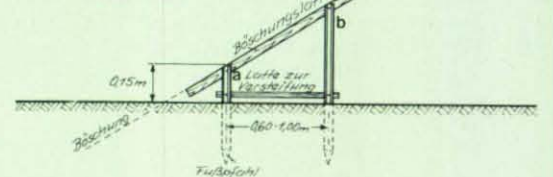
**Berechnung der Grabenbreite**

[162] Aufgabe

Die Breite der Böschungsoberkanten eines

verhältnis.

Abb. 119



Böschungslehre

Die Lehren sind so anzulegen, daß die Oberkante der Böschungslatte die Neigung (Steigung) der Böschung (Einschnitt, Auftrag) angibt.

Der Abstand der Befestigungspfähle beträgt 0,60 bis 1,00 m, wobei der Fußpfahl mindestens 0,15 m aus dem Boden herausragen muß, um das Befestigen der Böschungslatte zu gewährleisten. Der Fußpfahl ist gleichzeitig Meßpfahl und wird in seiner Höhe eingemessen.

Der Standort der Lehren wird durch die Böschungskanten bestimmt.

Die Böschung selbst liegt fest durch

- Oberkante und Böschungverhältnis (bei Einschnitt), Unterkante und Böschungverhältnis (bei Auftrag)
- oder
- Oberkante und Böschungswinkel (bei Einschnitt), Unterkante und Böschungswinkel (bei Auftrag)
- oder
- Unterkante und Oberkante (bei Einschnitt und Auftrag).

In den meisten Fällen ist die Böschung durch Oberkante (Unterkante) und das Böschungverhältnis gegeben.





Ein Foto wird an die Abschiedsfeier der ausscheidenden Kollegin erinnern.

## Abschiedsfeier

Wegen Erreichens der Altersgrenze schied die langjährige Telefonistin des Warnamtes II/Bassum, Frau Margarete Voss, am 31. Juli aus dem Warndienst aus. Um durch die beginnende Urlaubszeit nicht zu sehr behindert zu werden und sich möglichst von allen Mitarbeitern des Warnamtes verabschieden zu können, hatte Frau Voss schon am 30. Mai zu einer Abschiedsparty eingeladen.

Der Vorsitzende des örtlichen Personalrates würdigte nach einer kurzen Begrüßung durch Warnamtsleiter VOR Mehnert die langjährige Mitarbeit von Frau Voss, die dem Warnamt bereits seit dem Jahre 1960, der „Gründerzeit“ des Warndienstes, angehört und sich durch ihre aktive Mitwirkung bei den mannigfaltigen freiwilligen Aufgaben innerhalb der Betriebsgemeinschaft besonders verdient gemacht hat.

Die Mitarbeiter versuchten, sich mit einigen Präsenten in guter Erinnerung zu halten. Allen Teilnehmern wird der harmonische Verlauf dieser Abschiedsparty und auch ihre ausgeschiedene Mitarbeiterin unvergesslich bleiben.

Die Abordnung der Fernsprecherinnen der benachbarten Warnämter überreichten einige Tage später das Abschiedsgeschenk der Kolleginnen und Kollegen.

## In den Ruhestand



Mit Erreichen der Altersgrenze schied am 1. 6. 1973 der langjährige Einsatzleiter des Warnamtes I/Hohenwestedt, Heinz Fritzsche, aus dem Warndienst aus. Fritzsche wurde am

26. 5. 1908 in Leipzig geboren, begann seine berufliche Ausbildung an der Seemannsschule Finkenwerder und fuhr als Matrose auf Segelschiffen und zwei Jahre bei der Hamburg-Amerika-Linie. Nach einem (zweiten) Besuch der Seefahrtsschule Hamburg erhielt er das Patent „Kapitän auf Großer Fahrt“. Nach 1937 war Fritzsche als Navigationslehrer und später als Offizier der Luftwaffe und

Kampfflieger an der russischen Front eingesetzt.

Der „131er“ wurde vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz in den Bundesdienst übernommen und dem Warnamt I zugeteilt. Hier war Fritzsche bis zu seinem Ausscheiden als Einsatzleiter, als Mitarbeiter in verschiedenen Arbeitsgruppen und zeitweilig auch als Vertreter des Warnamtsleiters tätig. Mit ihm verliert das Warnamt I einen bewährten Mitarbeiter, der unter anderem auch an der Herausgabe von Dienstvorschriften mitgearbeitet hat. Langweilig wird es Fritzsche im Ruhestand nicht, denn nun wird er die Möglichkeit haben, sich intensiver seinen verschiedenen Hobbys zu widmen und öfter als bisher auf Fotojagd zu gehen.

## Auszeichnungen

Am 27. Juni wurden in einer Feierstunde in Anwesenheit von mehr als 100 Teilnehmern an 16 verdiente Helfer des Warnamtes VI/Usingen Ehrennadeln und -urkunden überreicht. Überschattet wurde die Feierstunde durch das plötzliche Ableben des Helfers Klaus Kreier im Alter von 23 Jahren, der am 11. Dezember auf eine fünfjährige freiwillige Mitarbeit im Warndienst hätte zurückblicken können.

Stellvertretend für den im Urlaub befindlichen Warnamtsleiter Peterek wurde die Verleihung der Ehrennadeln durch Einsatzleiter Masch.-Ing. Müller vorgenommen, der in einer Ansprache daran erinnerte, daß im Warndienst „ständiges Dabeisein“ eine Voraussetzung für Ehrungen und Auszeichnungen ist. Der Redner fuhr fort: „Wir wissen aber auch, was dieses ständige Dabeisein von Ihnen an Verzicht, Pflichtbewußtsein, Idealismus und an körperlicher sowie z. T. auch an materieller Belastung fordert. Für alle Helferinnen und Helfer sollte die heutige Ehrung Anlaß sein, in ihren Anstrengungen und Bemühungen nicht nachzulassen und den freiwillig eingegangenen Verpflichtungen weiterhin nachzukommen.“



Nach dieser Ansprache überreichte Einsatzleiter Müller die Auszeichnungen an folgende Helferinnen und Helfer:

für 3jährige Mitarbeit das Ehrenzeichen in Silber für Erika Schaller, Helga Schwendel, Ulrich-Jürgen Schaller, Hans-Jürgen Hofmann, Hans Urban und Andreas Mlynek; für 5jährige Mitarbeit das Ehrenzeichen in Gold für Thomas Carle, Michael Klörs und Hans-Hartwig Wendel; für 10jährige Mitarbeit das Ehrenzeichen in Gold mit Eichenlaub für Anita Hüskens, Michael Lang, Klaus-Peter Burghardt, Jürgen Lück, Werner Seebold, Dieter Seidel und Werner Störkel.

Damit sind beim Warnamt VI bisher insgesamt ausgezeichnet worden: mit dem Ehrenzeichen in Gold mit Eichenlaub 25 Helfer, mit dem Ehrenzeichen in Gold 93 Helfer und mit dem Ehrenzeichen in Silber 80 Helfer. Mit großem Beifall wurde das Glückwunschtelegramm des Warnamtsleiters aus seinem Urlaubsort aufgenommen, das folgenden Wortlaut hatte: „Den Jubilaren Dank und Anerkennung; zur verdienten Auszeichnung herzlichen Glückwunsch! Peterek“.

Der Redner schloß mit dem Dank und den Glückwünschen des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz,

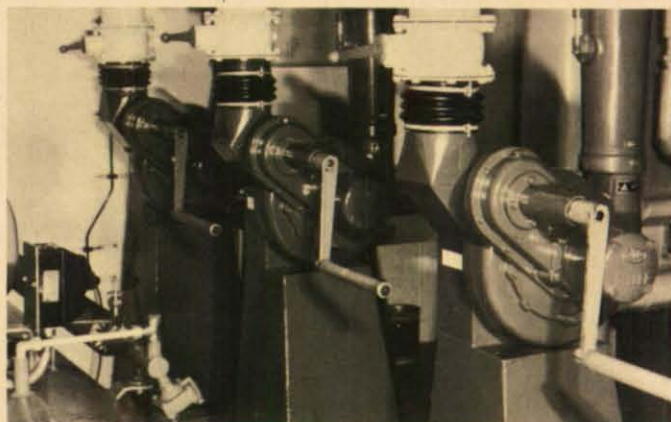
des Warn- und Alarmdienstes und des Warnamtes VI.

### Betriebsausflug

Im April wurde in einer Betriebsversammlung vom Personalrat des Warnamtes VII/Bad Kreuznach um Vorschläge für den Betriebsausflug am 30. Mai gebeten. Die Bediensteten stimmten folgendem Programm zu: Abfahrt von Bad Kreuznach mit dem Bahnbus nach Bingen zur Besichtigung der Weinbrennerei „Scharlachberg“; anschließend mit einem Rheindampfer nach Assmannshausen und Fußmarsch am Niederwalddenkmal vorbei nach Rüdesheim, dort eine längere Rast zum Ausruhen in einer Gaststätte; Rückkehr mit einem Schiff nach Bingen und von dort mit der Bahn nach Bad Kreuznach.

Somit war ein Programm gewählt worden, das jedem etwas zu bieten hatte. Die Mitnahme der Ehefrauen bzw. Ehemänner der Bediensteten des Warnamtes war erwünscht. So beschlossen und verkündet, versammelte sich am 30. Mai um 8 Uhr vor dem Bahnhof in Bad Kreuznach bei strahlendem Sonnenschein ein gutaufgelegtes Völkchen, um eine — wie sich bald zeigte — vom Personalrat des Warnamtes vorbildlich organisierte Reise

anzutreten. Eine reizvolle Landschaft im Spätfrühling mit so bekannten Orten wie Bingen, Assmannshausen und Rüdesheim, Niederwalddenkmal. Zahlreiche Burgen und Burgruinen, der Verkehr und die Industrieanlagen entlang des Rheinstromes zogen die Blicke der die Landschaft durchwandernden Ausflügler vom Warnamt immer wieder an und gaben Anlaß, nicht nur an das Heute, sondern auch an die Vergangenheit dieses herrlichen Landstriches zu denken. Der lange Fußmarsch ging darüber so schnell vorbei, daß die zunächst befürchteten Anstrengungen kaum verspürt wurden. Wohlbehalten und zufrieden fand sich alles zur verabredeten Zeit in einer Gaststätte in Rüdesheim ein. Mit neuen Kräften und in gehobener Stimmung wurde in den Abendstunden die Rückfahrt nach Bad Kreuznach angetreten. Ein schöner Tag echter Betriebsgemeinschaft, fern dienstlicher Obliegenheiten, fand seinen Abschluß. Daß mit Ausnahme des Schichtdienstes alle Warnamtsangehörigen und auch die meisten ihrer Ehefrauen bzw. Ehemänner an dem Betriebsausflug teilgenommen hatten, sei nur am Rande erwähnt. In der Rückschau kann gesagt werden: Es war ein gelungener Betriebsausflug. Dank allen, die sich um sein Gelingen bemüht haben.



Nichts deutet bei einem Warnamt (oben) darauf hin, welch technischer Aufwand unterirdisch notwendig ist, damit die Sirenen (links) aufheulen. Aber auch an die Besatzung muß gedacht werden: handbetriebene Notlüfter (rechts oben) und Heizungsrohre an der Decke (rechts).





# Von der Fürsorge zur Vorsorge

## 8. ASB-Bundestag im Zeichen der Reform

Diskussionen über Reformen der Organisationsstruktur und über die zukünftige Arbeit standen im Vordergrund des 8. ASB-Bundestages, der Pfingsten in Bremen stattfand. Zahlreiche Veränderungen, eine neue Satzung sowie ein der Übernahme neuer Aufgaben angepaßter, erweiterter Bundesvorstand gaben einen zuversichtlichen Start in die nächste Arbeitsperiode.

Bei der Eröffnung des 8. Bundestages stellte der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Koschnik, in seinem Referat „Aufgaben und Verantwortung der Hilfsorganisationen heute“ fest, es gehöre zur Pluralität der Gesellschaft in der Bundesrepublik, freiwillige und unabhängig arbeitende Hilfsorganisationen bestehen zu lassen, die in Kontakt mit den Behörden ihre Aufgaben für die Allgemeinheit durchführen. Andererseits seien sie aber auch entsprechend von der öffentlichen Hand zu unterstützen.

Die Tätigkeit der Hilfsorganisationen habe von Anfang an in einem Wechsel zu den staatlichen Tätigkeiten auf sozialem Gebiet gestanden. Bereits seit Beginn eines staatlichen Lebens gebe es diese Zweigleisigkeit: Auf der einen Seite sei die Hilfe von freien Trägern vorgenommen worden, daneben stand die „kommunale Armenpflege“. Bei seinem Blick zurück in die Geschichte ging Koschnik auf jene Zeit des 19. Jahrhunderts ein, da staatliche Armenpflege dem Bedürftigen lediglich aus Gründen der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt, nicht aber um seiner selbst willen gewährt wurde.

So wäre es nur eine folgerichtige Entwicklung gewesen, daß vor etwa 85 Jahren, zu Beginn der Tätigkeit des Arbeiter-Samariter-Bundes, die Notwendigkeit zur Selbsthilfe bei den Arbeitern bestanden habe. In den Fabriken habe es damals kaum oder

doch nur unzureichend eine Unfallhilfe gegeben. Daher hätten sich die Arbeiter selbst organisiert, um Hilfe leisten zu können.

Doch sei der Arbeiter-Samariter-Bund ein Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sagte Koschnik. Er berichtete darüber sowie über den „brutalen Stopp der Nazis“, nachdem der große Auftrag des Arbeiter-Samariter-Bundes in den Jahren der Weimarer Republik begonnen habe. Nach dem Kriege habe sich dann der

wortungsvolle Sozialpolitik“ betonte er, daß sie sich stärker als in der Vergangenheit von der Fürsorge zur Vorsorge entwickeln müsse. Die Frage nach dem Sinn der ASB-Tätigkeit sei — wie bei anderen freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen — eng mit der Frage nach unserem Verständnis vom Staat verknüpft. Hilfsbereitschaft und tätiges Zusammenwirken bildeten ein „konstruktives Moment“ für eine intakte Gesellschaft und den durch



Von links: Bundesvorsitzender Erich Kirchner, Präsident Kurt Partzsch und Bundesarzt Dr. Wolfgang Riese; im Hintergrund Delegierte.

Arbeiter-Samariter-Bund wieder zu einer profilierten Hilfsorganisation entwickelt. Koschnik: „Gerade hierin sehe ich den Beweis für die durch Terror nicht zu brechende Lebenskraft einer humanitären, demokratischen und sozialistischen Idee.“

Trotz Überbeschäftigung und über zwei Millionen ausländischer Arbeitnehmer, trotz allgemein wirtschaftlich günstiger Bedingungen fänden sich jedoch immer wieder Menschen in der Bundesrepublik, die bittere Not leiden und von der Hilfe anderer abhängig sind. Mit einem Blick auf „verant-

sie begründeten Staat. Koschnik bedauerte, daß die Solidarität den Mitbürgern und das Gefühl des „Mit-für-einander-Einstehens“ heute in einem viel zu geringen Maße vorhanden sei. Um so dankens- und beachtenswerter wäre die aktive Hilfe der freien Wohlfahrtsverbände. Der ASB wie auch seine Unterorganisationen seien im besten Sinne ein Stück lebendiger Demokratie und in ihrem gesamten Spektrum ein Beispiel für eine aktive Beteiligung des Bürgers in einer demokratischen Gesellschaft.



Schon zu Beginn des ASB-Bundestages gab Bundesvorsitzender Erich Kirchner eine Reihe von Resolutionen an die Presse, die noch durch Empfehlungen der Delegierten ergänzt wurden. Zunächst einmal ging es darum, die Finanzierung der Hilfsorganisationen und ihrer Einrichtungen auf eine konkrete Basis zu stellen. Der ASB denkt an die Schaffung einer „Hilfssozialkasse“ in der Art, wie eine solche den Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung steht. In dieser „Hilfssozialkasse“ sollen von der Bundesregierung Mittel bereitgestellt werden, möglichst auch Mittel vom Deutschen Hilfswerk (Lotto und Rundfunkanstalten). Aus dieser Kasse soll es dann den Hilfsorganisationen möglich werden, langfristige, zinsniedrige oder zinslose Darlehen zur Bewältigung ihrer Aufgaben und Vorhaben erhalten zu können.

Als in ihrer bisherigen Form unzureichend findet der Bundesvorstand auch die derzeitige Handhabung der Bußgeldverteilung. Hier ist es allzu sehr von den Entscheidungen des einzelnen Richters und dem Bekanntheitsgrad der Hilfsorganisationen abhängig, wieviel der oft recht hohen Summen wohin fließt. Es wird vorgeschlagen, diese Geldbeträge in einem großen Topf zu sammeln und durch einen Ausschuß an die gemeinnützigen Organisationen verteilen zu lassen. An die Bundesregierung richtet sich ferner der Aufruf, das in Vorbereitung befindliche „Gesetz über die Beförderung von Personen in Kraftwagen“ in einem entscheidenden Punkt abzuändern. Das geplante Gesetz sieht vor, daß als Beifahrer in Krankentransportwagen nur anerkannte Rettungssanitäter zuzulassen sind. Die Ausbildung als Rettungssanitäter ist für einen ehrenamtlichen Helfer nicht zu absolvieren. Rettungssanitäter müssen in der Lage sein, einem Arzt bei der Erstversorgung eines Notfallpatienten assistieren zu können. Das dazu notwendige ärztliche Instrumentarium wird aber nur im Rettungswagen mitgeführt. Doch höchstens 30 Prozent aller Patienten müssen in einem Rettungswagen transportiert werden. Die restlichen 70 Prozent aller Fälle sind herkömmliche risikolose Krankentransporte, für die das Gesetz den sparsamer ausgestatteten Krankentransportwagen zuläßt. Dennoch soll auch in ihm ein Rettungssanitäter mitfahren.

Auch der Einsatz der Zivildienstleistenden ist dadurch gefährdet. Die bis heute geleistete Arbeit der freiwilligen Helfer wird durch das geplante Gesetz als unzureichend hingestellt, die Freiwilligkeit in Frage gestellt und damit auch die Grundlage für den freiwilligen Katastrophenschutz gefährdet. Der ASB spricht sich nachdrücklich gegen diesen Gesetzesentwurf aus, da er den Einsatz ehrenamtlicher Helfer im Krankentransport unmöglich macht. Eine weitere Forderung des ASB-Bundestages ist der Bezug von steuerbegünstigtem Treibstoff für das Rettungs- und Krankentransportwesen. Was der deutschen Landwirtschaft schon lange zugestanden wird, sollte auch für die Hilfsorganisationen gelten. Zu Beginn der am Pfingsttag durch ASB-Präsident Kurt Partzsch eröffneten Arbeitstagung wurde eine Bilanz der letzten drei Jahre gezogen. Zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben stehen 177 Ortsverbände (1970: 165), die in zehn Landesverbände gegliedert sind, zur Verfügung. In diesen Organisationsstufen sind 20 882 (1970: 18 331) Mitglieder tätig. Diese Tätigkeit wird von 700 hauptamtlichen Mitarbeitern (1970: 583) und 177 (1970: 67) Zivildienstleistenden unterstützt. Für die ärztliche und medizinische Betreuung stehen 251 Ärzte (1970: 230) zur Verfügung.

davon 61 476 Einsätze mit Rettungswagen und Notarztwagen. Dabei legten die zur Verfügung stehenden 329 Fahrzeuge 11 Millionen km zurück. Der älteste und ursprünglichste Dienst des ASB, der Samariterdienst bei Veranstaltungen aller Art, hatte 64 073 Einsätze bei 436 476 Hilfeleistungen zu verzeichnen.

Vier neue Altenwohn- und Pflegeheime in Kiel, Berlin und Pirmasens vergrößern die von ASB-eigenen Heimen und Anstalten angebotene Zahl von Betten um 410. In Krankenhäusern und in der Hauskrankenpflege leisteten ehrenamtliche Samariterinnen und Samariter 195 794 Stunden. 196 830 behinderte und bildungsschwache Schüler wurden in Kindergärten und Sonderschulen gebracht.

In der Katastrophenhilfe konnte der ASB im Jahre 1970 in Rumänien, Peru und in der Türkei und zuletzt 1972 mit einer Spende für Nicaragua tätig werden.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Erich Kirchner, Bundesvorsitzender, Frankfurt; Fritz Tepperwien, Bremen, stellv. Bundesvorsitzender; Paul Hax, Köln, Bundeschatzmeister; Dieter Blum, Kassel, Bundestechniker; Dr. Wolfgang Riese, Niedernhausen, Bundesarzt; Gabriele Klühs, Berlin, Beisitzer; Karl-Jörg Wohlhüter, München, Beisitzer; Hilmar Ankerstein, Köln, Beisitzer; Heinz Schwenk, Wiesbaden, Beisitzer;



**Das Tagungspräsidium während seiner Arbeit. Von links: Heinz Nestler (Hessen), Richard Braun (Bayern), Fritz Tepperwien (Bremen), Hilmar Ankerstein (Nordrhein-Westfalen) und Gretl Vogt (Baden-Württemberg).**

In der Berichtszeit von 1970 bis 1973 wurden 149 198 Personen in Erster Hilfe und 236 653 Personen in Sofortmaßnahmen am Unfallort ausgebildet. Im Krankentransport- und Rettungsdienst hat sich der Schwerpunkt auf das Rettungswesen verlagert. Es wurden 461 762 Einsätze gefahren,

Arend Rahner, Köln, Beisitzer; Wilhelm Müller, Köln, Bundesjugendleiter.

In die Kontrollkommission wurden gewählt: Anton Meier, Erlangen; Erika Richter, Berlin; Günter Pawlak, Niedernhausen; Irmgard Seichter, Frankfurt; Gustl Häfner, Mainz.



## Urlaub vom Studium

Johanniter-Schwesternhelferin schreibt aus England



**Johanniter-Schwesternhelferin in einem deutschen Krankenhaus.**

Die Stelle im Bromfield-Hospital in Chelmsford bekam ich ohne große Schwierigkeiten unter der Bedingung, daß ich mindestens ein halbes Jahr als Schwwesternhelferin arbeiten würde. Ich trat meine Stelle am 1. März 1972 mit einem ein bißchen flauen Gefühl in der Magengegend an.

Die erste Zeit war allerdings wirklich nicht leicht, und ich war froh, mir keine großen Illusionen gemacht zu haben. Ich kam auf eine „male geriatric-ward“, d. h. eine Station, in der zumeist alte, z. B. durch Schlaganfälle oder Autounfälle schwer körperlich oder geistig behinderte Männer gepflegt werden. Es sind die „schwarzen Schafe“ der Krankenhäuser, die zu gesund für eine Akutstation sind, aber auch nicht fit genug, um nach Hause oder in ein Heim geschickt zu werden. Viele kamen auch einfach, um zu sterben. Niemand von ihren Angehörigen konnte oder wollte sich mit ihnen belasten.

Die Arbeit war dementsprechend körperlich und vor allem seelisch und nervlich anstrengend, und ich hatte meine zwei freien Tage pro Woche immer dringend nötig.

Morgens nach dem Frühstück rückten wir mit Waschschüsseln, viel Seife, jeder Menge sauberer Bettwäsche und mehr oder weniger Energie bewaffnet

an, um die alten Herren zu waschen, zu kämmen (sofern Haare vorhanden!) und mit krankenhauseigenen Kleidern in einigermaßen gesellschaftsfähige Menschen zu verwandeln. Für einige Stunden war dann die Station immer ein riesengroßes Durcheinander von schmutziger Wäsche, abgezogenen Betten, Bettschüsseln, Rollstühlen, Schwestern und Patienten. Gegen 11 Uhr löste sich das Chaos langsam auf, und alle Opfer unseres Eifers saßen geduldig, apathisch, leise vor sich hinmurmelnd oder laut fluchend im Tagesraum, um auf das Mittagessen zu warten.

Nachmittags dösten die alten Herren dann so vor sich hin. Manchmal machten wir Spiele mit ihnen oder versuchten einfach, sie durch eine oft sehr einseitige Unterhaltung ein bißchen aufzumuntern. Dankbare Sympathiebezeugungen waren dann ein strahlendes Lächeln oder auch ein Kuß auf die Wange, die einen für manchen Kampf, Kratzer und blaue Flecken entschädigten.

Als ich nach drei Monaten, Anfang Juni, auf eine Orthopädie-Station versetzt wurde, war ich sehr glücklich. Auf meiner jetzigen Station werden Knochenbrüche geheilt, Hüften ersetzt, manchmal Nasen verkürzt oder verlängert, kurz, alles kuriert, was mit

Knochen, Gelenken und Muskeln zu tun hat. Die Patienten sind weiblich, männlich, alt und jung, dick und dünn und eigentlich nicht richtig krank. Oft geht es sehr lustig und lebhaft zu. Da die Zimmer zum Gang hin ganz offen sind, besuchen sich die gehfähigen Männlein und Weiblein gegenseitig, klagen sich ihr Leid, helfen sich untereinander, muntern sich auf und überbringen Botschaften. Obwohl die Arbeit viel angenehmer, leichter und interessanter ist, bin ich sehr froh über die Erfahrungen, die ich auf meiner ersten Station gemacht habe. Ich bewundere alle, die Jahre und Jahrzehnte in Heimen für Behinderte arbeiten können, ohne zu verbittern und ohne trotz allem Negativen die Achtung vor dem Patienten zu verlieren.

Der Schwesternberuf ist in England sehr angesehen und recht populär. Es gibt jede Menge Magazine, Witze und Filme für und über Schwestern. Die Ausbildung soll die beste der Welt sein. Mädchen kommen aus vielen Ländern nach England, um sich hier zu qualifizieren. Auch verhältnismäßig viele verheiratete Frauen gehen wieder in den Beruf zurück oder entschließen sich noch zu einer Ausbildung, die ihnen durch besondere Teilzeitarbeitsregelungen und durch Kinderkrippen sehr erleichtert wird.

Die Ausbildung ist einheitlich und ist ausschließlich ausgerichtet auf die Regelung und Anforderungen der staatlichen Institutionen des „National Health Service“, die für Wohl und Gesundheit der Bevölkerung verantwortlich ist. Als „Pupil nurse“ besucht man zwei Jahre die Schule und ist dann eine „State enrolled nurse“. Für die „Student nurse“ beträgt die Ausbildungszeit drei Jahre, und sie hat dann als fertige „Staff nurse“, im Gegensatz zur „SEN“, Aufstiegsmöglichkeiten zur Stationschwester, danach zur „Nursing Officer“ (Aufpasser!), und in besonderen Fällen zur Oberschwester.

Die Nursing Officers gehen von Station zu Station und sehen darauf, daß die Schwestern arbeiten, ordentlich gekleidet sind — Uniform mit Haube, Strümpfe und schwarze Halbschuhe sehr wichtig! —, nichts essen und ansonsten alles in Ordnung geht. Sie kamen mir am Anfang sehr befremdlich vor. Ich habe mich bis jetzt noch nicht richtig an sie gewöhnt.



Aber natürlich wird durch diese Einrichtung der Stand so hoch wie nur möglich gehalten. Eine gute und freundschaftliche Atmosphäre geht allerdings oft dadurch verloren. Die Schwesternhelferin (nursing auxiliary) ist in England so populär wie zu Hause, und man bekommt überall unter gewissen Bedingungen eine Stelle. Die Bezahlung ist allerdings nur halb so gut. Trotzdem genieße ich meine Zeit hier und würde am liebsten noch einmal ein Jahr Urlaub vom Studium machen. Für alle, die an der Adresse interessiert sind: Bewerbungen sind zu richten an Miß Holbrok, Senior Nursing Officer, Broomfield Hospital, Chelmsford/Essex CM15ET, England.

Christine Löbner

### KS-ZUG-Helfer im Warnamt

„Ein Helfer im Katastrophenschutz sollte sich auch über die Aufgaben eines Warnamtes informieren.“ So wurden wir durch den Beauftragten des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Herford auf etwas hingewiesen, was noch nicht so allgemein bekannt ist.

Wir wandten uns an das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) in Bad Godesberg wegen einer Genehmigung zum Besuch des Warnamtes III. Leider können Besuche nur von Montag bis Freitag stattfinden. Die Genehmigung kam, und die Besuchszeit wurde mit dem Warnamt abgesprochen.

Nach einer Fahrt im dicken Nebel in NRW und sonnigem Wetter in Niedersachsen erreichten wir das herrlich am Deister gelegene Warnamt. Trotz des unterirdischen Bunkers mit seiner starken Betonarmierung ist das Warnamt kein militärisches Objekt, sondern unterliegt, genau wie die JUH, der Genfer Konvention. Der Zweck dient ausschließlich dem Schutz der Zivilbevölkerung.

Nach einem Referat von etwa eineinhalb Stunden und einer Führung mit entsprechenden Erklärungen durch alle Räume kamen wir wieder ans Tageslicht.

Im Ernstfall müssen hier in diesem Bunker etwa 300 Menschen mehrere Wochen, abgeschlossen von der Außenwelt, leben. Wir waren uns darüber klar, daß wir lieber im Einsatz stehen möchten, sozusagen an der „Front“, statt in diesem Bunker eingeschlossen zu sein.

Nach gut zweieinhalb Stunden ver-

abschiedeten wir uns und fuhren in unseren Standort zurück. Ich berichte dies, um andere Standorte zu einem Besuch ihres Warnamtes zu ermuntern. Klaus Titgemeyer

### Hubschrauber landet am Bahnhof

Das „Kreisblatt Burgdorf“ berichtete: Einen großen Auflauf und einen erheblichen Verkehrsstau im Bereich Schillerslager Straße/Bahnhofstraße gab es am frühen Dienstagnachmittag, als an der Einmündung der Straße Am Güterbahnhof in die Schillerslager Straße der Rettungshubschrauber „Christoph 4“ landete. Der Hubschrauber war zu einem Verkehrsunfall gerufen worden, bei dem ein 14jähriger Schüler eine Schlagaderverletzung erlitten hatte.

Der Junge war auf seinem Fahrrad die Schillerslager Straße stadtauswärts unterwegs und wurde von einem aus der Straße Am Güterbahnhof kommenden Personenwagen angefahren, dessen Fahrer die Vorfahrt nicht beachtet hatte. Bei dem Zusammenstoß war das rechte Scheinwerferglas des Personenwagens zersplittert und hatte am rechten Bein des Jungen die Schlagader zerschnitten. Ein herbeigerufener Burgdorfer Unfallarzt konnte nach wenigen Minuten die starken Blutungen zum Stillstand bringen. Anschließend wurde der Junge mit dem inzwischen eingetroffenen Rettungshubschrauber in die Medizinische Hochschule Hannover gebracht.

Der Rettungshubschrauber mit JUH-Besatzung war in viereinhalb Minuten am Unfallort.

### 60 Johanniter-Schwesternhelferinnen bei der Fortbildung

Durch beißenden Qualm kämpften sich Schwesternhelferinnen des Johanniterordens in eine Hausruine am Stadtrand von Birkenfeld/Nahe. Das Gebäude war durch eine Explosion erschüttert worden, und es galt, die zum Teil schwerverletzten Insassen zügig zu bergen und den „Opfern“ der „Explosionskatastrophe“ Erste Hilfe zu leisten. Nachdem sie fürs erste versorgt waren, wurden sie von Sanitätern in Sankas verladen, zum Verbandplatz gefahren und von dort per Hubschrauber in die nächstgelegenen Krankenhäuser geflogen. Die Szenerie hätte kaum wirklichkeitsnäher gestaltet sein können, angefangen von der qualmenden Ruine, der Versorgung durch 60 Schwesternhelferinnen des Saarlandes und der Pfalz bis zum Abtransport durch Sanitätsfahrzeuge, die mit Blaulicht und Mehrton durch die engen Straßen der Nahestadt rasten.

Oberarzt Dr. Meineke hatte die Wünsche für die Fortbildung der Dezernentin von Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, Frau Karin v. Oettingen, weitgehend erfüllt und ein außerordentlich interessantes und lehrreiches Programm zusammengestellt. Er erläuterte auch den Schwesternhelferinnen im Anschluß an die Übung, was sie richtig und was sie falsch gemacht hatten.

Der Beauftragte fürs Saarland, RR H. B. v. Bonin, sprach Oberarzt Dr. Meineke und allen denjenigen, die zu dem großen Erfolg der Tagung beigetragen hatten, seinen herzlichsten Dank aus.



Fortbildungsunterricht im Freien. Kritische Augen sehen der Versorgung der „Verletzten“ zu.



## Hubschrauber im Vorteil

Fachleute schildern ihre Erfahrungen vom Boden aus und aus der Luft

Die nachstehenden Referate wurden im Februar dieses Jahres bei einem Symposium in Köln gehalten, das die Möglichkeiten der Flugrettung zum Inhalt hatte. Das ZS-MAGAZIN berichtete hierüber in Heft 4/1973.



Polizeidirektor Schultze, Leiter der Verkehrsüberwachungs-bereitschaft Köln, berichtete über die „Aspekte und Erfahrungen der Polizei beim Einsatz des Rettungshubschraubers“:

Im Bereich der Verkehrsüberwachungs-bereitschaft Köln, in deren Einsatzradius der Modellversuch des Rettungshubschraubers stattfindet, werden z. Zt. rund 320 km Autobahn betreut. Es herrscht eine der größten Verkehrsdichten der Bundesrepublik, sie liegt auf der am stärksten belasteten Strecke im Raume Leverkusen—Königsforst bei etwa 75 000 Fahrzeugen im Jahresdurchschnitt pro 24 Stunden. Der Gesamtdurchschnitt liegt bei ca. 50 000 Fahrzeugen in 24 Stunden. Entsprechend hoch sind die Unfälle. So waren 1972 ca. 3000 schwere Unfälle, davon 1450 mit Personenschaden, dabei 2500 Verletzte und hiervon 900 Schwerverletzte zu registrieren. Schon diese Zahlen

beweisen die Notwendigkeit eines zwar örtlich gebundenen, aber schnellen und wirksamen Rettungsdienstes mit Notarzt und Rettungswagen, und dieses System hat durch den Rettungshubschrauber eine bedeutsame Ergänzung erfahren. Bei diesen geschilderten Verkehrsverhältnissen auf den Autobahnen in diesem Bereich ist fast jeder Unfall mit einer Staubildung verbunden. Man muß wissen, daß bei einer Belastung mit 60 Fahrzeugen/min. in einer Fahrtrichtung der Stau pro Minute um 360 m zunimmt. So heißt das, daß 3,5 km Stau innerhalb von 10 Minuten entstehen. So ergaben sich im vergangenen Jahr über 300 Stauungen, d. h. meldepflichtige Stauungen, die sich auf eine Dauer von 30 Minuten oder länger oder mehr als 3 km erstreckt haben.

Das bedeutet auf der anderen Seite, daß sich in diesen Fällen — und es ist fast immer mit Staubildung verbunden — der Notarzt oder Rettungswagen durch einen Stau bis zur Unfallstelle vorarbeiten muß. Jeder weiß aus Erfahrung, daß die in der Straßenverkehrsordnung gestellte Forderung, in der Mitte eine Gasse für Polizei und Hilfsfahrzeuge zu schaffen, so gut wie überhaupt nicht befolgt wird und daß man eine Gasse erst dann bildet, wenn sich die Rettungsfahrzeuge mit Blaulicht und Martinshorn nähern. Es ist dann meist zu spät, dann muß rangiert werden.

Aus diesen Gründen ist es verständlich, daß der Rettungshubschrauber in einem solchen Fall das ideale Mittel zur schnellen Hilfe für Verletzte ist. Er kann auch die Unfallstelle auf Grund seiner Sicht aus der Vogelperspektive in der Regel wesentlich schneller ausmachen als ein Fahrzeug am Boden. Darüber hinaus sind Falschfahrten, wie sie gelegentlich vorkommen, beim Rettungshubschrauber nicht möglich. Es gibt also kein Umdirigieren und also auch keinen Zeitverlust, der unter Umständen Menschenleben kosten kann.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß auf Autobahnen bei den dort gefahrenen erheblichen Geschwindigkeiten und der großen Gefahr von Folgeunfällen an Stauenden die Stauungen so schnell wie möglich aufgelöst werden müssen. Für die Polizei bedeutet das, daß durch

Landungen, die der Hubschrauber, bedingt durch die Örtlichkeit, z. B. Böschungen oder Bewuchs, auf der Fahrbahn vornehmen muß, die Fahrbahn so schnell wie nur eben möglich wieder zu räumen ist. Denn auch die Neugierigen auf der Gegenfahrbahn — alle haben das schon mal erlebt — bilden eine permanente Gefahr. Die Folgeunfälle auf der Gegenfahrbahn sind dann oft noch größer als die Erstunfälle.

Man muß generell feststellen, daß die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Rettungshubschrauber bisher einwandfrei und reibungslos verlaufen ist. Es sind bisher weder Mißverständnisse noch Fehler beim Anhalten des Schnellverkehrs — und das ist oft sehr gefährlich — entstanden, noch hat es sonst irgendwelche Differenzen gegeben. Darüber hinaus war die Besetzung der Rettungshubschrauber jederzeit in der Lage, über den Funkkontakt die am Boden befindliche Besetzung der Polizei anzusprechen, weil auf dem Dach der Rufname des Fahrzeuges steht. Besonders herauszuheben ist auch noch der außerordentlich günstige Aspekt, der sich dadurch ergeben hat, daß die Zentrale des Rettungshubschraubers auf den Kanal der Polizei geschaltet hat. Dadurch startet der Rettungshubschrauber gelegentlich schon dann, wenn der Verdacht eines Unfalles mit Personenschaden besteht, und ich darf den Extremfall anführen, in dem der Rettungshubschrauber 30 Sekunden nach Alarmierung am Unfallort war. Nach den Erfahrungen der Polizei liegt die generelle Anflugzeit von der Alarmierung bis zur Landung an der Unfallstelle zwischen 3 und 10 Minuten im genannten Bereich. Damit ist die Möglichkeit einer schnellen ärztlichen Versorgung von Unfallverletzten seit der Indienststellung des Rettungshubschraubers und besonders in den Bereichen außerhalb des Autobahnringes um Köln noch erheblich verbessert worden.

Obwohl bisher in dieser Hinsicht noch keine Schwierigkeiten entstanden sind, wird es doch für unbedingt erforderlich gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Piloten der Hubschrauber über detaillierte Kenntnisse hinsichtlich der Verhältnisse auf der Autobahn verfügen sollten, d. h. über die BAB-



Kilometrierung, Benennung der Kreuze, Anschlußstellen und Autobahnwachen informiert sein müßten, um Rückfragen zu verhindern. Es hat bisher noch keine Schwierigkeiten gegeben, aber es ist hier zu erwähnen, um in der Ausbildung später darauf hinweisen zu können.

\*



Oberst Knorr, Kommandeur der Grenzschutz-Fliegergruppe, Hangelar, sprach über die „Technischen Anforderungen bei Krankenhäusern und am Notfallort“:

Hier sollen behandelt werden die rechtlichen Voraussetzungen, dann die Lage des Platzes, die Beschaffenheit, die Größe, die Ausstattung, mögliche Gefahren und evtl. Hilfen, die die Hubschrauberbesatzung erfahren könnte. Der ideale Landeplatz am Krankenhaus soll als solcher einwandfrei gekennzeichnet sein. Seine An- und Abflugzonen sollen frei von Baumbestand sein. Bei der Gesamtbeurteilung der Anlage eines Platzes sollten jedoch neben den Aspekten aus fliegerischer Sicht auch die aus medizinischer Sicht nicht unberücksichtigt bleiben. Hierbei sollte zu Gunsten des Patienten und einer optimalen Versorgung der Landeplatz möglichst so nahe am Krankenhaus liegen, daß bei schlechtem Wetter nicht ein zusätzlicher Transport mit einem Krankenwagen vom Landeplatz bis ans Krankenhaus direkt erfolgen muß. Ein entscheidender Faktor als die Größe des Landeplatzes ist in jedem Falle der hindernisfreie Anflug. Wo sich dieser hindernisfreie Anflug nicht bietet, sollte man in jedem Falle die Möglichkeit eines Dachlandeplatzes in Erwägung ziehen. Die Oberfläche eines Landeplatzes sollte aus einer staubfreien Decke bestehen und die Zufahrtswege hierzu gekennzeichnet sein. Die Kennzeichnung des Landeplatzes erfolgt auf vorgeschriebene Art, daß er für den Nachtanflug durch eine Unterflurleuchtung beleuchtet werden sollte. Das Anlegen von Landetüchern stellt eine der allergrößten Gefahren dar, die fast nicht mehr auszumerzen ist, weil jeder meint, es besonders deutlich und gut machen zu müssen. So werden solche Tücher ausgelegt, die dann noch mit Steinen befestigt werden. Diese Tücher fliegen dann einschließlich der Steine um den Hubschrauber herum, werden vom Rotor zerschlagen,



**Schwerer Unfall auf einer Bundesautobahn. Rettungs- und Krankenwagen sind bereits eingetroffen, der angeforderte Hubschrauber ist gelandet. Unser Bericht zeigt, welche Voraussetzungen sich aus der Erfahrung inzwischen ergeben haben.**

können angesaugt werden und gefährden somit nicht nur die Maschine, sondern auch das fliegende und das herumstehende Personal. Eine sehr gute Hilfe beim Landeanflug ist ein kleiner Windsack oder, falls dieser nicht angebracht ist, sollte man evtl. kleine Rauchwürfeln werfen, um dem Piloten die Windrichtung anzuzeigen. Es muß nicht sein, aber es hilft sehr.

Günstig wirkt sich beim Landeplatz eine natürliche Absperrung durch niedriges Buschwerk oder durch eine Gartenanlage aus. Allerdings sollte auch vom Krankenhaus her für eine Absperrung gesorgt werden, da genesende Patienten häufig interessierte Besucher am Landeplatz sind. Eine einfache Absperrung oder das Krankenhauspersonal sollten gewährleisten, daß sich keiner dieser Zuschauer beim Landeanflug in den Landungsbereich des Hubschraubers begibt.

Am Notfallort ist die Situation eine andere, da hier keine technischen Forderungen gestellt werden können. Wenn schon keine technischen Forderungen gestellt werden können, so könnte man jedoch auf Umwegen Hilfe erhalten durch denjenigen, der zuerst am Landeplatz am Notfallort

ist. Hierbei machen zunächst Stromleitungen oder Telefonleitungen zu schaffen, da sie gegen den Himmel zwar gut sichtbar, von oben jedoch gegen den grauen Boden kaum erkennbar sind. Sie stellen für einen Flieger kein Problem dar, wenn er sie erkannt hat. Sie werden nur gefährlich, wenn sie nicht erkannt werden. Der Pilot kann mit seiner Maschine unter der Leitung durchfliegen, er kann auch unter der Leitung landen, nur sollte er beim Landeanflug möglichst auf diese Leitungen hingewiesen werden. Dies geht natürlich nur, wenn eine Funkverbindung vorhanden ist. Besteht keine Funkverbindung, so sollte der Pilot durch Einwinken auf eine freie Landestelle aufmerksam gemacht werden.

Kranken- und Rettungstransportwagen sollten wie die Einsatzfahrzeuge der Polizei und des Bundesgrenzschutzes auf dem Dach mit Rufname und Funkkanal gekennzeichnet sein, damit die Besatzung des Hubschraubers direkten Kontakt mit der Besatzung dieser Fahrzeuge aufnehmen kann. Diese kleinen technischen Forderungen sollte man wohl schaffen, um diesen Männern bei ihrer Arbeit, bei ihrem Dienst am Nächsten, beim Dienst an uns, ein wenig die Arbeit zu erleichtern.





## AKTUELLE NACHRICHTEN

### Vorratshaltungskampagne in China

Die bisher in der Volksrepublik China geltende Parole: „Vorbereitetsein für den Kriegsfall, auf Naturkatastrophen, alles für das Volk tun!“, mit der Katastrophenschutzmaßnahmen begründet wurden, hat eine Spezifizierung erfahren. Die neue Weisung Maos lautet: „Die Stollen tief graben, überall Getreidevorräte anlegen!“

Damit ist eine Vorrangstellung für den Schutzraumbau und die Vorratshaltung von Getreide deutlich gekennzeichnet.

Eine Großbrigade in der Provinz Hupeh hat einer Meldung von JEN MIN JIH PAOH zufolge nicht nur erhebliche kollektive Getreidevorräte angelegt, sondern auch die Anlage von individuellen Vorräten veranlaßt. Ende 1972 hatte jeder Haushalt durchschnittlich 600 kg Getreide eingelagert. Der kollektive Vorrat — der Vorrat nach Ablieferung an den Staat — betrug allein im Jahre 1972 60 000 kg. Meldungen ähnlicher Art zeigen, daß überall im Lande die Parole befolgt wird und Vorratslager angelegt werden.

### Desinteresse am US-Zivilschutz?

Der amerikanische Professor Nehnevajsa hält einschlägige Berichte amtlicher Stellen in den USA, in denen behauptet wird, daß sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten an allen Zivilschutzmaßnahmen sehr desinteressiert zeige, für übertriebene Schwarzmalerei. Er zieht dabei die Ergebnisse einer im Jahre 1972 durchgeführten Umfrage als Beweis heran. Danach haben 85,4 Prozent der Befragten die Notwendigkeit des Baues öffentlicher Schutzanlagen bejaht. Über 50 Prozent seien zu einer freiwilligen Mitarbeit

im Zivilschutz bereit gewesen. Der gleiche Personenkreis war sogar zu einer unentgeltlichen Mitarbeit beim Bau von Schutzräumen bereit. Die überwiegende Mehrheit der Eigentümer von Gebäuden sei zudem bereit, einem Ausbau und einer Benützung ihrer Kellerräume als öffentliche Schutzbauten zuzustimmen.

Als Voraussetzung für die Durchführung solcher Maßnahmen sei allerdings eine „wirkliche politische Führung“ genannt worden.

Hinsichtlich der Höhe des vom amerikanischen Staat aufgewandten Betrages für den Zivilschutz sei es allerdings zu einer erheblichen Fehleinschätzung gekommen. Die an der Umfrage beteiligten Bürger hätten in der überwiegenden Mehrzahl angenommen, der Staat wende jährlich etwa 700 Millionen Dollar für den Zivilschutz auf, tatsächlich liege dieser Betrag jedoch bei nur knapp 80 Millionen Dollar.

### Bestürzende Teilnahmslosigkeit

In beschämender Weise häufen sich in letzter Zeit die Fälle, in denen durch die Gleichgültigkeit der Zuschauer verletzte Menschen nicht nur zusätzlich gefährdet werden, sondern die Helfer bei der Hilfeleistung selbst behindert werden.

In Köln wurde die Durchführung einer lebensrettenden Operation an einem Schwerbeschädigten im Notarztwagen dadurch gefährdet, daß Zuschauer das Fahrzeug von außen erkletterten und der Arzt infolge der Erschütterungen nicht arbeiten konnte.

In München wurde ein überfahrenes sechsjähriges Kind einfach zur Seite gelegt, kein Gaffer kümmerte sich um das verletzte Kind. Als ein in der Nähe wohnender Feuerwehrmann, der den Unfall beobachtet hatte, mit einer Herzmassage den Jungen ins Leben zurückrief, applaudierte man in der Zuschauermenge — wie im Zirkus.

Nur zwei Fälle von vielen — und man kann dieser Entwicklung nicht Herr werden, so sieht es jedenfalls aus. Wann greift man einmal rücksichtslos durch und zieht die Gaffer zur Rechenschaft. Es genügt nicht mehr, entsprechende Verordnungen zu erlassen; man muß sie auch anwenden. Selbst auf die Gefahr hin, daß ein Polizeipräsident, der solche Maßnahmen vertritt, unbeliebt wird.

### Idealismus hilft Leben retten

Mit einem hohen Einsatz an Idealismus vollbringen die Helfer der freiwilligen Rettungsorganisationen jährlich eine Vielzahl von echten Rettungseinsätzen.

Die Bayrische Bergwacht mußte im Sommer des Jahres 1972 in insgesamt 2 200 Fällen Erste Hilfe leisten und konnte dabei 413 Kletterer aus Bergnot retten. Die Kosten solcher Hilfsorganisationen schlagen mit erheblichen Beträgen zu Buche. Für ihre persönliche Ausrüstung kommen die Retter der Bergwacht selbst auf, nur das Bergungsgerät wird vom Roten Kreuz gestellt.

4 500 Mitglieder zählt die Bergwacht in Bayern. Bei Rettungseinsätzen erhalten sie lediglich einen Verdienstaufschlag von 6,70 DM je Stunde. Mit ähnlichem Idealismus sind auch die Helfer der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft im Einsatz. Neben 598 Rettungseinsätzen, bei denen in 251 Fällen Wiederbelebungsversuche angestellt werden mußten, leisteten die Helfer in 45 294 Fällen Erste Hilfe. 4 057mal wurden dabei Wassersportler aus Gefahren im nassen Element geborgen. Die Retter gerieten dabei in 71 Fällen selbst in Lebensgefahr.

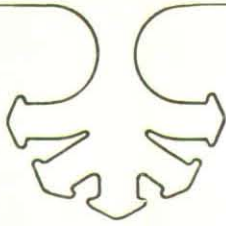
### Wasser vom Vulkangipfel

Täglich 215 Millionen Liter Wasser sollen künftig von den Berghängen des Ätna abgemolken werden. Dieses Wasser soll für Sizilien eine Epoche wirtschaftlicher Entwicklung einleiten, die bisher nur erträumt werden konnte. Dabei wird nur ein natürlicher Vorgang wirtschaftlich genutzt, den man bisher unbeachtet ließ und der nun mit Hilfe moderner Technik realisiert werden kann.

Das aus den Schneemassen des Ätna stammende Wasser, welches bisher ungenutzt versickerte und bestenfalls einigen Orangenhainen am Fuße des Vulkans Leben spendete, soll künftig in unterirdischen Galerien im Gestein eingefangen und zur Versorgung weiter Gebiete nutzbar gemacht werden.

Um dabei im ständig bewegten Untergrund des Vulkans eine sichere Leitung legen zu können, werden Großrohre aus der Bundesrepublik verwendet, die stärksten Beanspruchungen standhalten. Es handelt sich dabei um Rohre aus einem speziellen Gußeisen, welches stahlähnliche Eigenschaften hat.





## Presseschau des Inlands

### Überlebenstechnik rettete Schiffsbrüchige

In der Vergangenheit studierte Maurice Bailey sehr intensiv die „Überlebenstechnik“ anderer Schiffbrüchiger; als er jetzt selbst bei einer Weltumsegelung im Pazifik Schiffbruch erlitt, rettete dies ihm und seiner Frau das Leben. Nach 117 Tagen wurde das Ehepaar in seinem Schlauchboot von einem südkoreanischen Fischdampfer gerettet.

Vor der Küste von Ecuador geriet die Neun-Meter-Yacht des Ehepaares Bailey in einen Sturm und sank. Das Ehepaar rettete sich in ein winziges Schlauchboot und trieb mit diesem 117 Tage lang auf dem Meer. Dem Hungertod entgingen sie dadurch, daß sie aus einer Nadel einen Angelhaken zurechtbogen, mit dem sie Wasserschildkröten, kleinere Haie und andere Fische ins Boot zogen, deren Fleisch sie verzehrten. Mit Regenwasser, welches sie in einem Stück Segeltuch auffingen, löschten sie ihren Durst. Unter sengender Sonne war das winzige Schlauchboot vier Monate lang ein Spielball der Wellen und trieb in dieser Zeit 1 200 Seemeilen weit bis auf die Höhe von Guatemala.

### Gemeinschaftskunde-Unterricht

Die Befürchtungen, die Landesregierungen würden bei ihren Erlassen über die Themen, die zum Gemeinschaftskunde-Unterricht zählen, dem sogenannten Wehrkunde-Unterricht einen Vorrang einräumen, sind zumindest in Niedersachsen unbegründet. Dem seit Juni 1971 vorliegenden Entwurf war eine diesbezügliche Tendenz nachgesagt worden.

Das Kultusministerium betont, bei diesem Entwurf handele es sich nicht um einen Wehrkundeerlaß; dieser

vordergründige, der Technik und der Ideologie der Verteidigung entlehnte Begriff umfasse gerade das nicht, was der Entwurf darstellen solle. Die Probleme der Friedens- und Sicherheitspolitik sollen nach der Intention des Kultusministeriums kein Sondergebiet im Gemeinschaftskunde-Unterricht darstellen. Sie müssen sich zwanglos und sinnvoll aus dem Gesamtzusammenhang von Gesellschaft, Staat und Politik entwickeln lassen.

(Stuttgarter Zeitung)

### Erst helfen – dann diskutieren

Über 19 Millionen Menschen sind in den Gebieten am Südrand der Sahara — Senegal, Mauretanien, Mali, Obervolta, Niger und Tschad — von der größten Dürrekatastrophe betroffen, die man hier jemals kannte. Die Todesdrohung gilt für Wüstenbewohner und für Städter, nachdem es kaum möglich sein wird, erhebliche Teile der Viehherden — etwa 20 Millionen Stück — zu retten. Die von außen her noch mögliche Hilfe sollte allerdings unverzüglich und nachdrücklich einsetzen — bisher wurde zuviel Zeit mit nutzlosen Diskussionen über Zuständigkeiten vertan.

Erste Hilfsgüter, die aus aller Welt schon eingetroffen waren, sind weitgehend aufgebraucht. Inzwischen suchen Techniker und humanitäre Vereinigungen nach Möglichkeiten für weitere Hilfe. Der Erzbischof von Obervolta, Kardinal Zougrana, propagiert einen Plan, nach dem allein im Sahel-Gebiet in den nächsten Monaten 3 000 bis 4 000 neue Brunnen bis zu Tiefen von 300 Metern gebohrt werden sollen. Man könne nur helfen, wenn man die Ursache der Trockenheit bekämpfe, dies aber sei die Wasserknappheit in weiten Gebieten. Im Abendland müsse man verstehen, daß das Bohren nach Wasser für die Afrikaner genau so wichtig sei, wie für Europäer das Bohren nach Öl.

(Westdeutsche Zeitung, Essen)

### „Punkt“-Kontrolle bei Tiefkühlkost

Tiefkühlkost in der Vorratshaltung war bisher immer eine kritisch betrachtete Angelegenheit, weil es keine sichere Methode gab, zu gewährleisten, daß die Kühlkette ohne Unterbrechung funktionierte, und weil

es dem Endverbraucher nicht möglich war, eine unsachgemäße Unterbrechung festzustellen.

In Schweden ist jetzt ein sogenannter „I-Punkt“, ein Farbpunkt, ins Gespräch gekommen, der anzeigt, ob Tiefkühlkost auch richtig und einwandfrei gepflegt wird. Der Farbpunkt, der auf den Etiketten der Tiefkühl-Packungen angebracht wird, verändert sich, wenn die Ware — und mit ihr der Punkt — bei der Produktion, beim Transport oder bei der Lagerung ungeeigneten Temperaturen ausgesetzt wird.

Für den Verbraucher heißt das, er kann prüfen, ob die Ware noch einwandfrei ist oder etwa bei Fehllagerung in den Truhen — über die Beschickungsgrenze hinaus oder in stark vereisten Truhen — ihre einwandfreie Beschaffenheit eingebüßt hat.

Allerdings, Mängel der Ware, die von Beginn der Bearbeitung an vorhanden waren, kann der „I-Punkt“ auch nicht sichtbar machen. Der Kaufmann, der den „I-Punkt“ lange unverändert erhalten will, muß die Ware beim Transport und bei der Lagerung sehr sorgfältig behandeln.

(Verbraucherdienst, Köln)

### Internationale Katastrophen- Übung

Man will eine Katastrophe, die drei Länder betreffen könnte, nicht nur durchspielen, man will den Ablauf dieser „internationalen“ Katastrophen-Übung auch filmen. Es geht um eine — angenommene — drohende Ölverseuchung des Bodensees. Das Drehbuch wurde im Innenministerium von Baden-Württemberg geschrieben.

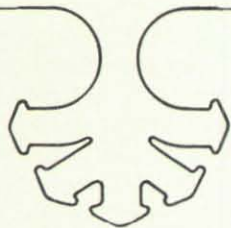
Mehrere Filmteams sollen während der Mitte September stattfindenden Übung festhalten, wie die Stützpunktwehren der Anliegerstaaten mit der (angenommenen) Misere fertig werden.

Bei Wangen ist — so die Übungslage — ein Güterzug über eine Eisenbahnbrücke gestürzt, Benzin und Öl treiben über die Argen dem Trinkwasserspeicher Bodensee entgegen. Es soll verhindert werden, daß das Treibgut den See erreicht; dazu ist nötig, daß internationale Gemeinschaftshilfe geleistet wird.

Den Regisseuren der Katastrophen-Übung erscheint es also wichtiger, über die Grenzen hinweg Alarm zu funken, als Ölbinder und Sperren aufzubringen.

(Weser-Kurier, Bremen)





## PRESSESCHAU DES AUSLANDS

### Aufgaben des Industrieschutzes

#### Industrievern - hva er det ?

Das in Norwegen gültige Gesetz über den Zivilschutz stammt aus dem Jahre 1953 und schreibt für die Industriebetriebe des Landes bestimmte Schutzmaßnahmen vor.

Diese Maßnahmen sind sowohl als Vorsorge für einen Kriegsfall als auch für Schadensfälle in Friedenszeiten gedacht. Für die Durchführung ist der Industrieschutz verantwortlich, der bereits im Jahre 1938 — in diesem Jahre wurde das erste norwegische Zivilschutzgesetz erlassen — auf Grund einer Initiative des

norwegischen Industrieverbandes gebildet wurde. Über 1 400 Betriebe sind gegenwärtig zivilschutzpflichtig und verfügen über eine entsprechende Industrieschutzeinheit. Die Gruppierung — Brandschutz, Kommunikation, Ordnungsdienst, Gas-/ABC-Schutz, Sanitäts-/ Rettungsdienst — legt das Hauptgewicht auf den Brandschutz und den Sanitäts- und Rettungsdienst.

Die Aufgabe des Industrieschutzes besteht im Frieden u. a. im Aufbau und im Training der Organisation, im Brandschutz und der Unfallverhütung, in der Schadensbeseitigung und in vorbereitenden Maßnahmen für den Fall einer allgemeinen Krisensituation. Hierzu gehören auch der Bau und die Einrichtung von Schutzanlagen. Im Kriegsfall soll der Industrieschutz zur Beseitigung von Schäden und zu Aufräumarbeiten eingesetzt werden; dabei soll auch Erste Hilfe geleistet werden. Die geplanten Schutzmaßnahmen sind darauf abgestellt, daß die Produktion weiterläuft. Auch zur Nachbarschaftshilfe in anderen Betrieben und zur Hilfeleistung beim Zivilschutz ist der Industrieschutz gedacht.

(Oslo, Nr. 5/1972)

### Volksmiliz in der Zivilverteidigung

#### MLADA FRONTA

M. Novak, der Chef des Hauptstabes der Tschecho-slowakischen Volksmiliz, betonte in einem Interview, daß vom gesellschaftspolitischen Gesichtspunkt her die Volksmiliz-Einheiten in der Zivilverteidigung ein spezifischer Teil des Verteidigungssystems des Staates seien. Das setze voraus, daß alle Angehörigen der Volksmiliz sich auch aktiv für diese Ziele engagieren und im öffentlichen Leben sowohl wie bei der Erfüllung ökonomischer Aufgaben sich durch eine große Initiative auszeichnen.

„... verlangen wir, daß sie alle ihre Aufgaben beherrschen. Die Grundaufgaben der Zivilverteidigung sind vom XIV. Parteikongreß abgesteckt worden. Es sind dies eine weitere Steigerung der Einsatzfähigkeit, der politischen Bereitschaft und eine Sicherstellung des Bedarfs an Mannschaften und Material. Daraus ergibt sich auch eine Gewährleistung der Zivilverteidigung und die Stärkung der Organisation.“

(Prag, 13. Februar 1973)

### Preiswerte Gasschutzhauben



Das dänische analytisch-technische Labor der Zivilverteidigung an der dänischen pharmazeutischen Hochschule hat in mehrjähriger Forschungsarbeit eine einfache und preiswerte Gasschutzhaube entwickelt, die Kopf und Atemwege ihres Trägers gegen Kampfgase schützt. Diese Gasschutzhaube soll ein wesentliches Element der Zivilschutz-Bereitschaft gegen chemische Kampfstoffe werden und die teureren Volksgasmasken ersetzen.

Eine Massenproduktion in entsprechender Größenordnung vorausgesetzt, wird der Stückpreis für diese Gasschutzhaube mit etwa 8 Dänenkronen angenommen. Nachdem die Entwicklungsarbeit im Labor beendet ist, wurde das Ergebnis dem dänischen Innenministerium vorgelegt.

Der eigentliche Zweck der Schutzhaube wird darin gesehen, ihrem

Träger einen vorübergehenden Schutz zu gewähren. In dieser Zeit soll er einen Schutzraum erreichen oder sich aus einem verseuchten Gebiet heraus in Sicherheit bringen können.

108 Versuchspersonen beteiligten sich an der letzten Erprobung der Gasschutzhaube. Dabei wurde ihre Dichtigkeit und die Fähigkeit der Versuchspersonen, sich bei aufgesetzter Haube orientieren zu können, getestet. Diese Versuche sind zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Auch die Hörfähigkeit wurde nicht beeinträchtigt.

(Kopenhagen, Nr. 1/1973)

### Besondere Probleme auf dem Lande

#### Sivilt Beredskap

Wenn man die Entwürfe der Kreisstellen durchliest, hat man den Eindruck, der Zivilschutz sei hauptsächlich für die Gemeinwesen bestimmt, die einen städtischen Charakter haben. Man hat das Gefühl, nur wenige Verantwortliche hätten begriffen, daß der ländliche Bereich spezielle Vorsorge-Probleme hat. Man sollte sich aber daran orientieren, daß es eine ganze Reihe von Vorschriften gibt, die für alle Gebiete gelten, also auch auf dem Lande. So beispielsweise die Vorschriften über Verdunkelung, Entrümpelung, Warn- und Informationswesen, öffentliche Ordnung und Verkehr, Evakuierung. Es besteht sicher kein Zweifel daran, daß z. B. im Rahmen des Evakuierungsdienstes in einem Kriegsfall für eine Gemeinde ganz erhebliche Probleme entstehen, wenn sie bis zu 125 Prozent der normalen Bevölkerungszahl aufzunehmen hat, unterbringen soll und gleichzeitig auch noch Durchgangsgemeinde für solche Evakuierten sein soll, die in anderen Orten untergebracht werden sollen. Nun bestehen zwar die entsprechenden Gesetze und Vorschriften, doch wird in ihnen keinesfalls den Gemeinden die Ermächtigung gegeben, vorbereitend auch die Instanzen einzurichten und zu planen, die diese Aufgaben wahrzunehmen haben. Eben dies ist aber dringend erforderlich; man sollte daher bemüht sein, recht bald entsprechende Regelungen zu treffen.

(Oslo, Nr. 4/1972)





## ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Sivilt Beredskap  
Oslo, Nr. 4/1972

### **Sirenen auf der Akropolis**

Nach den Worten von Brigadegeneral Zogas ist es die Aufgabe der Zivilverteidigung in Griechenland, das griechische Volk im Kriege und bei Katastrophen zu schützen.

Die norwegische Fachzeitschrift veröffentlicht einen Beitrag über den Zivilschutz in Griechenland, welcher dort dem Ministerium für öffentliche Ordnung unterstellt ist. Diesem Ministerium unterstehen in Griechenland auch Polizei, Feuerwehr und Heimwehr.

Griechenland ist in 14 Zivilverteidigungsgebiete eingeteilt, in denen jeweils örtliche Zivilschutzeinheiten aufgestellt sind. Man unterscheidet lokale und mobile Zivilschutzabteilungen. Die mobilen Einheiten bestehen aus Reservisten der Streitkräfte, diese tragen während ihres Einsatzes Militäruniform und sind auch bewaffnet. Der Dienst in der Zivilverteidigung ist Pflichtdienst.

Die Abhandlung gibt einen Überblick über die ersten Anfänge und die weitere Entwicklung der Organisation, die mit fundierter Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung mit den Maßnahmen vertraut macht, die als Selbstschutz zu veranlassen sind. Als Mittel dienen dabei ein Aufklärungsfilm und u. a. auch eine Broschüre, die an alle Haushaltungen verteilt wird.

Internationale Zivilverteidigung  
Genf, Nr. 213

### **Straßensanitätswesen**

Vor etwa 10 Jahren wurde in Frankreich im Bereich des Sanitätswesens eine aufsehenerregende Neuerung — sie entstand unter dem Druck des Anwachsens der Opfer im Straßenverkehr — geschaffen. Man ging dabei völlig neue Wege, die nicht immer die Zustimmung der

Verfechter eines historischen und universellen „Sanitätswesens“ fanden. Professor Marcel Arnaud gibt in der französischen Fachzeitschrift „LA ROUTE“, aus der die „Internationale Zivilverteidigung“ den Beitrag übernommen hat, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Straßensanitätswesens

Civilt Försvar  
Stockholm, Nr. 3/1973

### **Schadensverhütende Zivilschutz-Maßnahmen**

Das schwedische Reichsamt für Zivilverteidigung hat auf der Grundlage des „Untersuchungsberichtes über Schutzräume“ nunmehr eigene Vorstellungen entwickelt. Im Reichstagsbeschluß aus dem Jahre 1972 war zu den künftigen Leitlinien der Verteidigung festgestellt worden, daß die schadensverhütenden Zivilverteidigungsmaßnahmen vorrangig zu behandeln seien; in der Haushaltsvorlage kam dies dann sehr nachdrücklich zum Ausdruck. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß die Schutzräume zu den vorerwähnten schadensverhütenden Maßnahmen gehören.

Der Leiter der Planungsabteilung im Reichsamt für Zivilverteidigung, Lars Österdahl, erläutert die Auffassungen des Reichsamtes in einem umfangreichen Beitrag in der schwedischen Fachzeitschrift. Zusammengefaßt ergeben sich die Forderungen, die komprimiert alles das vereinigen, was zum Bau von Schutzräumen wesentlich ist.

Ausführlich wird ein neuer Begriff erläutert, die Schutztaktik. Diese stellt bestimmte Anforderungen an das Alarm- und Vorwarnwesen. In 12 Thesen sind abschließend die eigenen Vorschläge des Reichsamtes zusammengefaßt.

Truppenpraxis  
Frankfurt/Main, Nr. 8/73

### **Zusammenarbeit schon im Frieden**

Zivilschutz-Aufgaben im Rahmen des Auftrages der zivilen Landesverteidigung können zufriedenstellend sicher nur dann erfüllt werden, wenn bereits im Frieden die bestehenden Möglichkeiten genutzt werden, um die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen zu üben. Eine enge Zusammenarbeit im Falle einer Krisensituation ist generell vorgesehen und sollte ein entsprechendes Interesse an solchen

gemeinsamen Übungen voraussetzen. In einem Beitrag von Oberstleutnant von Dewitz-Krebs werden die Probleme der Führung und der Zusammenarbeit in der zivilen und der militärischen Landesverteidigung, die beiderseits notwendigen Informationen und die Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfestellung behandelt.

Gerippe dieser Abhandlung ist die gemeinsame Katastrophenschutzübung eines Verteidigungskreiskommandos und eines bayerischen Landratsamtes. Minutiös wird der Aufbau des Drehbuches und der Übungsunterlagen dargestellt, Schaubilder vermitteln den Überblick über den organisatorischen Aufbau. Der zeitliche Ablauf von der ersten „Warnung“ über die wichtigsten Zeit-Ereignisse und die daraus resultierenden Maßnahmen sind sehr ausführlich dargestellt.

DIE WELTWOCHEN  
Zürich, Nr. 32

### **Die Bombe hat ausgedient**

Der Franzose Camille Rougeron stellt seinen Beitrag in der schweizerischen Wochenzeitschrift unter diesen revolutionären Gesichtspunkt; dies zudem noch in einer Zeit, in der immer noch französische und chinesische Atomtests überirdisch stattfinden. Sicherlich wirkt die nüchterne Sachlichkeit, mit der die Fachleute Entwicklung und Wirksamkeit nuklearer Massenvernichtungswaffen behandeln und erörtern, erschreckend; doch sollte das nicht verhindern, daß man die Thesen Rougerons mit allen ihren Konsequenzen ernsthaft und sachlich studiert und überprüft. Im vergangenen Jahr hat der amerikanische General Browns festgestellt, daß Kernwaffen unverwendbar geworden seien, weil sie lediglich den Gegner vom Einsatz entsprechender Waffen abhielten. Er stellt dann die These auf, man benötige im militärischen Bereich nichtnukleare Waffen von solcher Wirksamkeit und Stärke, daß auch bei Konflikten auf unterer Ebene eine Abschreckung erreicht werden kann. Von diesen Thesen des Generals ausgehend, entwickelt Rougeron seine Überlegungen, die er mit zahlreichen Daten untermauert. Einbezogen in seine Thesen sind auch die sogenannten „taktischen Atomwaffen“, die eine Sprengkraft von nur wenigen Kilotonnen TNT entwickeln und auch nur eine geringe Radioaktivität freisetzen.



# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Zur Prüfung von Preßluftatmern

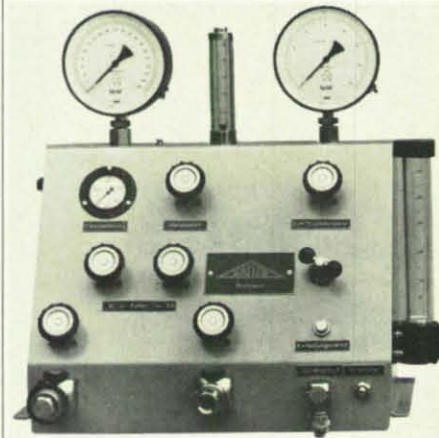
Preßluftatemschutzgeräte sind Isoliergeräte. Sie schirmen den Geräteträger von der Umgebungsatmosphäre ab und schützen die Atmungsorgane zuverlässig gegen giftige Gase, Stäube und Dämpfe. Solche Atemschutzgeräte müssen immer dann getragen werden, wenn ohne Atemschutz die Gesundheit und das Leben gefährdet wären. Sehr oft werden erst mit Isoliergeräten Lebensrettungen und schadenverhütende Einsatztaktiken möglich. Eine wichtige Voraussetzung für das Vertrauensverhältnis zwischen Geräteträger und Gerät ist die garantierte Einsatzbereitschaft der Geräte. Aus diesem Grunde sind neben der Unfallverhütungsvorschrift (UVV) Feuerwehren in mehreren Bundesländern auch Übungsordnungen und Vorschriften über die Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern sowie Richtlinien über Wartung, Pflege und Prüfung dieser Geräte erlassen worden. Bei Preßluftatmern lassen sich drei Arten von Prüfungen unterscheiden:

- 1.) die notwendige Kurzprüfung der Geräte durch den Geräteträger selbst bzw. den Einsatzleiter,
- 2.) die werkstattmäßige Überprüfung durch den Atemschutzgerätewart,
- 3.) die sogenannte 5-Jahres-Prüfung der Druckminderer durch die Herstellerwerke.

Wenn ein Preßluftatmer in der Atemschutzwerkstatt nach einem Checklistensystem in regelmäßigen Abständen geprüft wird, gibt die Kurzprüfung vor dem Einsatz dem Geräteträger die notwendige Sicherheit für die einwandfreie Funktion des Gerätes während des Einsatzes. Die werkstattseitigen Überprüfungen gewinnen dadurch erheblich an Bedeutung. Deshalb ist von einer Firma für Atemschutz-, medizinische und Wiederbelebungsgeräte ein Preßluftatmerprüfstand entwickelt worden, mit dem die Gerätewarte in der Werkstatt,

unabhängig vom Fabrikat oder Typ der Preßluftatemschutz- und Tauchgeräte, alle Prüfungen machen können, die mit größtmöglicher Sicherheit die Funktionsbereitschaft der geprüften Geräte bestätigen. Mit diesem Preßluftatmerprüfstand sind folgende Prüfungen möglich:

- 1.) Durchflußmengenmessung des Lungenautomaten bei voller Öffnung (Rückschluß auf die ausreichende Luftversorgung bei schwerer Arbeitsleistung).
- 2.) Prüfung des Ansprechdrucks von Sicherheitsventilen.
- 3.) Einstellung des Ansprechdrucks von Sicherheitsventilen.
- 4.) Prüfung der Anzeigegenauigkeit von Druckmessern.
- 5.) Prüfung der Drosselwirkung der Durchflußdrosselung zur Druckmessereileitung.
- 6.) Prüfung des Ansprechdrucks von akustischen Warnsignalen.
- 7.) Einregulieren des Ansprechdrucks von akustischen Warnsignalen.
- 8.) Prüfung des Ansprechdrucks von Widerstandswarnungen.
- 9.) Einregulieren des Ansprechdrucks von Widerstandswarnungen.
- 10.) Volumen- und Verbrauchsmessungen usw.



Preßluftatmungsgerät

Damit ist es jetzt möglich, alle Prüfungen durchzuführen, die für die Beurteilung der Funktionsbereitschaft der zu prüfenden Geräte unbedingt notwendig sind. Ein entsprechendes Prüfungsprogramm bringt dem Gerätebenutzer erheblich mehr

Sicherheit und dem Gerätewart nur die Verantwortung, die ihm zumutbar ist.

## Fortschrittliches Sanitätsbehälter-System

Erste-Hilfe-Kästen und Sanitätskästen wie auch andere Behälter mit Sanitätsmaterial, als Medium der Vorsorge unentbehrlich, werden oft in grober Weise nachlässig behandelt. Sie haben nicht nur keinen fest vorgeschriebenen Platz, wie z. B. Pflichtverbandkasten für Kraftfahrzeuge, sondern sie werden als notwendiges Übel irgendwo versteckt untergebracht, wo man sie im Notfall bestimmt nicht sucht. Vielfach stechen die Behälter wegen ihrer „Tarnfarbe“ auch gar nicht aus der Masse anderer Behälter heraus.

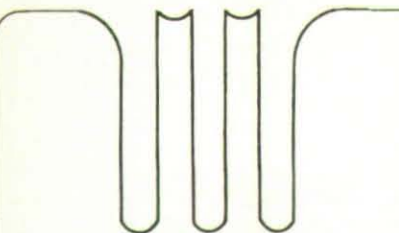
Eine Spezialfabrik für Sanitätsausrüstungen im Taunus hat sich dieses Problems angenommen und eine entscheidende Lösung gefunden. Sie hat ein Sanitätsbehälter-System entwickelt, bei dem jeder Behälter mit einer einfachen und problemlosen Wandhalterung versehen ist. So wie Handfeuerlöscher jederzeit griffbereit und deutlich sichtbar an Wänden oder in Fahrzeugen aller Art angebracht werden, so läßt sich auch der Sanitätsbehälter anbringen, mühelos aus der Halterung lösen und schnell an die Einsatzstelle bringen.

Die Sanitätsbehälter wie auch die Halterungen werden aus formbeständigem, schlagfestem, bruchsicherem und temperaturbeständigem Kunststoff gefertigt. Die Behälter sind wartungsfrei und verrottungsfest, staubdicht und spritzwassergeschützt, besitzen einen Tragegriff und lassen sich verplomben.

Die aus zwei gleichgroßen Kofferschalen bestehenden Behälter haben außen eine inhaltsbezogene Beschriftung und innen eine sinnvolle Einteilung. Der Inhalt wird durch zwei Klarsichtdeckel mit Magnetverschluß geschützt. Ordnung, Hygiene und Übersicht sind so gewährleistet. Die Behälter haben durch ihre leuchtende orange Farbe einen guten Aufmerksamkeitswert. Vier verschiedene Typen mit unterschiedlichen Größen stehen zur Auswahl. Die verschiedenen Ausstattungen sind nach neuesten Erkenntnissen zusammengestellt. Dazu gehören z. B. erweiterte Erste-Hilfe-Kästen, Krankenkraftwagen-Verbandkästen, Notintubationsbesteck, kombiniertes Besteck u. a. m.

H. F.





neue BÜCHER

**Europäische Sicherheit –  
Das europäische Staatensystem  
in der sowjetischen Außenpolitik**

Von Gerhard Wettig,  
Bertelsmann Universitätsverlag,  
Düsseldorf,  
DM 28,—

Wer sich gründlich über die Vorgeschichte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Helsinki — der größten europäischen Konferenz seit dem Wiener Kongreß — informieren will, dem sei dieses Buch empfohlen. In den Mittelpunkt seiner Arbeit hat der Verfasser die Entwicklung der sowjetischen Europa-Politik seit 1966 gerückt; die Initiative zur Sicherheitskonferenz lag im wesentlichen bei der UdSSR und ihren Verbündeten. Nach einem historischen Überblick untersucht er in einem systematischen Teil u. a. die Frage, ob und wohin sich das europäische Staatensystem verändern könnte, erörtert die sowjetischen Absichten und erwägt die Erfolgsaussichten der Konferenz. Der verbreiteten Überzeugung, daß die Konferenz eine friedensfördernde Wirkung haben werde, steht der Autor skeptisch gegenüber: Der multilaterale Charakter der Verhandlungen könne im Sinne Moskaus die Loslösung Westeuropas von den USA vorantreiben und das Entstehen eines Vereinigten Westeuropa verhindern. Eine nur scheinbare Beseitigung der fortdauernden politischen Konfrontation aber werde die Sicherheit der Westeuropäer gefährden. Zweifellos liefert Wettig mit seinen Thesen einen anregenden und fundierten Diskussionsbeitrag. In manchen Punkten müßten sie jedoch wegen ihrer Einseitigkeit modifiziert werden, wie jüngst auch der Historiker Hans-Adolf Jacobsen kritisch bemerkt hat.

**Zivilschutz – ein fiktives  
Programm?  
Berichte · Analysen · Meinungen**  
Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz,  
Bonn - Bad Godesberg  
Schriftenreihe — Folge 2

Wer sich beruflich dem Problemkreis des Zivilschutzes zu widmen hat, gewinnt Einblicke und Übersichten, die einem Außenstehenden kaum geboten werden. Einen Einblick in die Vielfalt der Wege und Methoden, die sich anbieten, um einen solchen Auftrag optimal wahrzunehmen, geben die in der Broschüre zusammengestellten Texte. Sie stützen sich auf die Grundsatzreferate, die in Freiburg im Rahmen der Tagung „Grundsatzfragen des Zivilschutzes“ gehalten wurden. Es wurden Vorträge, Diskussionen und Berichte zusammengestellt. In einem besonderen Anhang werden Gesetzestexte, Begriffsbestimmungen und ein Sachregister als Hilfen für den Leser angeboten. Von besonderem Interesse dürfte — nur so herausgegriffen — der Vortrag von Klaus Dieter Kernig „Schutz und Sicherheit — eine Analyse der Überlebenswilligkeit unserer Gesellschaft“ sein. Ein Vortrag von Professor Bühl hat der Broschüre als Titel gedient.

**Wachstumswahn und Umweltkrise**

Von Barry Commoner  
Einführung von Klaus Mehnert  
C. Bertelsmann Verlag, München  
DM 26,—

Normalerweise ist die „Umwelt“ ein zwar kompliziertes, aber höchst wirksames System biologischer Kreisläufe, zwischen denen nach Störungen sich durch Selbstreinigung- und Selbstheilungsprozesse wieder ein natürliches Gleichgewicht bildet. Wenn die Störungen allerdings zu massiv auftreten, versagt dieses System. Commoner läßt es sich angelegen sein, an Hand von Beispielen die Probleme, die solche Störungen nach sich ziehen, aufzuzeigen. Einleitend gibt er eine Einführung in die Grundlagen des ökologischen Denkens. Seine Beispiele über die Störungen im Naturhaushalt sind sehr eindrucksvoll: die Auswirkungen des atomaren Fallout; der Smog von Los Angeles; der verseuchte Erdboden in Illinois; die Verschmutzung des Eriesees. Wenn Commoner die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Ökosphäre aufzeigt und dann die tieferen

Ursachen der Umweltkrise mit ihren Folgen erörtert, vergißt man, daß seine gewählten Beispiele aus Amerika stammen. Der Leser, der Augen hat, zu sehen, wird diese Entwicklungen auch in unserem Lande in ihren Anfängen feststellen können. Und es besteht gar kein Zweifel daran, daß die drohende Umweltkrise ursächlich in der modernen Technologie selbst zu suchen ist, die natürliche Stoffe durch Kunststoffe ersetzt hat, die das natürliche Gleichgewicht stören müssen. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, dann, so Commoner, „endet die Entwicklung der menschlichen Zivilisation im Selbstmord.“

**Macht – Die treibende Kraft  
der Geschichte**

Von Adolf A. Berle  
Hoffmann und Campe Verlag,  
Hamburg  
DM 38,—

Die Gesetze der Macht — Politische Macht — Internationale Macht — Macht und Gesetz — nur einige herausgegriffene Themen eines Werkes über das wichtigste Phänomen menschlichen Zusammenlebens.

J. K. Galbraith urteilt über das Werk von Berle: „... hat das Problem Macht in seinen vielfältigen Manifestationen tiefer durchdacht, als irgend ein anderer Mensch seiner Zeit.“

Macht ist in Politik und Wirtschaft, in Staat, Beruf und Familie das Element, welches die wohl elementarste Rolle im Zusammenleben der Menschen spielt. Die Geschichte der Menschen ist zugleich auch immer wieder eine — oder besser die — Geschichte der Macht gewesen.

Wenn Carl Jacob Burkhard noch urteilte, daß die Macht ihrem Wesen nach böse sei, wenn Nietzsche den „Willen zur Macht“ als etwas Edles ansah — der Verfasser dieses Buches sieht in ihr — in einer wohlverstandenen Macht — die Hoffnung auf einen Fortschritt in einer Situation zwischen Chaos und Ordnung. Wer heute Macht begreifen will, muß sich mit einer Fülle konkreter Realisationen der Macht und mit vielfältigen Machtgruppierungen auseinandersetzen. Berle ist es gelungen, die Macht als treibende Kraft der Geschichte in seinem Werk zu analysieren und zu deuten.



## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist in der Bundeshauptstelle in Köln ab 1. Januar 1974 die Stelle des

### Leiters der Fachabteilung

Bes.-Gr. A 16 (Leitender Verwaltungsdirektor)

neu zu besetzen, da der bisherige Stelleninhaber wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheidet.

Zur Fachabteilung gehören die Referate „Organisation“, „Ausbildung“, „Bau und Technik“, „Öffentlichkeitsarbeit“ einschl. Redaktion sowie das Frauenreferat.

Gesucht wird eine verantwortungsfreudige Persönlichkeit mit Führungseigenschaften, Eigeninitiative und Durchsetzungsvermögen.

Soweit die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, ist die Einstellung nach der Allgemeinen Dienstordnung für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst — ADO — möglich.

Geboten werden neben den Dienstbezügen die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Trennungsgeld und Umzugskostenerstattung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen werden bis zum 31. Oktober 1973 erbeten an den

#### BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

— Bundeshauptstelle — 5 Köln 41, Eupener Straße 74

Personalbogen werden auf telefonische Anforderung übersandt (02 21 / 49 50 71 App. 3 45).

Bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg in Stuttgart ist demnächst die Stelle des (der)

### LEITERS (IN) der 2. Fahrbaren Schule

neu zu besetzen.

**Anforderungen:** Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen. Bewerber mit entsprechender abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Geboten werden Vergütung nach Vergütungsgruppe IVb BAT, die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Trennungsgeld und Umzugskostenerstattung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 30. September 1973 zu richten an den

#### Bundesverband für den Selbstschutz

— Bundeshauptstelle —

5 Köln 41, Eupener Straße 74

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, Landesstelle Hessen in Wiesbaden, ist demnächst eine Planstelle der Bes.-Gr. A 11 BBesG

### VERWALTUNGSAMTMANN

als Sachgebietsleiter I 2/3 (Personal- und Haushaltsangelegenheiten)

zu besetzen:

**Anforderungen:** Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung, gute Kenntnisse und möglichst langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie in der Personalverwaltung.

Geboten werden die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Trennungsgeld und Umzugskostenerstattung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 30. September 1973 zu richten an den

#### Bundesverband für den Selbstschutz

— Bundeshauptstelle —

5 Köln 41, Eupener Straße 74

Der DRK-Landesverband Hessen sucht zum 1. 10. 1973 einen technisch interessierten

### Katastrophenschutz-Sachbearbeiter

mit Verwaltungserfahrung. Das Arbeitsgebiet umfaßt u. a. die Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung von Einheiten aus freiwilligen Helfern gemäß dem Gesetz zur Erweiterung des K-Schutzes sowie Angelegenheiten der Zivildienstpflichtigen. Wünschenswert sind allgemeine Kenntnisse über den K-Schutz und über die sonstige RK-Arbeit. Führerschein der Klasse III ist erforderlich.

Die Vergütung erfolgt nach den DRK-Arbeitsbedingungen nach Gruppe Vb in Anlehnung an den BAT; nach erfolgreicher Einarbeitung ist eine Höhergruppierung nach Gruppe Vb vorgesehen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen und Lichtbild erbeten an:

**DRK-Landesverband Hessen, 6 Frankfurt/M., Mendelssohnstraße 78, Telefon 74 06 21**

#### Persönliche Darlehen

vermitteln wir

**kurzfristig — mittelfristig — langfristig**

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie unverbindlich Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Brutto- und Nettogehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

**Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG**  
5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon (02 21) 73 65 29



Wir liefern:

**PROPAN-Scheinwerfer**

komplett — in neuester Ausführung  
und Ersatzteile für

**TILLEY Petroleum-Lichtfluter AL 21 & FL 6**

**Steidinger Lubac**

7742 St. Georgen/Schwarzwald  
Hans-Thoma-Straße 3 — 5



## Schutz in Mehrzweck- anlagen

In seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der parlamentarischen Opposition im Deutschen Bundestag zu Grundsatz- und Einzelfragen der zivilen Verteidigung führte Bundesinnenminister Genscher unter anderem aus, daß 1972 in öffentlichen Großschutzräumen 16 507 Schutzplätze fertiggestellt wurden. Dabei handelt es sich um Schutzplätze in Mehrzweckanlagen, die heute in erster Linie als Tiefgaragen Verwendung finden und durch entsprechenden Ausbau gegebenenfalls kurzfristig als Schutzräume zur Verfügung stehen.

Die Zahl der im Vorjahr neu errichteten Schutzplätze in Großschutzräumen wird 1973 vermutlich noch überschritten werden. 2 800 Schutzplätze befinden sich allein in der Tiefgarage unter dem Mainzer Schloßplatz, die kurz vor ihrer Fertigstellung steht.

Unsere Bilder zeigen einen Blick über die ausgehobene Baugrube mit teilweise fertiggestellten Fundamenten, die starke Bewehrung dieser Fundamente, aus Schutzbaugründen einbetonierte Rohrleitungen und schließlich den bereits wieder benutzbaren Parkplatz über der Mehrzweckanlage in Mainz.

